



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

3

# Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2014

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.300.14d

# INHALTSÜBERSICHT

## **Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**

Zahlen im Überblick und Zusammenfassung  
Kommentar zur Jahresrechnung  
Jahresrechnung  
Kennzahlen  
Bundesbeschluss

## **Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

## **Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
Zusätzliche Informationen zu den Krediten

## **Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**

Zusatzerläuterungen  
Statistik

## **Band 4 Sonderrechnungen**

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte  
Infrastrukturfonds  
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen  
Eidgenössische Alkoholverwaltung

### **Aufbau der Finanzberichterstattung**

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

*Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsthemen (u.a. Personal, Investitionen, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie, FLAG-Steuerung und Leistungsverrechnung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.



**Zusatzerläuterungen und Statistik**

Seite

<b>Zusatzerläuterungen</b>	<b>7</b>
<b>1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen</b>	<b>9</b>
11 Direkte Bundessteuer	11
12 Verrechnungssteuer	13
13 Stempelabgaben	15
14 Mehrwertsteuer	17
15 Mineralölsteuer	19
16 Schwerverkehrsabgabe	20
17 Qualität der Einnahmenschätzungen	21
<b>2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	<b>23</b>
21 Soziale Wohlfahrt	25
22 Finanzen und Steuern	27
23 Verkehr	29
24 Bildung und Forschung	30
25 Landesverteidigung	32
26 Landwirtschaft und Ernährung	33
27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	34
28 Übrige Aufgabengebiete	35
<b>3 Querschnittsthemen</b>	<b>37</b>
31 Personal	37
32 Investitionen	39
33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	42
34 Beratungsaufwand	44
35 Öffentlichkeitsarbeit	45
36 Bundestresorerie	47
37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	51
38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	55
39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	58
<b>4 Stand der Aufgabenüberprüfung</b>	<b>59</b>
<b>5 Subventionsüberprüfung EDA</b>	<b>63</b>
<b>Statistik</b>	<b>71</b>
<b>A Übersicht</b>	<b>73</b>
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	73
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	74
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	75
<b>B Finanzierungsrechnung</b>	<b>77</b>
Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	77
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	78
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	79
Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	80
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	82
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	83

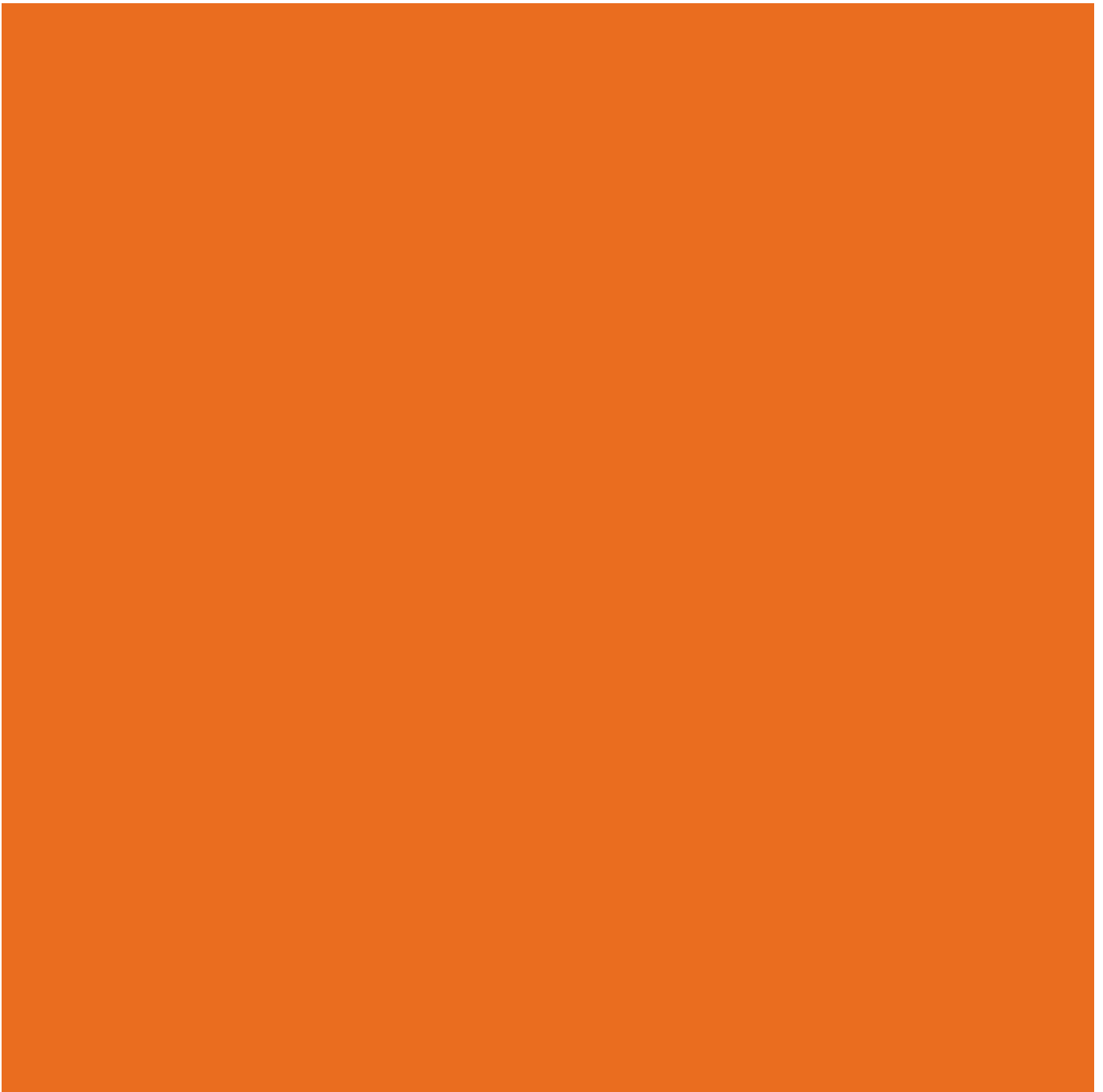


	Seite
Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	84
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	86
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	87
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2014	88
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2013	89
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	90
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	92
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	93
<b>C Erfolgsrechnung</b>	<b>95</b>
C01 Ertrag nach Kontengruppen	95
C02 Aufwand nach Kontengruppen	96
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	98
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	99
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2014	100
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2013	101
<b>D Bilanz</b>	<b>103</b>
D01 Bilanz im Detail	103
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	106
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	109
D04 Kurz- und langfristige Schulden	112
<b>E Bundestresorerie</b>	<b>113</b>
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	113
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	114
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	115
E04 Nettozinslast	116
E05 Derivative Finanzinstrumente	116
<b>F Personal</b>	<b>117</b>
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	117
F02 Personalaufwand im Detail	118
F03 Höchstbezüge 2014 nach Lohnklassen	119





## ZUSATZERLÄUTERUNGEN





Im Jahr 2014 verzeichneten die meisten Einnahmekategorien einen Abwärtstrend, so dass auch die ordentlichen Einnahmen insgesamt um 1,8 Prozent rückläufig waren (-1,2 Mrd.). Von den zwei wichtigsten Steuern sank die direkte Bundessteuer um 2,1 Prozent, und die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer stiegen lediglich um 0,2 Prozent. Der Anteil dieser Steuer an den Gesamteinnahmen wuchs um 0,7 Prozentpunkte.

**Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>65 032</b>	<b>66 245</b>	<b>63 876</b>	<b>-1 156</b>	<b>-1,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>60 838</b>	<b>62 270</b>	<b>60 197</b>	<b>-641</b>	<b>-1,1</b>
Direkte Bundessteuer	18 353	20 113	17 975	-378	-2,1
Verrechnungssteuer	5 942	4 837	5 631	-311	-5,2
Stempelabgaben	2 143	2 300	2 148	5	0,2
Mehrwertsteuer	22 561	22 960	22 614	53	0,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 414	7 480	7 342	-72	-1,0
Mineralölsteuer	5 005	4 980	4 972	-34	-0,7
Tabaksteuer	2 295	2 387	2 257	-38	-1,7
Biersteuer	113	113	113	0	-0,2
Verkehrsabgaben	2 242	2 273	2 212	-30	-1,3
Automobilsteuer	369	410	354	-15	-4,0
Nationalstrassenabgabe	356	363	364	8	2,4
Schwerverkehrsabgabe	1 517	1 500	1 493	-24	-1,6
Zölle	1 059	990	1 068	9	0,9
Spielbankenabgabe	308	350	285	-22	-7,3
Lenkungsabgaben	816	964	919	103	12,6
Übrige Fiskaleinnahmen	-	3	3	3	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>922</b>	<b>899</b>	<b>591</b>	<b>-331</b>	<b>-35,9</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	242	244	236	-5	-2,2
Gewinnausschüttung SNB	333	333	-	-333	-100,0
Zunahme des Münzumsatzes	93	92	89	-4	-4,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	220	209	239	19	8,8
Übrige Regalien und Konzessionen	34	21	26	-8	-24,4
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 179</b>	<b>1 115</b>	<b>1 068</b>	<b>-110</b>	<b>-9,4</b>
Zinseinnahmen	237	251	230	-8	-3,2
Beteiligungseinnahmen	853	864	781	-72	-8,5
Übrige Finanzeinnahmen	88	1	57	-31	-35,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 806</b>	<b>1 772</b>	<b>1 747</b>	<b>-59</b>	<b>-3,3</b>
Entgelte	1 331	1 326	1 290	-41	-3,1
Wehrpflichtersatzabgabe	163	165	174	11	6,5
Gebühren	252	248	247	-5	-2,0
Rückerstattungen	134	124	113	-21	-15,3
EU Zinsbesteuerung	139	141	115	-24	-17,0
Übrige Entgelte	643	650	641	-2	-0,3
Verschiedene Einnahmen	475	446	457	-19	-3,9
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>286</b>	<b>189</b>	<b>272</b>	<b>-14</b>	<b>-4,9</b>

Die Mehrwertsteuer (Anteil: 35,4 %) und die *direkte Bundessteuer* (Anteil: 28,1 %) sind die wichtigsten Einnahmenquellen des Bundes. Diese beiden Steuern machen für sich allein genommen knapp zwei Drittel der Bundeseinnahmen aus (63,5 %; siehe nachstehende Grafik). Obwohl die Einnahmen aus der MWST weitgehend unter dem Einfluss der nominellen BIP-Entwicklung stehen (+2,0 %), wuchsen sie 2014 lediglich um 0,2 Prozent. Dies lässt sich namentlich dadurch erklären, dass der

Ertrag aus der Einfuhrsteuer um 4,2 Prozent rückläufig war. Der Anteil der MWST an den Bundeseinnahmen liegt jedoch gegenüber 2013 um 0,7 Prozentpunkte höher. Der Ertrag aus der Verrechnungssteuer nahm gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent ab und der Anteil dieser Steuer an den Gesamteinnahmen sank um 0,1 Prozentpunkte. Sowohl die Reingewinne von juristischen Personen wie die Einkommenssteuern der natürlichen Personen waren rückläufig.

Gegenüber 2013 nahm der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer* (Anteil: 8,8%) um 5,2 Prozent ab. Die Zunahme der Einnahmen um 2,1 Milliarden (+9,2%), die in erster Linie auf die Dividendenbesteuerung und die Gewinnbeteiligungen zurückzuführen ist, reichte nicht aus, um die Rückerstattungen zu kompensieren, die einen Anstieg um 2,4 Milliarden verzeichneten (+14,3%). Der Ertrag aus der *Mineralölsteuer* (Anteil: 7,8%) war weiter rückläufig (-0,7%); dies erklärt sich hauptsächlich mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (SR 641.71) per 1.7.2012.

Die Einnahmen aus der *Tabaksteuer* (Anteil: 3,5%) verringerten sich 2014 um 1,7 Prozent. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind in erster Linie der Anstieg des Einkaufstourismus im angrenzenden Ausland, da die Zigaretten in der Schweiz mehr kosten, sowie die anhaltende Frankenstärke im Berichtsjahr. 2014 stagnierten die Einnahmen aus den *Stempelabgaben* (Anteil: 3,4%) praktisch auf Vorjahresniveau (+0,2%). Einen Anstieg verzeichneten einzig die Einnahmen aus der Emissionsabgabe

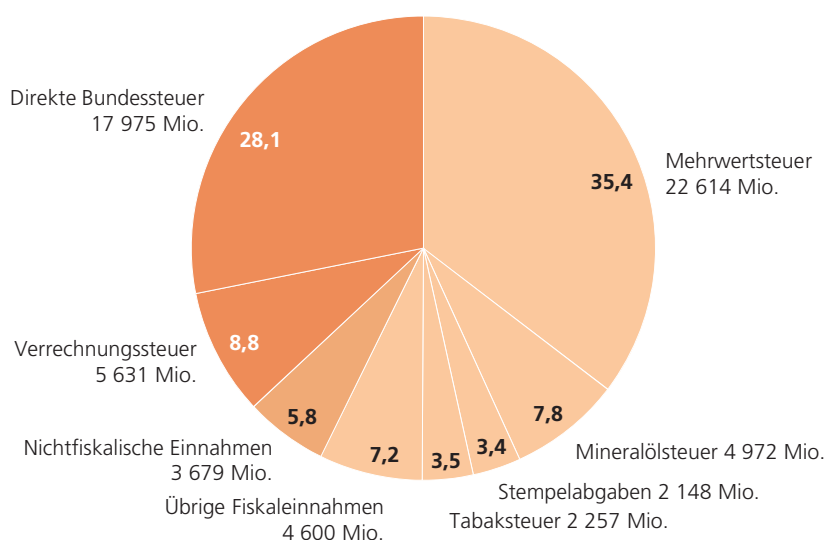
auf inländischen Wertpapieren und diejenigen aus dem Prämienquittungsstempel (um 5,5% beziehungsweise 1,6%). Die Einnahmen aus der Emissionsabgabe setzten ihren Abwärtstrend fort (-2,4%). Die Umsatzabgabe auf ausländischen Wertpapieren verzeichnete trotz einer günstigen Entwicklung an den Finanzmärkten ebenfalls einen Rückgang (-1,0%).

Die übrigen Einnahmen sind im Einzelnen von untergeordneter Bedeutung, in der Summe dennoch gewichtig: *Übrige Fiskaleinnahmen* (7,2%), *nichtfiskalische Einnahmen* (5,8%). Im Vergleich zu 2013 nahm das Gewicht der ersteren leicht zu (+0,2 Prozentpunkte), während letztere einen Rückgang um 0,6 Prozentpunkte aufwies, der vor allem auf den sinkenden Anteil der Finanzeinnahmen und der ausgebliebenen Gewinnausschüttung der SNB zurückzuführen ist.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnamenschätzung analysiert.

#### Einnahmen 2014 Anteile in %

Ordentliche Einnahmen



Für 2014 fällt insbesondere auf, dass der Anteil der MWST an den ordentlichen Einnahmen um 0,7 Prozentpunkte gestiegen, derjenige der nichtfiskalischen Einnahmen jedoch um 0,6 Prozentpunkte gesunken ist. Die MWST und die DBST bleiben die zwei wichtigsten Steuern (63,5% der ordentlichen Gesamteinnahmen).

## 11 Direkte Bundessteuer

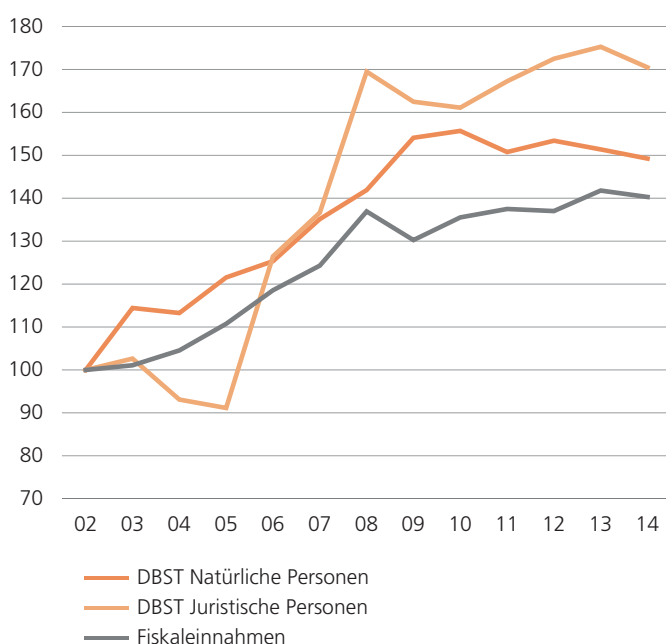
Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>18 353</b>	<b>20 113</b>	<b>17 975</b>	<b>-378</b>	<b>-2,1</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	28,2	30,4	28,1		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	8 769	9 530	8 559	-211	-2,4
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 734	10 763	9 567	-168	-1,7
Pauschale Steueranrechnung	-151	-180	-150	1	0,5

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im Veranlagungs- und Ablieferungsverfahren: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung beziehungsweise dem nachfolgenden Eingang der direkten Bundessteuer bei den Kantonen vergehen meist ein bis zwei Jahre (vgl. Schema am Ende der Ziffer). Das Rechnungsjahr 2014 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2013. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 75 Prozent der Einnahmen aus der Steuerperiode im Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden und zu einem kleineren Teil aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern,

ratenweiser Vorausablieferungen). Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden Verteilungsannahmen getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

Im Rechnungsjahr 2014 belaufen sich die Einnahmen der direkten Bundessteuer auf 17 975 Millionen. Der Budgetwert wurde insgesamt um 2,1 Milliarden oder 10,6 Prozent verfehlt. Dies ist der grösste Prognosefehler seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003. Dabei wurden sowohl bei den Gewinnsteuern als auch bei den Einkommenssteuern in sämtlichen Steuerperioden die tatsächlichen Eingänge überschätzt. In absoluten Zahlen ausgedrückt ereignete sich bei den Einnahmen aus der Steuerperiode 2013 der grösste Prognosefehler: Im Vergleich zum Voranschlag liegen die Einnahmen um 1,1 Milliarden (-7,4 %)

**Direkte Bundessteuer**  
Indexiert; 2002=100



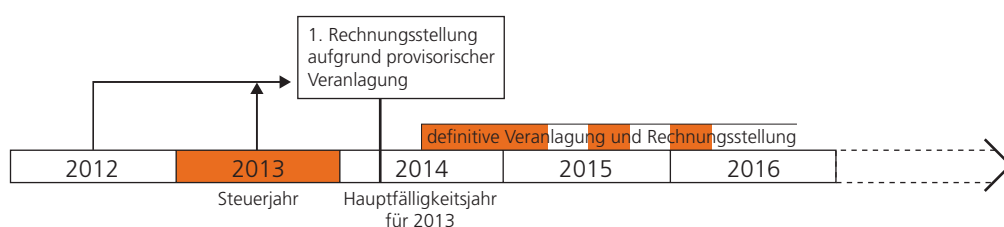
Seit der letzten Rezession im Jahr 2009 haben sich die Einnahmen der direkten Bundessteuer insgesamt nur noch seitwärts bewegt. Während die Einkommenssteuern bereits seit fünf Jahren mehr oder weniger stagnieren, haben die Gewinnsteuern erst kürzlich an Dynamik verloren.

tiefer. Dabei wurden die Einkommenssteuern stärker überschätzt (-9,7%) als die Gewinnsteuern (-4,7%). Auch die Eingänge aus früheren Steuerperioden blieben mit 0,8 Milliarden (-25,2 %) deutlich hinter den Erwartungen zurück. Auch hier unterscheiden sich die Prognosefehler zwischen Gewinn- (-33,5 %) und Einkommenssteuern (-18,1 %) stark. Erstmals seit der Steuerperiode 2004 nehmen die vorzeitig abgelieferten Beträge im Vergleich zum Vorjahr ab. Entsprechend resultieren gegenüber dem Budget, das von steigenden Erträgen ausging, Mindereinnahmen von 263 Millionen (-12,7 %). Die Tendenz,

dass ein immer grösserer Teil der Steuern frühzeitig im selben Kalenderjahr entrichtet wird, scheint somit vorläufig gebrochen.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3,1 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (150 Mio.), gehen an die Kantone.

### Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2012. Die Steuererklärung über die im Jahr 2013 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2014 (oder im Jahr 2015) ausgewertet.

## 12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>5 942</b>	<b>4 837</b>	<b>5 631</b>	<b>-311</b>	<b>-5,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	9,1	7,3	8,8		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	5 920	4 825	5 608	-312	-5,3
Steuerrückbehalt USA	22	12	23	1	3,9

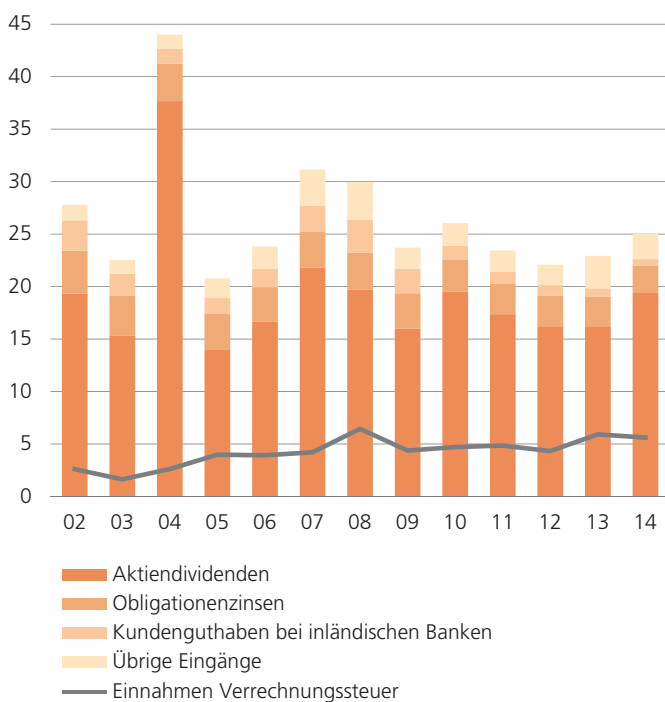
Die Verrechnungssteuer führte 2014 zu rechnungswirksamen Einnahmen in Höhe von 5,6 Milliarden. Dieser Betrag ist geringer als im Vorjahr (5,9 Mrd.), liegt aber dennoch deutlich über dem veranschlagten Wert von 4,8 Milliarden.

Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer ergeben sich als Differenz zwischen Steuereingängen und den Rückerstattungen. Die Steuereingänge stiegen im Jahr 2014 noch einmal deutlich stärker an als im Vorjahr. Die Zunahme von 9,2 Prozent (2013: +3,8%) resultierte im höchsten Gesamtbetrag seit 2010 in Höhe von 25 Milliarden. Der wichtigste Treiber dieser positiven Einnahmeentwicklung dürfte die günstige wirtschaftliche Entwicklung zwischen der zweiten Hälfte 2013 und der Jahresmitte 2014 gewesen sein.

Das verhältnismässig starke Wirtschaftswachstum schlug sich insbesondere in den Dividendenerträgen nieder (+2,8 Mrd.), während sich die Steuereingänge aus Obligationen und Guthaben bei inländischen Banken (je -0,2 Mrd.) erneut zurückbildeten.

Das gegenwärtig sehr tiefe Zinsniveau stellt einen starken Anreiz zur Verschuldung mittels Obligationen dar. Dadurch könnten im Prinzip die tieferen Steuererträge durch ein grösseres Volumen kompensiert werden. Die seit 2008 stets sinkenden Einnahmen zeigen jedoch, dass sich diese Kompensation nicht materialisiert. Im Jahr 2010 wurde eine Freigrenze von 200 Franken für Zinserträge auf Kundenguthaben bei Banken eingeführt. Diese bewirkt seither, dass sich sinkende Zinsen überproportional stark auf die Steuereinnahmen auswirken.

**Verrechnungssteuer** in Mrd.  
Einnahmen und Struktur der Eingänge



Die Steuereinnahmen vor Abzug der Rückerstattungen stiegen 2014 vor allem Dank sehr hoher Dividendenausschüttungen. Die Einnahmen aus zinstragenden Anlagen wie Obligationen und Geldmarktforderungen sowie Girokonten trugen im Einklang mit dem sinkenden Zinsniveau weniger zu dem Gesamtergebnis bei als im Vorjahr.

Den insgesamt deutlich höheren Steuereingängen standen 2014 noch stärker gestiegene Rückerstattungen gegenüber. Um Rück-  
erstattungen kann mit bis maximal drei Jahren Verzögerung,  
aber teilweise erst nach Ablauf des Jahres der Erbringung der  
steuerpflichtigen Leistung ersucht werden. Die jeweilige Höhe  
der Rückerstattungen ist damit nicht nur abhängig von der  
Höhe der besteuerten Leistungen, sondern auch von dem Zeit-  
punkt der Gesuchstellung sowie der Dauer der Bearbeitung der  
Rückerstattungsanträge.

Die Rückerstattungen erreichten 2014 ein um 14,3 Prozent  
höheres Niveau als im Jahr zuvor. Die vorliegenden Statistiken  
erlauben eine Auswertung hinsichtlich der Empfänger der Rück-  
zahlungen. Demzufolge erhöhten sich namentlich die Überwei-  
sungen an das Ausland um 1 Milliarde. Im selben Ausmass stie-  
gen auch die Erstattungen an natürliche Personen im Inland,  
während inländische juristische Personen zusätzlich 0,4 Milliar-  
den erhielten.

Das Verhältnis aus Gesamteingängen und Rückerstattungen  
wird als Rückerstattungsquote bezeichnet. Insgesamt bewegte  
sich 2014 die Rückerstattungsquote mit 77,6 Prozent wieder in  
Richtung ihres mehrjährigen Mittelwertes, nachdem sie vor Jah-  
resfrist einen historischen Tiefststand (74,2 %) erreicht hatte.

Im Unterschied zum Vorjahr wurde 2014 kein Bedarf an einer  
Aufstockung der Rückstellungen für künftige Rückerstattungen  
identifiziert. Aus diesem Grund sind die finanzierungswirksa-  
men Einnahmen aus der Verrechnungssteuer im Rechnungsjahr  
2014 gleich dem Verrechnungssteuerertrag gemäss Erfolgsrech-  
nung. Im Vorjahr hatte die Aufstockung der Rückstellungen um  
0,5 Milliarden den Ertrag noch entsprechend verringert.

Die Dynamik der Verrechnungssteuererträge folgt einem kom-  
plizierten, schwer zu identifizierendem Muster, das sich zum  
Teil aus der Steuersystematik und den Rückerstattungsregeln er-  
gibt. Grossen einzelnen Ausschlägen stehen Phasen stetiger Ent-  
wicklung gegenüber. Um den beobachteten Schwankungen  
Rechnung zu tragen, wird für die Beurteilung des Verlaufes ein  
Glättungsverfahren, kombiniert mit einem Filter, angewendet.

Die gegenwärtigen Resultate zeigen, dass die aktuellen Werte  
nach oben vom Trend abweichen. Diese Abweichung hat sich  
seit dem letzten Jahr aber etwas zurückgebildet. Der Einnahmen-  
trend, auf dessen Basis die Voranschlagswerte im Wesentlichen  
abstützen, ist weiterhin aufwärts gerichtet.

#### Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio. CHF	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Eingänge</b>	<b>23 818</b>	<b>31 152</b>	<b>29 980</b>	<b>23 702</b>	<b>26 056</b>	<b>23 449</b>	<b>22 081</b>	<b>22 923</b>	<b>25 037</b>
Veränderung in %	14,6	30,8	-3,8	-20,9	9,9	-10,0	-5,8	3,8	9,2
<b>Rückerstattungen</b>	<b>19 891</b>	<b>26 941</b>	<b>23 534</b>	<b>19 329</b>	<b>21 342</b>	<b>18 600</b>	<b>17 757</b>	<b>17 004</b>	<b>19 429</b>
Veränderung in %	18,3	35,4	-12,6	-17,9	10,4	-12,8	-4,5	-4,2	14,3
Bund	13 713	19 690	16 140	11 249	12 211	9 809	8 052	8 552	8 987
Kantone	3 374	3 277	4 042	4 683	5 693	5 271	5 349	5 570	6 539
DBA	2 804	3 974	3 351	3 397	3 439	3 521	4 356	2 881	3 903
<b>Verrechnungssteuer (Schweiz)</b>	<b>3 927</b>	<b>4 211</b>	<b>6 446</b>	<b>4 373</b>	<b>4 714</b>	<b>4 849</b>	<b>4 324</b>	<b>5 920</b>	<b>5 608</b>
Veränderung in %	-1,3	7,2	53,1	-32,2	7,8	2,9	-10,8	36,9	-5,3
<b>Rückerstattungsquote in %</b>	<b>83,5</b>	<b>86,5</b>	<b>78,5</b>	<b>81,6</b>	<b>81,9</b>	<b>79,3</b>	<b>80,4</b>	<b>74,2</b>	<b>77,6</b>



### 13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 143</b>	<b>2 300</b>	<b>2 148</b>	<b>5</b>	<b>0,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,3	3,5	3,4		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>182</b>	<b>220</b>	<b>177</b>	<b>-4</b>	<b>-2,4</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 262</b>	<b>1 390</b>	<b>1 260</b>	<b>-2</b>	<b>-0,1</b>
Inländische Wertpapiere	174	210	183	9	5,5
Ausländische Wertpapiere	1 088	1 180	1 077	-11	-1,0
<b>Prämienquittungsstempel und Übrige</b>	<b>700</b>	<b>690</b>	<b>711</b>	<b>11</b>	<b>1,6</b>

Die Erträge aus den Stempelabgaben stagnierten 2014 gegenüber dem Vorjahr praktisch (+5 Mio.) und erreichten den budgetierten Betrag bei weitem nicht (-152 Mio.). Einen Anstieg verzeichneten einzig die Einnahmen aus der Emissionsabgabe auf inländischen Wertpapieren und diejenigen aus dem Prämienquittungsstempel.

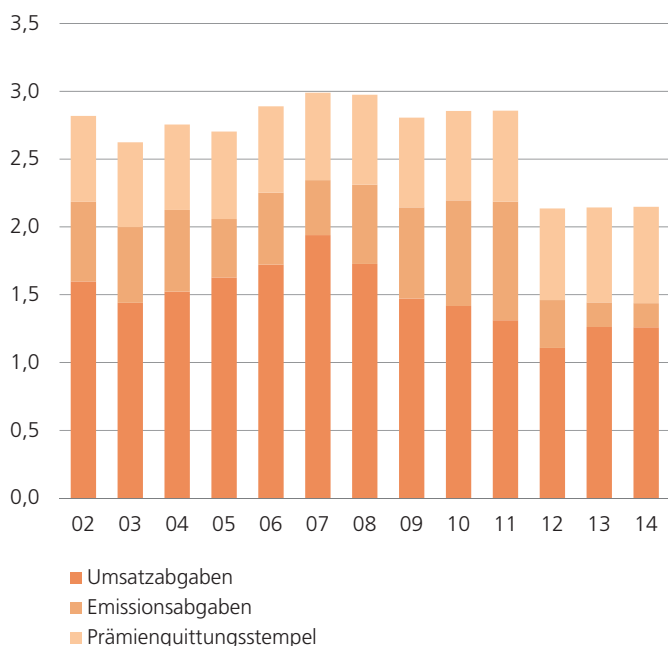
#### Emissionsabgabe

Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital (Anlehensobligationen, Kassenobligationen, Geldmarktpapiere) wurde per 1.3.2012 im Rahmen der Grossbankenregelung «too big to fail» abgeschafft.

Der verzeichnete Ertrag aus der Emissionsabgabe stammt demnach seit 2013 ausschliesslich aus der Schaffung von Eigenkapital (Beteiligungsrechten), d.h. im Wesentlichen von Aktienkapital. Auch diese Abgabe soll in naher Zukunft im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III abgeschafft werden. Der erneute Rückgang der Einnahmen aus der Emissionsabgabe im Jahre 2014 (-2,4 %) erklärt sich teilweise damit sowie mit der fehlenden Schaffung von neuem Kapital und einem geringeren Finanzierungsbedarf der Unternehmen.

Budgetiert waren Einnahmen in Höhe von 220 Millionen.

Stempelabgaben in Mrd.



Die Entwicklung bei den Stempelabgaben ist stark von den Umsatzabgaben geprägt, auf die über die Hälfte dieser Kategorie entfällt. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 sank deren Ertrag mehrere Jahre in Folge, bevor er 2013 wieder anstieg. 2014 bestätigte sich diese Trendwende jedoch nicht, da der Ertrag aus der Umsatzabgabe in besagtem Jahr stagnierte.

### **Umsatzabgabe**

Die Umsatzabgabe macht über die Hälfte der gesamten Stempelabgaben aus und beeinflusst deren Entwicklung demzufolge sehr stark. Nachdem der Ertrag aus der Umsatzabgabe 5 Jahre lang wegen der Finanzkrise rückläufig war, verzeichnete er im Jahr 2013 eine Zunahme. 2014 bestätigte sich diese Trendwende jedoch nicht, da der Ertrag aus der Umsatzabgabe in besagtem Jahr trotz günstiger Börsenentwicklung gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen sank. Der Anstieg beim Ertrag aus der Umsatzabgabe auf inländischen Wertpapieren (+9 Mio.) wurde durch den Rückgang der Einnahmen aus dem Geschäft mit ausländischen Wertpapieren (-11 Mio.), auf die über 80 Prozent des Gesamtertrags aus den Umsatzabgaben entfallen, zunichtegemacht.

Die Höhe der Einnahmen aus der Umsatzabgabe liegt ebenfalls unter dem budgetierten Wert (-130 Mio.), weil die Auswirkungen des Anstiegs der wichtigsten Börsenkurse sowie des Volumens der an der Börse gehandelten Wertschriften im Voranschlag überschätzt worden waren.

### **Prämienquittungsstempel**

Der steigende Trend beim Prämienquittungsstempel setzte sich fort, so dass dessen Erträge gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 11 Millionen verzeichneten. Sie liegen ebenfalls über dem budgetierten Wert (+21 Mio.).

## 14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>22 561</b>	<b>22 960</b>	<b>22 614</b>	<b>53</b>	<b>0,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	34,7	34,7	35,4		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>17 389</b>	<b>17 690</b>	<b>17 430</b>	<b>41</b>	<b>0,2</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>5 172</b>	<b>5 270</b>	<b>5 184</b>	<b>12</b>	<b>0,2</b>
Krankenversicherung 5%	915	930	917	2	0,2
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 337	2 380	2 342	5	0,2
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	479	490	480	1	0,2
MWST-Zuschlag 0,4% für die IV	1 126	1 150	1 128	3	0,2
Finanzierung Bahninfrastruktur	315	320	316	1	0,2

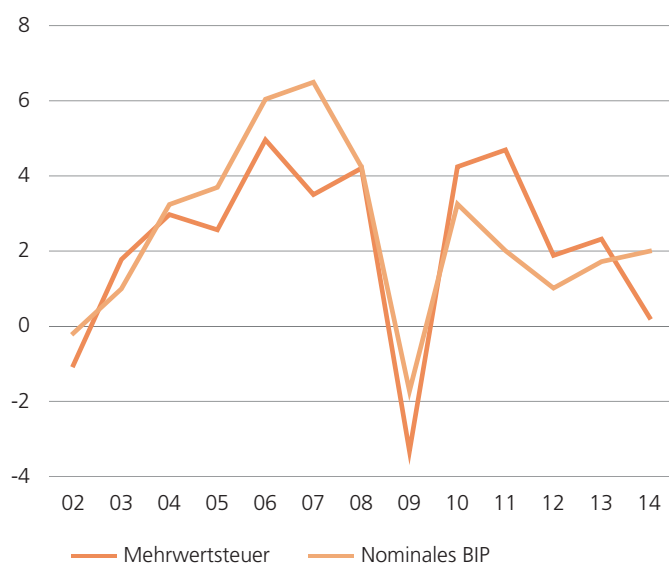
Die Einnahmen der Mehrwertsteuer liegen mit 22,6 Milliarden nur knapp über dem Vorjahresergebnis. Insgesamt resultiert im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum von 0,2 Prozent. Das Einnahmenwachstum liegt somit deutlich unter dem nominalen BIP-Wachstum (+2,0%) im gleichen Zeitraum.

Wie die untenstehende Grafik verdeutlicht, ist das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen grundsätzlich eng mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Daher werden auch die Prognosen für das nominale BIP als Grundlage für die Schätzung der Mehrwertsteuereinnahmen verwendet. Allerdings werden die Einnahmen aus verschiedenen Gründen nie perfekt dem Wirtschaftswachstum folgen.

Einerseits wird die Steuerbasis der Mehrwertsteuer nur unvollständig durch das BIP abgebildet. So wird die Steuer grundsätzlich auf der inländischen Wertschöpfung erhoben sowie auf Importen, die nicht Teil des BIP sind, aber nicht auf Exporten, die wiederum einen Teil des BIP darstellen.

Andererseits entspricht die besteuerte Zeitperiode nicht genau dem Kalenderjahr. Die Steuer wird in der Regel 60 Tage nach einer abgelaufenen Abrechnungsperiode fällig. Die Einnahmen eines Kalenderjahres entstammen deshalb zum grössten Teil aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres sowie aus dem letzten Quartal des vorangehenden Jahres und nicht – wie das jährliche BIP – alleine aus dem Rechnungsjahr.

Entwicklung Mehrwertsteuer und nominales BIP in %



Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist eng an das nominale BIP-Wachstum geknüpft, wobei Steuersatzänderungen und Unterschiede zwischen der Bemessungsgrundlage der MWSt und dem nominalen BIP auch zu Abweichungen führen können.

Beide Faktoren haben im Rechnungsjahr 2014 zur Differenz zwischen BIP- und Mehrwertsteuerwachstum beigetragen. So ist insbesondere die Einfuhrsteuer der Monate November und Dezember deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben, was das tiefe Wachstum massgeblich verursacht hat. Zudem haben sich die tieferen Einfuhrsteuern und die damit verbundenen niedrigeren Vorsteuerabzüge aufgrund der verzögerten Abrechnung noch nicht vollständig bei der im Inland erhobenen Mehrwertsteuer

ausgewirkt. Die von den Mehrwertsteuerpflichtigen geleisteten Einfuhrsteuern werden grösstenteils als Vorsteuerabzüge in der Mehrwertsteuerabrechnung geltend gemacht. Dadurch führt ein Rückgang der Einfuhrsteuer auch zu einer entsprechenden Abnahme der Vorsteuerabzüge und – mit einer zeitlichen Verzögerung – zu tendenziell höheren Mehrwertsteuereinnahmen im Inland.

## 15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Mineralölsteuern</b>	<b>5 005</b>	<b>4 980</b>	<b>4 972</b>	<b>-34</b>	<b>-0,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,7	7,5	7,8		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 988	2 975	2 971	-17	-0,6
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 994	1 985	1 983	-11	-0,6
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	23	20	17	-5	-23,8

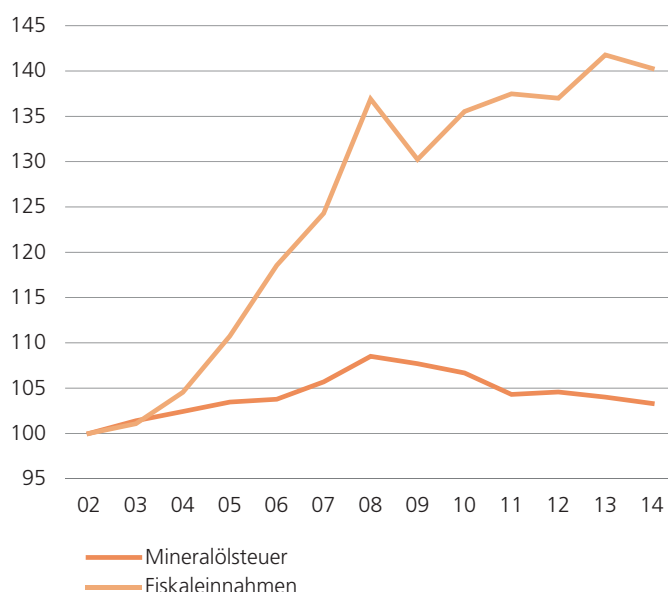
Mit einem Minus von 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen bei der Mineralölsteuer leicht rückläufig. Trotz positivem Wirtschaftswachstum und neuerlicher Zunahme der immatrikulierten Strassenmotorfahrzeuge dürfte die neue CO<sub>2</sub>-Gesetzgebung dämpfend gewirkt haben. Die wichtigsten Einflussfaktoren für den Ertrag aus den Mineralölsteuern sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer, der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer und die Wirtschaftsentwicklung. Unklar ist der Einfluss des Franken/ Eurokurses im Rechnungsjahr 2014.

- 2014 waren knapp 5,8 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat im Rechnungsjahr um 1,6 Prozent zugenommen. 2014 wurden insgesamt 396 588 Neuwagen (-1,4 % ggü. Vorjahr) verkauft.
- Mit dem Fahrzeugbestand nimmt generell auch die Anzahl der zurückgelegten Kilometer zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.

- Der durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge ist meist geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Auch über den ganzen Fahrzeugpark gesehen, sinkt der durchschnittliche Treibstoffverbrauch seit längerem kontinuierlich. Er betrug im Jahr 2013 noch 6,24 l/100 km (bei CO<sub>2</sub>-Emissionen von im Mittel 145 g/km). In den kommenden Jahren wird der Einfluss des sinkenden durchschnittlichen Verbrauchs auf die Einnahmen aus der Mineralölsteuer zunehmen. Mit der seit dem 1.7.2012 wirksamen Änderung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (SR 641.71) orientieren sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen an den EU-Vorschriften. Bis 2015 sind diese auf 130 g/km zu senken. Der Bundesrat beabsichtigt im Rahmen des ersten Massnahmenpaketes zur Energiestrategie 2050, die CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen bis 2020 auf durchschnittlich 95 g CO<sub>2</sub>/km zu verschärfen. Neu sollen auch CO<sub>2</sub>-Zielwerte für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper (175 g CO<sub>2</sub>/km bis 2017 und 147 g CO<sub>2</sub>/km bis 2020) eingeführt werden. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer dürften damit mittelfristig weiterhin rückläufig sein.

### Mineralölsteuer und Fiskaleinnahmen

Indiziert; 2002=100



Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer haben im Jahr 2008 ihr Maximum erreicht. Seitdem gehen die Einnahmen in der Tendenz zurück. Der Hauptgrund dafür ist der sinkende durchschnittliche Treibstoffverbrauch der Fahrzeuge. Vor diesem Hintergrund nimmt der Anteil der Mineralölsteuereinnahmen an den Fiskaleinnahmen stetig ab.

16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 517</b>	<b>1 500</b>	<b>1 493</b>	<b>-24</b>	<b>-1,6</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,3	2,3		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	897	829	830	-67	-7,4
Ungedekte Kosten des Schwerverkehrs	90	140	140	50	55,6
Kantonsanteile	493	484	485	-8	-1,7
Übrige	37	47	38	1	2,8

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) liegen um 24 Millionen oder 1,6 Prozent unter dem Vorjahreswert, obwohl die abgabepflichtige Verkehrsleistung leicht zugenommen hat. Verantwortlich für diese Entwicklung sind in erster Linie die Einnahmenausfälle, die aus der Erneuerung des Fahrzeugparks resultieren. Der Rückgang ist bei den inländischen Fahrzeugen (-1,3 %) leicht ausgeprägter als bei den ausländischen Fahrzeugen (-1,0 %).

Die Umstellung des Fahrzeugparks auf emissionsärmere und damit weniger stark besteuerte Fahrzeuge ist im vergangenen Jahr weiter fortgeschritten. Im Jahresdurchschnitt ist der Anteil der stärker belasteten Fahrzeuge (EURO 0 bis 3) am Total der Verkehrsleistung (gemessen in Bruttotonnenkilometern) auf knapp 12 Prozent gesunken, rund halb so viel wie vor zwei Jahren. Die häufigste Emissionsklasse der EURO 5-Fahrzeuge vereint etwas über zwei Drittel der Tonnenkilometer auf sich. Der Anteil der EURO 6-Fahrzeuge, die seit dem 1.7.2012 eine Tarifiermässigung von 10 Prozent erhalten, ist im Jahresdurchschnitt von 4 auf 14 Prozent angestiegen. Der Abgabesatz, den die Fahrzeughalter für die 2014 geleisteten Tonnenkilometer im Durchschnitt bezahlen, ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent zurückgegangen. Insgesamt ergeben sich aus dem vermehrten Einsatz von emissionsärmeren Fahrzeugen Mindereinnahmen von rund 25 Millionen.

Diese Mindereinnahmen infolge des gesunkenen durchschnittlichen Abgabesatzes werden durch die zusätzlichen Einnahmen aus der leicht höheren Verkehrsleistung nur teilweise kompensiert. Die Verkehrsleistung, die der Abgabe unterliegt, hat lediglich um 0,1 Prozent zugelegt. Der Zuwachs liegt deutlich unter der aktuellen Schätzung des realen BIP-Wachstums (+2,0 %), das für die Schätzung der Einnahmen aus der LSVA herangezogen wird. Die nach wie vor schwierige Konjunkturlage in Europa und der damit verbundene, wenig dynamische internationale Handel spielt dabei auch eine gewisse Rolle. Zudem kann von der Veränderung der Verkehrsleistung nicht abgeleitet werden, dass sich die transportierte Menge im gleichen Ausmass verändert, denn die LSVA bemisst sich unabhängig von der Ladung nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeugs.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Der Bundesanteil floss bis 2010 vollständig in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte. Seit 2011 verbleibt ein Teil davon im allgemeinen Haushalt. Diese Mittel werden (nach Art. 85 Abs. 2 BV) zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten verwendet und den für den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung bestimmten Mitteln zugewiesen. Dies schafft Spielraum, um im ordentlichen Budget die finanziellen Mittel für den Substanzerhalt und Betrieb der Bahninfrastruktur zu erhöhen.

## 17 Qualität der Einnamenschätzungen

Trotz der hohen Budgetabweichung bei den Einnahmen der direkten Bundessteuern schneiden die Einnamenschätzungen im Voranschlag 2014 insgesamt betrachtet gut ab, ungeachtet des negativen Vorzeichens. Mit einem *absoluten* Prognosefehler von 3,4 Prozent fallen die Schätzungen akkurater aus als im Durchschnitt der Jahre 2003–2014 (4,0%).

### Prognosefehler im zeitlichen Verlauf

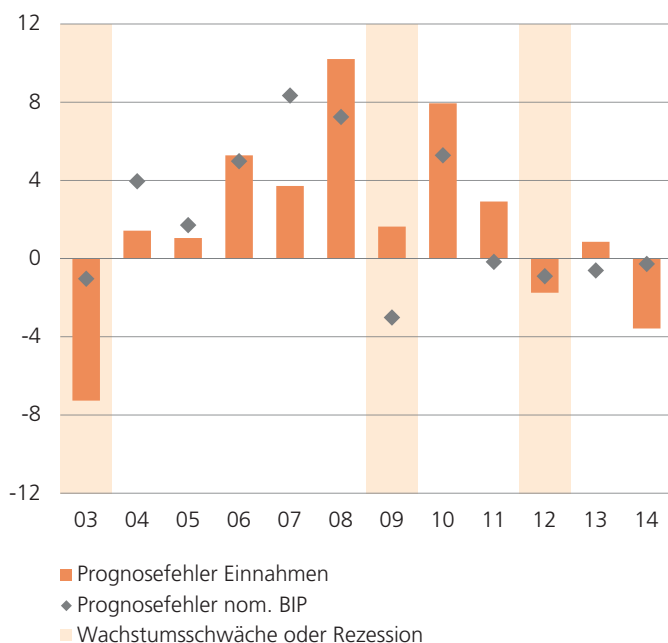
Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Fehler bei der Prognose der ordentlichen Einnahmen des Bundes seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003. Die Prognosefehler sind in Prozent des Voranschlagswertes ausgedrückt, um einen unverzerrten Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Ein positiver Prognosefehler bedeutet, dass die Einnahmen unterschätzt worden sind beziehungsweise dass die effektiven Einnahmen den Budgetwert übertroffen haben. Ein negativer Prognosefehler signalisiert eine Überschätzung der Einnahmen. Im Jahr 2003 ereignete sich im betrachteten Zeitraum mit einem negativen Prognosefehler von 7,3 Prozent die grösste Überschätzung der ordentlichen Einnahmen. Hingegen wurden die Einnahmen im Jahr 2008 mit einem positiven Prognosefehler von 10,2 Prozent am stärksten unterschätzt.

Die starken Schwankungen der Prognosefehler sind nicht zuletzt Ausdruck der zahlreichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welchen die Schätzungen der ordentlichen Einnahmen des Bundes unterliegen. So müssen neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes auch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, deren finanziellen Auswirkungen oftmals nur schwer voraussehbar sind. Die Einnamenschätzungen werden durch den relativ langen Prognosehorizont von bis zu 20 Monaten bis zum Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres zusätzlich erschwert. Die Qualität der Einnamenschätzungen wird mit jedem Rechnungsergebnis neu evaluiert. Dabei steht sowohl die Schätzqualität der Gesamteinnahmen wie auch jene der einzelnen Einnahmenkategorien im Fokus. Es wird besonders Wert darauf gelegt, dass die Einnahmen des Bundes weder systematisch über- noch unterschätzt werden.

### Prognosefehler nach Einnahmenart

Um die Qualität der Einnamenschätzung über einen längeren Zeitraum zu untersuchen, eignet sich der durchschnittliche absolute Prognosefehler als einfaches Mass. Seit Einführung der

**Prognosefehler der ordentlichen Einnahmen** in %  
der Einnahmen resp. des nom. BIP gemäss VA



Die Fehler der Einnahmen- und Wirtschaftsprognosen sind eng miteinander verbunden. Dabei weisen beide ein konjunkturelles Muster auf: Die Entwicklung des BIP bzw. der Einnahmen wird insbesondere in wachstumsschwachen Phasen überschätzt. In konjunkturell günstigeren Zeiten hingegen sind die Prognosefehler im betrachteten Zeitraum fast durchwegs positiv.

Schuldenbremse beträgt dieser für die ordentlichen Einnahmen des Bundes 4,0 Prozent. Somit werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 4,0 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen Einnahmenkategorien. Von den grossen Fiskaleinnahmen waren im selben Zeitraum die Schätzungen der Mineralölsteuereinnahmen am genauesten: Hier wurden die Einnahmen durchschnittlich nur um 1,4 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Dicht dahinter folgen die Schätzungen der Mehrwertsteuereinnahmen mit einem durchschnittlichen absoluten Prognosefehler von 1,7 Prozent. Während die Genauigkeit der Einnamenschätzungen der direkten Bundessteuer (4,4 %) im Vergleich zu den Gesamteinnahmen nur wenig schlechter ausfällt, sind bei den Stempelabgaben und insbesondere bei der Verrechnungssteuer deutliche Ausreisser zu beobachten: Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler betragen bei diesen Einnahmen 8,3 Prozent beziehungsweise 37,9 Prozent. Sie widerspiegeln die starke Volatilität dieser Einnahmen.

#### Konjunkturelles Muster der Prognosefehler

Die orange hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Wachstumschwäche oder Rezession befand, also in Phasen, in denen sich die Schweiz in einer gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung befand und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts unter ihrem langfristigen Potenzial – oder im Fall der Rezession sogar im negativen Bereich – lag. Mit dieser Darstellung lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Bundeseinnahmen während eines wirtschaftlichen Abschwungs tendenziell überschätzt (negativer Prognosefehler)

und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen. Dies war auch seit Einführung der Schuldenbremse annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den ordentlichen Einnahmen auf rund 12,8 Milliarden. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten ordentlichen Einnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode (rund 700 Mrd.), einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 1,9 Prozent. Mit anderen Worten wurden die ordentlichen Einnahmen seit 2003 durchschnittlich um 1,9 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, das heisst die Einnahmen wurden nicht systematisch über- oder unterschätzt.

#### Abhängigkeit von Wirtschaftsprognosen

In der Grafik sind ebenfalls die Fehler bei der Prognose des nominalen Bruttoinlandproduktes eingetragen (graue Quadrate). Diese berechnen sich als prozentuale Differenz zwischen dem zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten nominalen Bruttoinlandprodukt (Niveau in Mrd.) und dem tatsächlich realisierten nominalen Bruttoinlandprodukt gemäss der vorläufigen Schätzung des Seco (2014) respektive der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik. Hier zeigt sich, wie stark die Güte der Einnamenschätzungen von den Wirtschaftsprognosen abhängt. Dies lässt sich auch statistisch mit einem Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Reihen von 0,71 erfassen. Das davon abgeleitete Bestimmtheitsmass (Quadrat des Koeffizienten) zeigt, dass in der vergangenen Dekade rund die Hälfte der Streuung der Einnamenschätzfehler in Zusammenhang mit Schätzfehlern bei den Wirtschaftsprognosen steht.



Der Bund gab im Jahr 2014 64 Milliarden aus, 300 Millionen mehr als im Vorjahr (+0,5 %). Der Voranschlag wurde um 2,1 Milliarden (3,2 %) unterschritten, dies namentlich aufgrund der Volksentscheide zur Masseneinwanderungsinitiative und zum Grippe, der tiefen Zinsen und der schwachen Einnahmentwicklung.

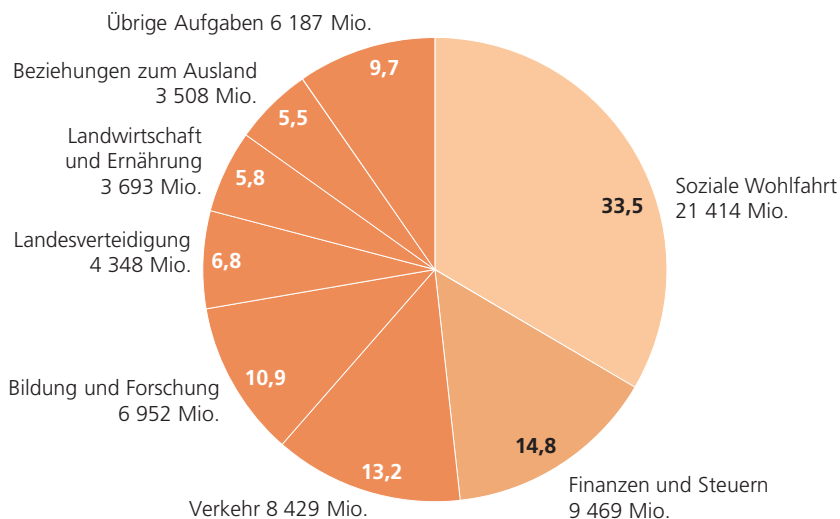
### Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>63 700</b>	<b>66 124</b>	<b>64 000</b>	<b>300</b>	<b>0,5</b>
Δ in % Vorjahr	3,2	3,8	0,5		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 489	2 682	2 605	116	4,7
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 053	1 109	1 023	-30	-2,8
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 292	3 569	3 508	216	6,6
Landesverteidigung	4 789	4 856	4 348	-441	-9,2
Bildung und Forschung	6 894	7 201	6 952	58	0,8
Kultur und Freizeit	502	500	490	-12	-2,4
Gesundheit	219	229	226	7	3,4
Soziale Wohlfahrt	21 106	21 763	21 414	309	1,5
Verkehr	8 224	8 549	8 429	206	2,5
Umwelt und Raumordnung	1 007	1 329	1 210	203	20,2
Landwirtschaft und Ernährung	3 706	3 719	3 693	-13	-0,4
Wirtschaft	505	655	634	128	25,4
Finanzen und Steuern	9 916	9 963	9 469	-446	-4,5

Die Gesamtausgaben des Bundes lagen 2013 um 300 Millionen höher als in der Rechnung 2013 (+0,5 %). Den grössten Anteil am Zuwachs haben die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt (+309 Mio.) und Beziehungen zum Ausland (+216 Mio.). Auch die Ausgaben für den Verkehr (+2,5 %), die institutionellen und finanziellen Voraussetzungen (+4,7%), die Umwelt und Raumordnung (+20,2 %) sowie die Wirtschaft (+25,4 %) wuchsen um mehr als

100 Millionen. Der Grund für die sehr hohen Wachstumsraten der beiden letztgenannten Aufgabengebiete ist die Anhebung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Anfang 2014, die zu Mehrausgaben für die Rückverteilung und das Gebäudesanierungsprogramm geführt hat. Rückläufig waren die Ausgaben vor allem in den Aufgabenbereichen Verteidigung (-9,2 %, Ablehnung Grippe und Sondereffekt im Jahr 2013) sowie Finanzen und Steuern (-4,5 %).

### Ausgaben nach Aufgabengebieten 2014 Anteile in % Ordentliche Ausgaben



Jene zwei Aufgabengebiete, in denen kurzfristig am wenigsten Spielraum besteht – soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern – binden knapp die Hälfte der Ausgaben des Bundes. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Anteile der «übrigen Aufgabengebiete» (+0,6 %-Pkte.) und der sozialen Wohlfahrt (+0,4 %-Pkte.) am stärksten zu, jene der Finanzen und Steuern (-0,8 %-Pkte.) und der Landesverteidigung (-0,7 %-Pkte.) am stärksten ab.

### **Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Die Struktur der ordentlichen Ausgaben des Bundes ist über die Zeit gesehen relativ stabil. So nehmen die beiden Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern, in denen die Ausgaben als stark gebunden gelten, seit einigen Jahren zusammen knapp die Hälfte des Haushalts in Anspruch, wobei der Anteil der sozialen Wohlfahrt tendenziell zunimmt und der Anteil der Finanz und Steuern eher zurückgeht. Wie bereits in früheren Jahren nahmen die Bildung und Forschung sowie die Beziehungen zum Ausland einen grösseren Anteil der Ausgaben für sich in Anspruch als im Vorjahr.

## 21 Soziale Wohlfahrt

Ein Drittel der ordentlichen Bundesausgaben entfällt auf die Soziale Wohlfahrt. Die Zunahme fiel im Rechnungsjahr eher moderat aus, denn erstens war 2014 keine Rentenanpassung bei der AHV und IV fällig und zweitens schlug sich die Stagnation der Mehrwertsteuerträge in entsprechend geringen Zuwachsraten bei den Ertragsanteilen von AHV und IV nieder. Ungebrochen ist das Ausgabenwachstum bei den Ergänzungsleistungen und in der Krankenversicherung.

### Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>21 106</b>	<b>21 763</b>	<b>21 414</b>	<b>309</b>	<b>1,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,1	32,9	33,5		
Altersversicherung	10 621	10 856	10 748	127	1,2
Invalidenversicherung	4 873	5 015	4 920	47	1,0
Krankenversicherung	2 215	2 286	2 273	58	2,6
Ergänzungsleistungen	1 389	1 446	1 435	46	3,3
Militärversicherung	217	216	210	-7	-3,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	476	499	499	23	4,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	95	105	96	1	1,0
Migration	1 159	1 276	1 174	16	1,3
Soziale Hilfe und Fürsorge	59	64	58	-1	-2,4

Die Ausgaben des Bundes für die Soziale Wohlfahrt nahmen 2014 um 1,5 Prozent auf 21,4 Milliarden zu. Zur Hälfte entfielen sie auf das Aufgabengebiet der *Altersversicherung*. Hier leistet der Bund zur Hauptsache drei Zahlungen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV):

- Erstens zahlt der Bund einen Beitrag von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben. 2014 erhöhte sich dieser im Einklang mit der Entwicklung der Anzahl Rentnerinnen und Rentner um 2,1 Prozent auf 7,99 Milliarden.
- Zweitens überweist der Bund 83 Prozent der Erträge aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV an die Versicherung. Dieser Betrag stagnierte im Rechnungsjahr bei 2,32 Milliarden (+5 Mio. bzw. +0,2 %).
- Drittens erhält die AHV die Erträge der Spielbankenabgabe, die 2014 um 12,4 Prozent rückläufig waren und noch 329 Millionen ausmachten.

Auf dem Gebiet der *Invalidenversicherung* (IV) bestehen neben dem ordentlichen Bundesbeitrag weitere, bis Ende 2017 befristete Zahlungen im Rahmen der IV-Zusatzfinanzierung:

- Beim Bundesbeitrag an die IV erfolgte 2014 ein Systemwechsel. Gemäss dem neuen Finanzierungsmechanismus wird der Bundesbeitrag nicht mehr in Prozent der IV-Ausgaben festgesetzt, sondern er steigt in Abhängigkeit der Entwicklung der Mehrwertsteuerträge (die Wachstumsrate entspricht neu dem Wachstum der Mehrwertsteuerträge, abdiskontiert um den Quotienten aus Rentenentwicklung/Lohnentwicklung). Mit dem Systemwechsel erhöhte sich der Bundesbeitrag im Jahresvergleich um 51 Millionen auf 3,58 Milliarden (+1,45 %).

- Im Rahmen der IV-Zusatzfinanzierung erhält die IV zudem die Erträge aus der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent. Dies waren im Jahr 2014 1,12 Milliarden. Weiter übernimmt der Bund die Schuldzinsen der IV. Der Sonderbeitrag an die IV-Zinsen sank aufgrund der rückläufigen Verschuldung der Versicherung auf 172 Millionen (-7 Mio.).

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) zahlt der Bund 5/8 des Betrags, der für die Existenzsicherung geleistet wird. Die Kantone tragen die restlichen 3/8 sowie alle EL-Ausgaben für die Mehrkosten aus einem Heimaufenthalt sowie für Krankheits- und Behinderungskosten. Die Beiträge des Bundes entfallen je zur Hälfte auf EL zur IV und EL zur AHV, wobei letztere wegen der Zunahme der AHV-Rentnerinnen und Rentner ein deutlich stärkeres Wachstum aufweisen. Zusätzlich erhöhen sich die Ausgaben in beiden Bereichen, weil der durchschnittlich ausgerichtete EL-Betrag steigt. 2014 nahm der Beitrag des Bundes an die EL zur AHV um 4,1 Prozent zu; jener an die EL zur IV stieg um 2,5 Prozent.

Um die gesetzlich festgelegten Beiträge an AHV, IV und EL zu finanzieren, stehen dem Bund die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung sowie 17 Prozent des Mehrwertsteuerprozents zu Gunsten der AHV zur Verfügung. Diese Einnahmen betragen im Rechnungsjahr insgesamt 2969 Millionen und waren somit rückläufig: Die Erträge aus der Tabaksteuer verringerten sich um 38 Millionen auf 2257 Millionen; der Reingewinn der Alkoholverwaltung sank um 6 Millionen auf 236 Millionen und der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV verharrte bei 476 Millionen (Vorjahr: 475 Mio.). Mit diesen zweckgebundenen Einnahmen wurde ein Anteil von 22,5 Prozent der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL (einschliesslich IV-Zinsen) abgedeckt. 2013 hatte der Anteil noch 23,6 Prozent betragen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Krankenversicherung* fallen vor allem im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Sie legten 2014 um rund 58 Millionen oder 2,6 Prozent gegenüber der Rechnung 2013 zu. Dieses Wachstum ist insbesondere auf den Anstieg der Gesundheitskosten respektive der Durchschnittsprämie in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) sowie das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Der Beitrag des Bundes beläuft sich gemäss Artikel 66 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes auf 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten. Die Aufwendungen des Bundes hierfür sind zum Teil zweckfinanziert. 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteile) wurden zu diesem Zweck verwendet, was im Jahr 2014 rund 917 Millionen ausmachte. Zudem trugen die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit rund 140 Millionen zur Finanzierung der Prämienverbilligung bei. Damit sind etwa 47 Prozent der Bundesausgaben für die Prämienverbilligung durch zweckgebundene Erträge gedeckt.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. Die Ausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um etwa 7 Millionen oder 3,4 Prozent ab. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Rentenzahlungen (-5,9 Mio.) und auch die Barleistungen (-1,2 Mio.) zurückzuführen. Die Behandlungskosten dagegen blieben in etwa stabil. Die Versicherungsausgaben wurden im Voranschlag 2014 um rund 6 Millionen oder 2,6 Prozent überschätzt.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* entfallen gut 90 Prozent der Ausgaben (rund 460 Mio.) auf den gesetzlich gebundenen Beitrag des Bundes an die Arbeitslosenversicherung. Dieser blieb im Vergleich zum Vorjahr praktisch konstant (+3 Mio.). Der verbleibende Anstieg der Ausgaben um rund 20 Millionen ist auf eine Änderung bei der Beteiligung des Bundes am Informationssystem für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik (AVAM) zurückzuführen: Für die Bereitstellung der Daten zur Arbeitsmarktstatistik leistet der Bund einen jährlichen Beitrag von gut 20 Millionen an die Kosten des AVAM. Bis 2013 hat der Bund seine Leistungen direkt beim BIT bestellt und diese über Leistungsverrechnung abgegolten; diese Mittel erschienen daher nicht in der Aufgabensicht, die ausschliesslich finanzierungswirksame Ausgaben umfasst. Neu bestellt die ALV die ganze Informatik, und der Bund bezahlt der ALV einen finanzierungswirksamen Betrag im Umfang der von ihm genutzten

Leistungen. Dieser Wechsel, der zu einer besseren Informatiksteuerung beitragen soll, ist für den Bund haushaltneutral, da beim BIT als Leistungserbringer finanzierungswirksame Erträge in gleicher Höhe anfallen.

Die grössten Anteile der Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* entfielen 2014 auf die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (60%) sowie die Darlehen zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (31%). Die Ausgaben für diese Aufgabe nahmen um rund 1 Million oder etwa 1,0 Prozent gegenüber 2013 zu. Dieser Zuwachs ist vor allem Folge der mit dem Nachtrag II zum Budget 2014 beschlossenen und über zusätzliche Erträge haushaltsneutral finanzierten Mehrausgaben von knapp 2 Millionen für Leistungen der Dachverbände der gemeinnützigen Wohnbauträger. Mit diesem ab der Rechnung 2014 neuen Ausweis der Aufwendungen wurde dem haushaltrechtlichen Bruttoprinzip Rechnung getragen.

Die Ausgaben im Bereich der *Migration* stiegen gegenüber dem Vorjahr um 16 Millionen (1,3 Prozent). Die Veränderung kam durch gegenläufige Entwicklungen zustande: Einerseits waren im Asyl- und Flüchtlingsbereich Minderausgaben von 44 Millionen zu verzeichnen. Hier stiegen zwar die Ausgaben bei der Sozialhilfe-Globalpauschale für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene, da 2014 mehr Personen in dieser Gruppe zu verzeichnen waren. Aber dies wurde überkompensiert durch tiefere Ausgaben im Bereich der Sozialhilfeabgeltungen für Flüchtlinge sowie bei der Nothilfe. Andererseits nahmen die Ausgaben im Bereich Ausländer im Vergleich mit dem Vorjahr um 60 Millionen zu, insbesondere bei der Integration. Dies lag daran, dass die Mittel für die kantonalen Integrationsprogramme aufgestockt wurden und dass ab 2014 die Integrationspauschalen für Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich im Integrationskredit zusammengefasst werden.

Die Ausgaben des Bundes für die *soziale Hilfe und Fürsorge* sanken im Rechnungsjahr um 1,4 Millionen auf 57,6 Millionen. In erster Linie lag dies daran, dass die mit dem Voranschlag bewilligten Mittel für die familienergänzende Kinderbetreuung nicht vollständig ausgeschöpft wurden, weil aufgrund der neu eingeführten Prioritätenordnung für die Gewährung von Finanzhilfen manche Gesuche vorübergehend auf eine Warteliste gesetzt werden mussten und sich die Zeit für die Prüfung der Gesuche verlängerte.

## 22 Finanzen und Steuern

Im Jahr 2014 entfielen auf diesen Aufgabenbereich 14,8 Prozent der ordentlichen Ausgaben, gegenüber 15,6 Prozent im Vorjahr. Der Rückgang des Ausgabenanteils ist einerseits das Ergebnis einer ungünstigen Einnahmenentwicklung insbesondere bei der direkten Bundessteuer, verstärkt durch einen deutlichen Rückgang der Debitorenverluste, die den Anteilen Dritter an den Bundeseinnahmen zugeschrieben werden. Andererseits fiel die Zinslast aufgrund der guten Rechnungsabschlüsse in den Vorjahren sowie der anhaltend rückläufigen Zinssatzentwicklung geringer aus.

### Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 916</b>	<b>9 963</b>	<b>9 469</b>	<b>-446</b>	<b>-4,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	15,6	15,1	14,8		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 574	4 606	4 335	-238	-5,2
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 164	2 172	1 949	-216	-10,0
Finanzausgleich	3 178	3 185	3 185	8	0,2

#### Sinkende Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen insbesondere wegen rückläufiger Debitorenverluste

Die sinkenden Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen (-238 Mio. oder -5,2 %) erklären sich im Wesentlichen durch die Debitorenverluste auf der Verrechnungssteuer. Diese sanken von 181 Millionen im 2013 praktisch auf Null im 2014 (-99,6 %), weil im gesamten Berichtsjahr keine ausserordentlichen Verluste zu verzeichnen waren. Die rückläufige Entwicklung ist auch auf die sinkenden Anteile an den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (-64,3 Mio. oder -2,0 %) und der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (-8 Mio. oder -1,7 %) zurückzuführen. Dagegen verzeichnet der Anteil Dritter an den Einnahmen aus der Verrechnungssteuer aufgrund der Buchungspraxis gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 12 Millionen (+2,3 %), woraus sich eine Abschwächung des Rückgangs der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen ergibt.

#### Verringerung des Schuldendienstes aufgrund des sinkenden Zinsaufwands bei den Anleihen

Die Abnahme der Zinslast bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung ist generell Ausdruck eines geringeren Finanzierungsbedarfs aufgrund der guten Ertragslage der Vorjahre; sie widerspiegelt aber auch die anhaltend rückläufige Zinssatzentwicklung. Die Passivzinsen zum Beispiel verzeichnen einen markanten Rückgang. Dafür gibt es zwei Hauptursachen: zum einen die sinkende Zinslast (-161,9 Mio.) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (namentlich infolge der Rückerstattung von Obligationen mit einem im Schnitt grösseren Coupon im Umfang von 6,3 Mrd.); zum andern die hohen Agios (525 Mio.), die zu einer Verringerung des Zinsaufwands führen und die gegenüber 2013 um 56 Millionen gewachsen sind. Die 2014 erzielten Agios sind angesichts des kontinuierlich sinkenden Zinsniveaus nicht

aussergewöhnlich; sie bewegen sich im Mittel der letzten Jahre (ca. 500 Mio.). Zu diesen zwei Hauptfaktoren kommt hinzu, dass die Ausgaben für Zinsswaps im Berichtsjahr um 14 Millionen gesunken sind, hauptsächlich infolge rückläufiger Volumen. Ein Gegengewicht zu den sinkenden Passivzinsen stellt der durch die Volatilität der Wechselkurse bedingte Mehraufwand für Währungsverluste dar (+18,2 Mio.). Die Kursverluste betreffen Fremdwährungskonten. Gewinn und Verluste auf diesen Konten werden im Laufe des Rechnungsjahres verbucht (FHG, Art. 35). Die zweite Komponente dieses Aufgabenbereichs, die Ausgaben für Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie, verzeichnet wegen den tiefer ausgefallenen Kommissionen für Rückzahlungen von Anleihen einen leichten Rückgang (-5,1 Mio.). Die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie fallen im Zeitpunkt der Emission an.

#### Leichter Zuwachs der Ausgleichszahlungen an die Kantone

2014 war das dritte Rechnungsjahr der zweiten Vierjahresperiode des neuen Finanzausgleichs (NFA). Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der verschiedenen Instrumente des Finanzausgleichs beliefen sich auf insgesamt 3185 Millionen. Gegenüber 2013 sind sie um 7,5 Millionen (+0,2 %) gestiegen. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich (2220 Mio.) wächst leicht (+11,9 Mio. oder +0,5 %). Ohne die Berichtigung der Zahlen für 2012 (2013 vorgenommen), bedingt durch die Fehlerkorrektur des Faktors Alpha im Zeitraum 2012 bis 2015, beläuft sich diese Zunahme auf 23,5 Millionen (+1,1 %). Aufgrund dieser Korrektur hatte sich das Volumen der Ausgleichszahlungen per Saldo um 11,7 Millionen erhöht. Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 726 Millionen (je 363 Millionen für den geografisch-topografischen und den

soziodemografischen Lastenausgleich). Betragsmässig sinkt er damit gegenüber 2013 um insgesamt 4 Millionen. Dieser Rückgang ist in der Anpassung des Vorjahreswertes an die Teuerung begründet (von April 2012 bis April 2013: -0,6%). Der für 2014

eingestellte Beitrag für den Härteausgleich (240 Mio.) ist derselbe wie für 2013, weil 2014 kein einziger ressourcenschwacher Kanton, der Härteausgleichszahlungen bezieht, zur Kategorie der ressourcenstarken Kantone wechselte.

---

#### **Zweckgebundenheit der Ausgaben für «Finanzen und Steuern»**

Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Der Aufgabenbereich zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab), und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die Anteile an den Bundeseinnahmen. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA).

Die Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung umfassen im Wesentlichen die Passivzinsen (Zinslast der lang- und mittelfristigen Anleihen, der Depotkonten usw.) sowie die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie.

Der 2008 in Kraft getretene neue Finanzausgleich (NFA) besteht aus drei Elementen, von denen zwei, nämlich der Ressourcen- und der Lastenausgleich (geografisch-topografischer und soziodemographischer Lastenausgleich) die wichtigeren darstellen. Dank dem dritten Element, dem Härteausgleich, lassen sich beim Übergang vom alten zum neuen Finanzausgleichssystem Härtefälle zwischen den Kantonen vermeiden; der Härteausgleich bleibt längstens bis 2036 in Kraft. Die Mittelzuweisung für den Härteausgleich bleibt bis 2015 fix, anschliessend verringert sie sich jährlich um 5 Prozent. Der Beitrag des Bundes an die Instrumente des Finanzausgleichs wird jährlich an die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation angepasst. Die Anpassungen für das Jahr 2014 erfolgen aufgrund der Entwicklungen des Ressourcenpotenzials für den Ressourcenausgleich bzw. der Teuerung für den Lastenausgleich.

---

## 23 Verkehr

Mit einem Anstieg von 2,5 Prozent liegt das Wachstum der Verkehrsausgaben 2014 über dem Durchschnitt der übrigen Bundesausgaben (+0,5 %). Während der Strassenverkehr vor allem infolge der höheren Einlagen in den Infrastrukturfonds ein namhaftes Wachstum von 11,1 Prozent verzeichnete, führten sinkende Einlagen in den FinöV-Fonds beim öffentlichen Verkehr zu einer Abnahme um 2 Prozent.

### Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Verkehr</b>	<b>8 224</b>	<b>8 549</b>	<b>8 429</b>	<b>206</b>	<b>2,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	12,9	12,9	13,2		
Strassenverkehr	2 806	3 063	3 117	311	11,1
Öffentlicher Verkehr	5 262	5 299	5 158	-104	-2,0
Luftfahrt	156	188	155	-1	-0,6

### Strassenverkehr

Für den Strassenverkehr wurden gegenüber dem Vorjahr 311 Millionen resp. 11,1 Prozent mehr aufgewendet.

- Die Ausgaben für die Nationalstrassen nahmen um 303 Millionen respektive 14,1 Prozent zu. Bei den zulasten der Rechnung des Bundes verbuchten Ausgaben für Nationalstrassen waren im Gegensatz zum Vorjahr kaum Projektverzögerungen zu verzeichnen, so dass die geplanten Mittel vollständig beansprucht wurden (+196 Mio.). Auch der Anteil der für Nationalstrassen bestimmten Ausgaben an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds stieg deutlich an (+111 Mio.). Demgegenüber ging der Betriebsaufwand der Nationalstrassen leicht zurück (-5 Mio.).
- Ebenfalls zugenommen haben 2014 die Bundesbeiträge an Strassenprojekte des Agglomerationsverkehrs (+7 Mio.) sowie an die Hauptstrassen (+2 Mio.).
- Erwartungsgemäss sanken die einnahmenabhängigen Beiträge des Bundes an die allgemeinen Strassenkosten der Kantone sowie an die auslaufende Verkehrstrennung (-2 Mio.).

### Öffentlicher Verkehr

Die Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr, wozu auch die Ausgaben für die Bahninfrastruktur und den Schienengüterverkehr gezählt werden, sanken im Jahresvergleich um 104 Millionen (-2,0 %). Dies ist im Wesentlichen auf folgenden Faktoren zurückzuführen:

- Die Ausgaben für den Bau, den Betrieb und den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur gingen gegenüber dem Vorjahr um 51 Millionen zurück. Dies erklärt sich zur Hauptsache mit dem Auslaufen der Beiträge an dringliche Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs (S-Bahnen, Trambahnen), die einen Rückgang des Anteils der Bahninfrastruktur an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds um rund einen Drittel

(-115 Mio.) zur Folge hatte. Abgeschwächt wurde dieser Rückgang durch steigende Ausgaben für den Betrieb und den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur, die im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von 68 Millionen zu verzeichnen hatten.

- Die Einlagen in den Fonds für die Eisenbahngrossprojekte sanken insgesamt um 77 Millionen. Ausschlaggebend war der Rückgang der Einlage aus den Erträgen der LSVA (-67 Mio.), weil ein grösserer Anteil der Einnahmen im Bundeshaushalt zurückbehalten wurde, um vom Strassenverkehr verursachte externe Kosten zu decken (vgl. Art. 85 Abs. 2 BV). Wegen tieferer Ausgaben auf den NEAT-Basislinien fiel auch die Einlage aus Mineralölsteuermitteln tiefer aus als im Vorjahr (-11 Mio.).
- Die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr haben um gut 14 Millionen resp. 1,6 Prozent zugenommen, was insb. auf die Finanzierung des steigenden Abschreibungsaufwands aus der Erneuerung des Eisenbahnrollmaterials zurückzuführen ist.
- Für die Güterverkehrsverlagerung wurden 8 Millionen mehr aufgewendet als im Vorjahr. Der leichte Rückgang der Betriebsabgeltungen wurde durch höhere Investitionsbeiträge an den Bau von Güterverkehrsanlagen mehr als kompensiert.

### Luftfahrt

Die Ausgaben für die Luftfahrt sanken gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 1 Million (-0,6%). Die aus der Spezialfinanzierung Luftverkehr finanzierten Ausgaben liegen beinahe gleich hoch wie im Vorjahr (-0,3 Mio.).

### Verkehrsausgaben gemäss Staatsrechnung

Die Ausgabenentwicklung beim Verkehr wird massgeblich beeinflusst durch die Ausgaben der Verkehrsfonds. Ziffer 32 gibt einen Überblick über die gesamten Investitionen gemäss Staatsrechnung, das heisst Bundesrechnung inklusive Verkehrsfonds (Sonderrechnungen).

## 24 Bildung und Forschung

Die Ausgaben für Bildung und Forschung haben gegenüber dem Vorjahr gemäss Entscheiden des Parlaments zur BFI-Botschaft 2013–2016 (Bildung, Forschung und Innovation; BBI 2012 3099) sowie der Botschaft zum Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» (2012 9017) um 0,8 Prozent zugenommen. Die Teilassoziatio n am EU-Forschungsprogramm Horizon 2000 hat eine umfassende Neuterminierung der Schweizer Beiträge und eine geringere Wachstumsrate als erwartet zur Folge.

### Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>6 894</b>	<b>7 201</b>	<b>6 952</b>	<b>58</b>	<b>0,8</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,8	10,9	10,9		
Berufsbildung	845	891	857	12	1,4
Hochschulen	2 001	2 082	2 121	120	6,0
Grundlagenforschung	2 608	2 698	2 749	141	5,4
Angewandte Forschung	1 408	1 498	1 193	-215	-15,3
Übriges Bildungswesen	31	32	31	0	0,8

### Anhaltendes Wachstum im Aufgabengebiet Bildung und Forschung

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben des Aufgabengebiets Bildung und Forschung um 0,8 Prozent (+58 Mio.). Schwerpunktmässig wurden diese zusätzlichen Mittel für die Forschung (+132 Mio.) ausgegeben. Bei der Forschung ist aufgrund umfangreicher Lastenverschiebungen in den kommenden Jahren ein Rückgang um 74 Millionen zu beobachten. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für die Bildung – darunter fallen die Beiträge an die Hochschulen, die Beiträge an die Berufsbildung sowie diejenigen für das übrige Bildungswesen – auf 3009 Millionen. Für die Forschung wurden 3942 Millionen aufgewendet.

### Beitragsziel bei der Berufsbildung gehalten

Die Ausgaben für die Berufsbildung stiegen leicht (+12 Mio.). Damit kann der im Berufsbildungsgesetz (BBG; SR 412.10) als Richtgrösse definierte Bundesbeitrag von einem Viertel an den Kosten der Berufsbildung gehalten werden. Die Pauschalbeiträge an die Kantone stiegen um 7 Millionen und die Projekt- und Innovationsbeiträge um 5 Millionen.

### Steigende Ausgaben für die Hochschulen

Die Beiträge an die Hochschulen stiegen um 6,0 Prozent (+120 Mio.) und damit innerhalb des ganzen Aufgabengebiets am stärksten. Die zusätzlichen Mittel flossen hauptsächlich in die Investitionsbeiträge an Fachhochschulen (+51 Mio.), damit der Bund seinen Verpflichtungen nachkommen kann, die einem Drittel der Kosten der Investitionsvorhaben entspricht. Dem Teilbereich Hochschulen wird auch der Anteil am Bundesbeitrag an den ETH-Bereich zugeordnet, welcher für die Lehre eingesetzt wird (ca. 26 % des Gesamtbeitrags). Er wurde um 32 Millionen aufgestockt. Die Beiträge an die kantonalen Hochschulen und an die Fachhochschulen wuchsen um 26 beziehungsweise 22 Millionen.

### Lastenverschiebungen in der Forschung

Die Ausgaben im Forschungsbereich sind stark durch die Lage geprägt, in der sich die Schweizer Beteiligung an den EU-Forschungsprogrammen Horizon 2020 und Euratom befindet (zu 10 Prozent der Grundlagen- und zu 90 Prozent der angewandten Forschung zugeordnet). Infolge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative konnte lediglich eine Teilassoziatio n abgeschlossen werden. Dies hat zur Folge, dass die Mehrheit der Forschungsprojekte direkt durch den Bund finanziert wird, und zwar über die gesamte Projektdauer anstatt in Form von jährlichen Pauschalen an die Europäische Union. Ein Grossteil der Finanzlast (-338 Mio.) wird somit auf die kommenden Jahre überwält. Ferner hat der Schweizerische Nationalfonds (SNF) provisorische Ersatzmassnahmen getroffen. Sie sind im Bereich der Grundlagenforschung als Ausgaben verbucht (94 Mio.) und wurden aus den Mitteln finanziert, die ursprünglich für die EU-Programme bestimmt waren; sie werden deshalb zu 90 Prozent als Minderaufwand bei der angewandten Forschung ausgewiesen. Darin liegt die Hauptursache für die Abweichungen dieser beiden Teilbereiche gegenüber dem Vorjahr.

### Das Aufgabengebiet in Beziehung zur BFI Botschaft

Der grösste Teil (88 %) der Ausgaben in diesem Aufgabengebiet wird mit den BFI-Botschaften und den Botschaften über die Beteiligung an den EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen beantragt. Diese Ausgaben nehmen gegenüber dem Vorjahr um 85 Millionen ab, was hauptsächlich auf die fehlende Vollasoziiierung an den EU-Forschungsprogrammen zurückzuführen ist. Für den Teil, an dem der Bund sich zusätzlich zur Teilasoziiierung projektweise verpflichtet hat, fielen die Ausgaben nur zu einem kleinen Teil im Rechnungsjahr an (intertemporale Verschiebung). Das Aufgabengebiet beinhaltet weitere forschungs- und bildungsrelevante Ausgaben, wie den Eigenaufwand des Bundes für Bildungs- und Forschungszwecke (238 Mio.), die Mietaufwendungen von Institutionen des Bundes (ETH/EHB; 281 Mio.), die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (92 Mio.) sowie weitere Subventionen (212 Mio.).



Der Grundlagenforschung zugeordnet wird namentlich der Grossteil des Beitrags an den ETH-Bereich (1408 Mio., d.h. rund 59% des gesamten Bundesbeitrags an den ETH-Bereich), welcher um 73 Millionen zunimmt.

Der Bereich angewandte Forschung umfasst auch einen Teil der Beiträge an den ETH-Bereich (354 Mio. oder ca. 15% des gesamten Bundesbeitrags an den ETH-Bereich), die Beiträge an die Kommission für Technologie und Innovation (152 Mio.), an die Europäische Weltraumorganisation ESA (145 Mio.) und erstmals auch diejenigen an die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS (Beiträge für 2013 und 2014: insgesamt 160 Mio.).

## 25 Landesverteidigung

Die Ausgaben für die Landesverteidigung nahmen im Vergleich zum Vorjahr deutlich ab. Ein guter Teil des Rückgangs von 9,2 Prozent verzeichnete der Rüstungsaufwand, nicht zuletzt weil das Gripen-Kampfflugzeug aufgrund des Volks-Neins nicht beschafft werden kann. Weitere hohe Minderaufwände fielen beim Armeematerial sowie bei den Arbeitgeberleistungen an.

### Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 789</b>	<b>4 856</b>	<b>4 348</b>	<b>-441</b>	<b>-9,2</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,5	7,3	6,8		
Militärische Landesverteidigung	4 665	4 733	4 226	-439	-9,4
Nationale Sicherheitskooperation	124	123	122	-2	-1,6

Die Ausgaben für die Landesverteidigung sanken gegenüber dem Vorjahr um 441 Millionen (-9,2 %). Dies hat insbesondere folgende Gründe:

- Im Jahr 2013 wendete der Bund gut 150 Millionen auf, um das früher geltende System der vorzeitigen Pensionierung für das Militärpersonal in eine Versicherungslösung zu überführen. Diese Beiträge wurden einmalig geleistet, weshalb bei den Arbeitgeberleistungen im Jahr 2014 ein Rückgang in gleicher Höhe zu verzeichnen war.
- Die Ausgaben für Rüstungsmaterial gingen im Vergleich zum Vorjahr um 142 Millionen zurück. Das VBS stellte in seiner Planung zu Gunsten der Gripen-Beschaffung andere Rüstungsvorhaben zurück. Es budgetierte deshalb die Rüstungskredite im Voranschlag 2014 tiefer und sah dafür eine Einlage in den Gripen-Fonds von 342 Millionen vor. Da die Beschaffung des Gripen vom Volk abgelehnt wurde, konnten diese Mittel nicht verwendet werden. Zum tieferen Budget für Rüstungsmaterial kamen Kreditreste von etwa 75 Millionen hinzu, die sich aus Projektverzögerungen und vorteilhaften Vertragsverhandlungen ergaben.

- Weniger aufgewendet als im Vorjahr wurde auch im Bereich des Armeematerials sowie der Vorräte. Der Rückgang beträgt 110 Millionen (-22,3 %). Die beiden Hauptgründe dafür sind die einmalige Beschaffung des Business-Jets des Lufttransportdienstes im Jahr 2013 und tiefere Beschaffungskosten für Brenn- und Treibstoffe.
- Die Ausgaben für die nationale Sicherheitskooperation gingen um 2 Millionen zurück. Beim BABS verzögerten sich 5 kleinere Projekte, die im Jahr 2015 weiterbearbeitet werden.

Im Vergleich zum Voranschlag beliefen sich die Minderausgaben auf 508 Millionen. Das Volks-Nein zum Gripen und die Kreditreste beim Rüstungsmaterial sind hauptsächlich dafür verantwortlich.

#### Verhältnis Betriebs- zu Rüstungsausgaben

Bei der Militärischen Landesverteidigung lag das Verhältnis zwischen Betriebs- (Sach-, Transfer- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) bei 73 zu 27 Prozent. Die Armee hat sich damit erneut weiter vom mittelfristigen Ziel entfernt, ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Betriebs- und die Rüstungsausgaben. Der Rückgang bei den Rüstungsausgaben fiel aber höher aus, weshalb sich das Verhältnis verschlechterte.

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Die Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung blieben mit knapp 3,7 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant. Leicht höhere Ausgaben bei den Direktzahlungen stehen etwas tieferen Ausgaben in den übrigen Bereichen gegenüber.

### Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 706</b>	<b>3 719</b>	<b>3 693</b>	<b>-13</b>	<b>-0,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,8	5,6	5,8		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	189	198	184	-5	-2,7
Produktion und Absatz	450	441	431	-19	-4,3
Direktzahlungen	2 799	2 809	2 815	16	0,6
Übrige Ausgaben	268	271	263	-5	-1,9

Die Ausgaben im Bereich Landwirtschaft und Ernährung werden gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes grösstenteils über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Das Parlament hat mit Bundesbeschluss vom 13.3.2013 die Zahlungsrahmen für die Jahre 2014–2017 wie folgt festgelegt: Direktzahlungen 11 256 Millionen, Produktion und Absatz 1776 Millionen sowie Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 798 Millionen.

Die *Direktzahlungen* dienen der Förderung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Landwirtschaft wie der Versorgungssicherheit, der Biodiversität und dem Tierwohl. Sie wurden 2014 erstmals nach dem weiterentwickelten Direktzahlungssystem gemäss Agrarpolitik 2014–2017 ausgerichtet. Die Direktzahlungen machen mit 2815 Millionen gut drei Viertel der Agrarausgaben aus. Verteilt auf die rund 48 700 beitragsberechtigten Landwirtschaftsbetriebe, wurden im letzten Jahr durchschnittlich 57 800 Franken an Direktzahlungen pro Betrieb ausbezahlt. Im Vergleich zum Jahr 2013 sind die Ausgaben im 2014 um 16 Millionen angestiegen (+0,6 %). Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2013 Mehrausgaben zugunsten der Zulagen Milchwirtschaft bei den Direktzahlungen kompensiert wurden. Hinzu kommt, dass der Kredit im Jahr 2014 aufgrund der unerwartet hohen Nachbearbeitungen einiger Kantone überschritten wurde.

Die Ausgaben im Bereich *Produktion und Absatz* setzen sich aus Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft und des Pflanzenbaus sowie der Absatzförderung zusammen. Sie sind im Vergleich zum Rechnungsjahr 2013 um 19 Millionen auf 431 Millionen gesunken (-4,3 %). Die Abnahme ist zum einen damit zu erklären, dass im 2013 der Kredit Beihilfen Pflanzenbau für Marktentlastungsmaßnahmen zur Weindeklassierung und für die Überschussverwertung von Birnensaftkonzentrat einmalig aufgestockt worden war. Zum anderen sanken die Ausgaben im Bereich Pflanzenbau aufgrund einer Reduktion der Einzelkulturbeiträge (u.a. für Zuckerrüben und Ölsaaten).

Die Aufwendungen der *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* sind im Vergleich zum Vorjahr um 5 Millionen auf 184 Millionen zurückgegangen (-2,7%). Nachdem das Parlament mit Bundesbeschluss vom 13.3.2013 die Mittel für die landwirtschaftliche Strukturverbesserung auf 99 Millionen festgelegt hatte, wurden die Mittel auf diesem Kredit um 9 Millionen gegenüber dem Vorjahr aufgestockt. Diese Erhöhung wurde mit einer Mittelreduktion im Umfang von 4 Millionen bei den Investitionskrediten teilweise kompensiert. Da die Mittel für die Strukturverbesserung aufgrund der schlechten Witterung in den Sommermonaten 2014 und starken Verzögerungen von Bauarbeiten nicht ausgeschöpft werden konnten, sind die Ausgaben für die Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen insgesamt zurückgegangen.

Die ausserhalb der Zahlungsrahmen gesteuerten *Übrigen Ausgaben* setzen sich aus den Bereichen Verwaltung, Forschung und Beratung zusammen. Hinzu kommen die Ausgaben für den Vollzug, die Kontrolle und den Pflanzenschutz. Ebenfalls in dieser Ausgabenkategorie enthalten sind die Familienzulagen für die Landwirtschaft (71,5 Mio.) und die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte im Rahmen des «Schoggi-Gesetzes» (70 Mio.). Die *Übrigen Ausgaben* sind im Vergleich zum Vorjahr um 5 Millionen auf 263 Millionen (-1,9 %) gesunken. Während die Ausgaben für die Forschung (+0,8 Mio.) und die Personalausgaben (+0,9 Mio.) angestiegen sind, ist bei den Ausgaben für den Vollzug und die Kontrolle (-0,5 Mio.) ein Rückgang zu verzeichnen. Die insgesamt tieferen Ausgaben sind strukturwandelbedingt auf Minderaufwendungen bei den landwirtschaftlichen Familienzulagen (-6 Mio.) zurückzuführen.

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Der Aufgabenbereich Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit ist zwischen 2013 und 2014 um 6,6 Prozent (+216 Mio.) gewachsen. Er weist damit im bundesweiten Vergleich eine der höchsten Wachstumsraten auf. Der Anstieg ist auf steigende Ausgaben in der Entwicklungszusammenarbeit (+200 Mio.) und bei den wirtschaftlichen Beziehungen (+38 Mio.) zurückzuführen, während der Aufwand für die politischen Beziehungen gesunken ist (-23 Mio.).

### Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3 292</b>	<b>3 569</b>	<b>3 508</b>	<b>216</b>	<b>6,6</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,2	5,4	5,5		
Politische Beziehungen	789	757	766	-23	-2,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 290	2 483	2 491	200	8,8
Wirtschaftliche Beziehungen	212	329	251	38	17,9

#### Weniger Beiträge an die Vereinten Nationen

Die Ausgaben im Bereich *Politische Beziehungen* sanken gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent auf 766 Millionen (-23 Mio.). Diese Minderausgaben sind hauptsächlich auf die sinkenden Beiträge der Schweiz an die Vereinten Nationen zurückzuführen. Einerseits wurden im Jahr 2013 noch 35 Millionen an die UNO zur Sanierung ihres Sitzes in Genf (Palais des Nations) ausbezahlt. Diese Arbeiten konnten inzwischen abgeschlossen werden, weshalb im Jahr 2014 nur noch eine Restzahlung von einer Million geleistet wurde. Andererseits sanken die Beiträge der Schweiz an die friedenserhaltenden Operationen der UNO durch eine Aktualisierung in der Finanzplanung um 10 Millionen.

Demgegenüber fielen Mehrausgaben für die Planung und die Durchführung der Ministerkonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an, welche im Dezember 2014 in Basel stattfand (+9 Mio.). Zudem wurden für die Durchführung der OSZE-Monitoring Mission und der OSZE-Grenzbeobachtermission in der Ukraine zusätzliche Beiträge gesprochen (+6 Mio.).

#### Ausbau der Entwicklungshilfe zur Erreichung der APD-Quote von 0,5 Prozent

Die Ausgaben für die *Entwicklungshilfe* wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 8,8 Prozent (+ 200 Mio.). Damit befindet sich der Aufgabenbereich weiterhin auf dem vom Parlament vorgegebenen Wachstumspfad zur Erreichung einer APD-Quote von 0,5 Prozent bis im Jahr 2015. Am stärksten stiegen die Ausgaben für die technische Zusammenarbeit und der Finanzhilfe (+85 Mio.), gefolgt von den Beiträgen an humanitäre Aktionen und für die Nahrungsmittelhilfe (+74 Mio.). Ein Teil der zusätzlichen Mittel für

die humanitären Aktionen wurde zur Eindämmung von Ebola und zur Bewältigung der Krisen in Syrien und im Irak eingesetzt. Gegenüber der ursprünglichen Planung wurden die Mittel im Kampf gegen Ebola um 25 Millionen und für die Unterstützung der Krisenopfer im nahen Osten um 20 Millionen aufgestockt. Für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit wurden 27 Millionen (+8,8%) mehr ausgegeben als im Vorjahr.

#### Mehrausgaben beim Schweizer Beitrag an die EU trotz Verzögerungen bei der Projektfinanzierung

Das Ausgabenwachstum von 17,9 Prozent (+38 Mio.) im Aufgabenbereich *wirtschaftliche Beziehungen* ist schwerpunktmässig auf die steigenden Beiträge der Schweiz an die erweiterte EU zurückzuführen. Trotz dieser steigenden Beiträge lagen die Auszahlungen der DEZA und des SECO um 73 Millionen unter den budgetierten Werten. Vor allem im Bereich der Infrastrukturprojekte des SECO (-63 Mio.) kam es aufgrund von verspäteten Projekteingaben in den Partnerländern bzw. wegen kurzfristiger Projektanpassungen zu Verzögerungen bei den Auszahlungen.

#### APD-Quote

Die öffentliche Entwicklungshilfe (aide publique au développement, kurz: APD) umfasst gemäss Definition der OECD alle Finanzströme an Entwicklungsländer und an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen, (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden. Die APD-Quote ist eine statistische Grösse, welche den Anteil der APD-Ausgaben eines Landes in Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) bezeichnet und oft für internationale Vergleiche verwendet wird.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

Die Ausgaben in den sechs übrigen Aufgabengebieten sind gegenüber dem Vorjahr um 7,2 Prozent (+413 Mio.) gestiegen. Der Anstieg ist primär auf die Anhebung der CO<sub>2</sub>-Abgabe zurückzuführen, deren Mehrertrag teils rückverteilt wird und teils in die Förderung von Gebäudesanierungen fließt.

### Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>5 774</b>	<b>6 503</b>	<b>6 187</b>	<b>413</b>	<b>7,2</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,1	9,8	9,7		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 489	2 682	2 605	116	4,7
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 053	1 109	1 023	-30	-2,8
Kultur und Freizeit	502	500	490	-12	-2,4
Gesundheit	219	229	226	7	3,4
Umwelt und Raumordnung	1 007	1 329	1 210	203	20,2
Wirtschaft	505	655	634	128	25,4

Im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* wuchsen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 116 Millionen (+4,7%). Die Mehrausgaben sind knapp zur Hälfte auf den Bereich Informatik zurückzuführen. Für den Betrieb der Fachanwendungen, für den Support sowie den Unterhalt der IT-Infrastruktur wurden im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich rund 50 Millionen ausgegeben. Die verbleibende Differenz zum Rechnungsergebnis 2013 erklärt sich zu grossen Teilen mit Sondereffekten im Bereich der Departementsführung und der Meteorologie, welche die Rechnung 2013 beeinflussten, 2014 aber wegfielen (+ 33 Mio.).

Im Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* sanken die Ausgaben hingegen um insgesamt 30 Millionen. Höheren Baubeiträgen an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten (+20 Mio.) standen Minderausgaben im Bereich der Grenzkontrollen gegenüber. Letztere standen im Zusammenhang mit der Versicherungslösung für die Finanzierung der vorzeitigen Pensionierung von Angehörigen des Grenzwachtkorps, welche im Jahr 2013 einen einmaligen Aufwand von 52 Millionen zur Folge hatte. Die Ausgaben für das allgemeine Rechtswesen (-1 Mio.) sowie für die Gerichte (+3 Mio.) blieben konstant.

Ebenfalls gesunken sind die Ausgaben im Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit*. Für den Sport wurden rund 13 Millionen weniger ausgegeben als im Vorjahr, wobei 2013 von einem Sondereffekt geprägt war (Systemwechsel in der Periodizität der Beiträge Jugend + Sport). Die Ausgaben für die Kulturerhaltung (125,6 Mio.) und für die Kulturförderung (121,8 Mio.) blieben in der Summe auf Vorjahresniveau, dies obschon die Schweiz ihre Teilnahme am EU-Media-Abkommen in der Folge der Annahme der Masseinwanderungsinitiative vorerst nicht verlängern konnte. Auch für die Medienpolitik gab der Bund gleich viel aus wie im Vorjahr (64,8 Mio.).

Einen deutlichen Zuwachs erfuhren die Ausgaben für die *Gesundheit*, welche im Vergleich zum Vorjahr um 7 Millionen zunahmen (+3,4 %). Während für die Krankheitsbekämpfung, die Gesundheitsförderung und die Prävention rund 8 Millionen weniger ausgegeben wurden, stieg der Aufwand für die Lebensmittelsicherheit und für die Tiergesundheit um insgesamt 16 Millionen. Letzterer stieg u.a. wegen einer gesteigerten Überwachungstätigkeit, welche im Zusammenhang mit dem neuen Tierseuchengesetz (TSG; SR 916.40) ausgebaut wurde.

Im Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* wuchsen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 203 Millionen (+20,2 %). Diese Zunahme ist primär auf die Anhebung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Anfang 2014 zurückzuführen, die zu Mehreinnahmen und entsprechend höherer Rückverteilung geführt hat (+252 Mio.). Hingegen sanken die Ausgaben für den Schutz vor Naturgefahren, insbesondere für den Hochwasserschutz, um 28 Millionen, weil Projekte der Kantone Verzögerungen erfuhren. Die Ausgaben für den Naturschutz (123 Mio.) und für die Raumordnung (15 Mio.) erreichten in etwa das Niveau des Vorjahres.

Schliesslich stiegen die Ausgaben im Aufgabengebiet *Wirtschaft* um 128 Millionen (+ 25,4 %). Dieses Wachstum ist beinahe ausschliesslich auf den Aufgabenbereich Energie und darin auf das Gebäudesanierungsprogramm zurückzuführen. Dieses Programm wird aus den Erträgen der CO<sub>2</sub>-Abgabe gespeist, welche wie erwähnt auf Anfang 2014 erhöht worden ist (+112 Mio.). Zusätzlich wurden im Rahmen der Energiestrategie 2050 rund 12 Millionen mehr für die Programme von EnergieSchweiz ausgegeben. In den anderen Teilbereichen (Wirtschaftsordnung, Standortförderung, Regionalpolitik und wirtschaftliche Landesversorgung) gab der Bund praktisch gleich viel aus wie im Vorjahr.



## 31 Personal

Im Vergleich zur Rechnung 2013 ging der Personalaufwand um insgesamt 67 Millionen zurück (-1,2 %). Bereinigt um die im Vorjahr geleistete Einmaleinlage im Umfang von 250 Millionen zu Gunsten der besonderen Personalkategorien resultierte indes ein Wachstum in der Höhe von insgesamt 183 Millionen bzw. 3,5 Prozent.

## Personal

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2013	
	2013	2014	2014	absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>5 476</b>	<b>5 482</b>	<b>5 409</b>	<b>-67</b>	<b>-1,2</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>5 345</b>	<b>5 330</b>	<b>5 267</b>	<b>-78</b>	<b>-1,5</b>
<b>Legislative</b>	<b>74</b>	<b>77</b>	<b>75</b>	<b>1</b>	<b>1,9</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	37	40	38	1	1,4
Personalaufwand	36	37	37	1	2,2
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>140</b>	<b>152</b>	<b>143</b>	<b>3</b>	<b>2,1</b>
Bezüge Bundesrichter	40	41	41	1	2,0
Personalaufwand	99	109	101	2	1,9
Übriger Personalaufwand	1	2	2	0	16,4
<b>Exekutive</b>	<b>4 752</b>	<b>4 879</b>	<b>4 896</b>	<b>144</b>	<b>3,0</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 616	4 723	4 758	143	3,1
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	64	74	65	1	1,6
Übriger Personalaufwand	67	78	67	0	0,5
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>322</b>	<b>152</b>	<b>97</b>	<b>-225</b>	<b>-70,0</b>
Globalkredite	–	38	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global	250	39	–	-250	-100,0
Arbeitgeberleistungen	72	76	97	25	34,1
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>58</b>	<b>70</b>	<b>56</b>	<b>-2</b>	<b>-3,6</b>
Sozialplan	3	7	0	-3	-89,4
Vorruhestandsurlaub	55	63	55	0	0,7
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>131</b>	<b>152</b>	<b>142</b>	<b>11</b>	<b>8,3</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	131	152	142	11	8,3
<b>Personalausgaben</b>	<b>5 459</b>	<b>5 482</b>	<b>5 371</b>	<b>-88</b>	<b>-1,6</b>

Hinweise:

- Globalkredite: beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2014 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: Arbeitgeberzusatzleistungen gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderem Dienstverhältnis (SR 510.24); Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV, Art. 116c BPV sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene, inkl. Lohnfortzahlungen und Arbeitgeberbeiträge.

Der Personalaufwand wird nachfolgend nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche mehrheitlich zentral im Eidgenössischen Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden.

**Legislative**

Der Personalaufwand der Legislative nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent zu, dies wegen der Lohnmassnahmen sowie höheren Entschädigungen für die Mitglieder des Parlaments.

### Judikative

Der Personalaufwand der Judikative nahm gegenüber der Rechnung 2013 aufgrund der Lohnmassnahmen und stellenseitigen Aufstockungen um 3 Millionen zu (+2,1 %).

### Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nahm gegenüber der Rechnung 2013 um 144 Millionen (+3,0 %) zu. Die Zunahme erklärt sich mit den gewährten Lohnmassnahmen (26 Mio.), höheren Arbeitgeberbeiträgen zur Finanzierung von vorzeitigen Pensionierungen bei besonderen Personalkategorien (+9 Mio.), einem Anstieg in der Höhe von 1 Million beim Personalaufwand des Lokalpersonals des EDA und stellenseitigen Aufstockungen (knapp 108 Mio.).

### Stellenbestand

Die stellenseitigen Aufstockungen in allen drei Gewalten infolge von Aufgabenerweiterungen und -intensivierungen führten gegenüber der Rechnung 2013 zu einer Zunahme des Personalaufwands in der Grössenordnung von 108 Millionen (+780 Vollzeitseinheiten). Hinzu kommt eine weitere Zunahme des Personalaufwands zu Lasten von Sachkrediten in der Höhe von 11 Millionen (+100 Stellen). Damit steigt der Stellenbestand insgesamt um 880 Stellen auf 34 772 Stellen. Die Aufstockungen haben unterschiedliche Ursachen: Einerseits hat der Bundesrat 244 zusätzliche Stellen im Rahmen der Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich 2013 beschlossen (inkl. 35 Stellen Insourcing). Andererseits resultierte eine Stellenzunahme von gut 600 Vollzeitstellen innerhalb der bestehenden Kredite, indem vakante Stellen wieder besetzt und die Personalkredite stärker ausgeschöpft wurden (zur Entwicklung des Stellenbestands nach Departementen siehe Band 1, Ziff. 62/10).

### Global- und Spezialkredite

#### Globalkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

#### Arbeitgeberbeiträge global

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Minderaufwand von 250 Millionen ist

auf die im Rechnungsjahr 2013 erfolgte Einmaleinlage in die Pensionskasse PUBLICA für die besonderen Personalkategorien (Berufsmilitär, GWK, versetzungspflichtiges Personal EDA und Rotationspersonal der DEZA) zurückzuführen.

#### Arbeitgeberleistungen

Die Zunahme der Arbeitgeberleistungen im Umfang von 25 Millionen begründet sich hauptsächlich mit der Erhöhung der Rückstellungen für Ruhegehälter der Magistratspersonen (Mitglieder des Bundesrates, ordentliche Richterinnen und Richter des Bundesgerichts sowie Bundeskanzler bzw. Bundeskanzlerin) im Umfang von 14 Millionen. Aufgrund des gegenüber 2013 gesunkenen Zinsniveaus bzw. des Abzinsungsfaktors musste der Rückstellungsbetrag erhöht werden. Eine Zunahme von gut 5 Millionen erfuhren die zentral eingestellten Überbrückungsrenten (Anteil des Arbeitgebers an der Finanzierung der Überbrückungsrenten nach Artikel 88/Bundespersonalverordnung). Dieser Kreditbedarf ist kaum steuer- und nur beschränkt planbar, da der Entscheid über einen Rücktritt bei den Mitarbeitenden selbst liegt. Eine weitere Zunahme in der Höhe von gut 5 Millionen verzeichnen die Arbeitgeberzusatzleistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen des EDA.

#### Umstrukturierungen

Die Nettoabnahme im Umfang von gut 2 Millionen ist den Sozialplankosten zuzuschreiben, die gegenüber dem Vorjahr um knapp 3 Millionen abgenommen haben, weil weniger Personen nach Sozialplan pensioniert wurden. Im Rechnungsjahr 2014 gab es lediglich einen entsprechenden Fall. Die Kosten des Vorruhestandsurlaubs nach Artikel 34 BPV haben im Vergleich zum Vorjahr um knapp eine halbe Million zugenommen.

#### Personalaufwand zu Lasten

#### von Sach- und Subventionskrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten nahm um knapp 11 Millionen (inkl. AGB) zu, dies hauptsächlich beim EDA und WBF.

#### Personalausgaben versus Personalaufwand

Der Unterschied zwischen den Personalausgaben und dem Personalaufwand erklärt sich im Wesentlichen mit Veränderungen von Rückstellungen für Ruhegehälter sowie für Ferien- und Überzeitguthaben.



32 Investitionen

Eine stabile Investitionstätigkeit des Bundes ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung in der Zukunft. Die Investitionen auf Ebene der Staatsrechnung lagen 2014 mit gut 7,8 Milliarden um 115 Millionen (+1,5 %) über jenen des Vorjahres. Sowohl im Verkehrsbereich als auch in den übrigen Aufgabengebieten wurden mehr Investitionen getätigt.

Investitionen in der Staatsrechnung

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2013	
	2013	2014	2014	absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 704</b>	<b>8 500</b>	<b>7 819</b>	<b>115</b>	<b>1,5</b>
Öffentlicher Verkehr	3 605	3 805	3 533	-72	-2,0
Strassenverkehr	1 999	2 307	2 109	111	5,5
Übrige Investitionen	2 100	2 388	2 176	76	3,6

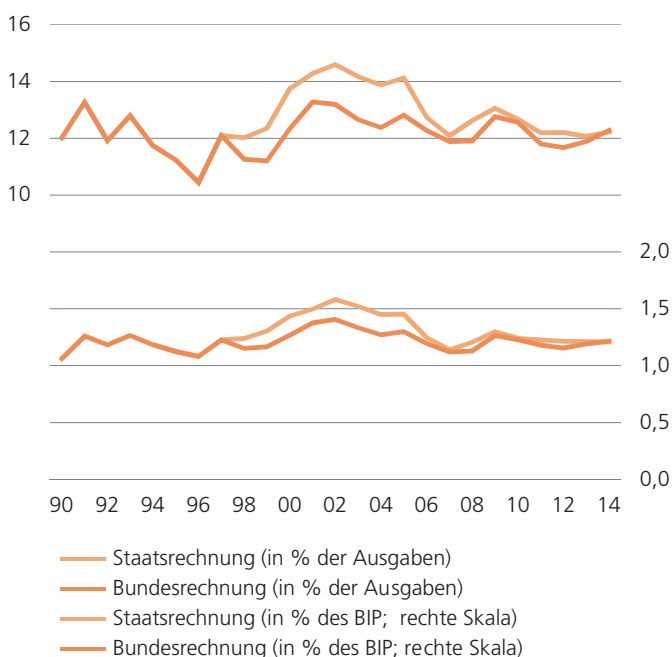
Das nachfolgende Kapitel vermittelt eine Gesamtüberblick über die Investitionstätigkeit des Bundes. Dafür wurden die Investitionsausgaben des Bundeshaushalts und der separat geführten Sonderrechnungen auf der Ebene der Staatsrechnung konsolidiert (vgl. Box weiter unten).

Der Bund tätigt rund 30 Prozent seiner Investitionsausgaben ausserhalb des ordentlichen Voranschlags (Bundesrechnung) über den FinöV- respektive den Infrastrukturfonds (Ebene Staatsrechnung). Diese Form der Finanzierung grosser Bauvorhaben hat zur Folge, dass die Investitionen auf der Ebene der

Staatsrechnung teilweise starken Schwankungen unterliegen. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Entwicklung seit der Jahrhundertwende, als der Bau der NEAT insbesondere in den Jahren 2002–2006 mit Investitionsspitzen verbunden war (vgl. Grafik zur Entwicklung der Investitionsausgaben). Gleichzeitig blieb der Anteil der auf Ebene der Bundesrechnung getätigten Investitionen gemessen an den ordentlichen Bundesausgaben in etwa konstant. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 hat somit auch relativ betrachtet keine Schwächung der Investitionstätigkeit des Bundes zur Folge gehabt.

Entwicklung der Investitionsausgaben

(bereinigt, in % der ordentlichen Ausgaben resp. des BIP)



Unter Einschluss der Sonderrechnungen (jeweils obere Linie) ergaben sich vorübergehend deutlich höhere Investitionen, mit einer Spitze um das Jahr 2001 für die grosse Eisenbahn-Alpentransversalen (FinöV-Fonds). Abgesehen davon entwickelten sich die Investitionsausgaben relativ stabil. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 führte somit zu keiner Verdrängung der Investitionen.

### Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Die Investitionstätigkeit des Bundes konzentriert sich schwerge-  
wichtig auf den Verkehrsbereich. Dessen Anteil lag 2014 wie be-  
reits im Vorjahr bei gut 72 Prozent der Gesamtinvestitionen.  
Während die Investitionen für den öffentlichen Verkehr um  
72 Millionen zurück gingen (-2 %), erhöhten sich jene für den  
Strassenverkehr um 111 Millionen (+5,5 %). Diese gegenläufigen  
Entwicklungen resultierten aus folgenden Effekten:

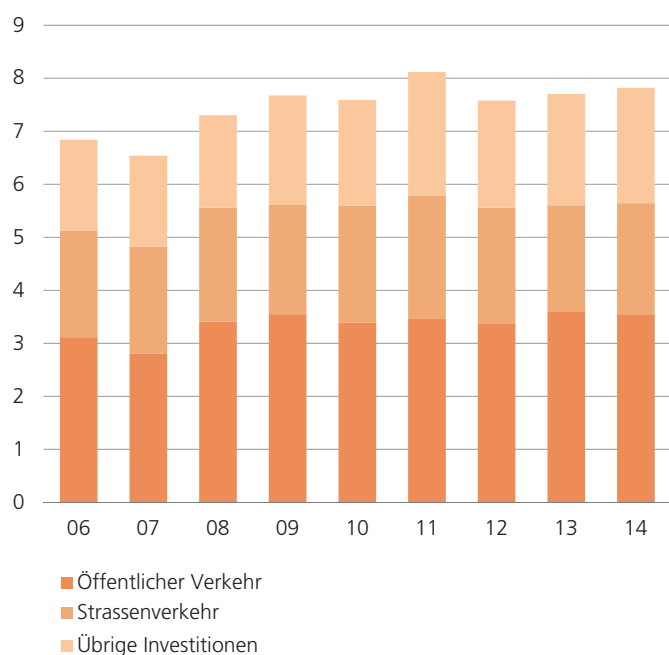
- Der Rückgang beim *öffentlichen Verkehr* ist auf tiefere Ausgaben  
aus dem Infrastrukturfonds (-114 Mio.) sowie aus dem FinöV-  
Fonds (-37 Mio.) zurückzuführen. Beim Infrastrukturfonds  
wurden im Berichtsjahr rund ein Drittel geringere Beiträge an  
Schieneninfrastrukturen des Agglomerationsverkehrs (S-Bah-  
nen, Trambahnen) geleistet, da die Finanzierung der mit der  
Inkraftsetzung des Fonds im Jahr 2008 bewilligten dringlichen  
Projekte ausläuft. Demgegenüber haben die im Rahmen der  
Agglomerationsprogramme «Siedlung und Verkehr» ab 2010  
freigegebenen Schienenprojekte aufgrund von Projektverzöge-  
rungen weniger Mittel beansprucht als geplant. Beim FinöV-  
Fonds erklärt sich der Rückgang der Investitionsausgaben mit  
sinkenden Bauausgaben für die NEAT. Im Gegensatz zu den  
Ausgaben aus den Fonds nahmen die Investitionen aus dem  
ordentlichen Bundeshaushalt zu: Namentlich für Betrieb und  
Substanzerhalt der Eisenbahninfrastruktur der SBB (+75 Mio.)  
und für die Förderung von Güterverkehrsanlagen des Schie-  
nenverkehrs (+9 Mio.) wurden mehr Ausgaben getätigt.

- Die Investitionen in die *Strasseninfrastruktur* weisen im Jahres-  
vergleich ein Wachstum auf (+111 Mio.). Beim Ausbau und  
Unterhalt der Nationalstrassen konnten die geplanten bauli-  
chen Massnahmen – im Gegensatz zum Vorjahr – weitestge-  
hend umgesetzt werden. Daraus resultierte ein Mehrbedarf  
von 223 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Demgegenüber  
zeigten sich bei der aus dem Infrastrukturfonds finanzierten  
Netzfertigstellung sowie bei der Engpassbeseitigung National-  
strassen erneut verfahrensbedingte Verzögerungen, so dass  
für diese Aufgaben im Vergleich zum Vorjahr weniger Mittel  
beansprucht wurden (-114 Mio.).

### Investitionen – Begriff und Abgrenzung

Der Investitionsbegriff kann je nach Fragestellung unterschiedlich defi-  
niert werden. Während eine am Finanzhaushaltsrecht ausgerichtete  
Definition die Schaffung von Vermögenswerten zur Erfüllung von Verwal-  
tungszwecken ins Zentrum rückt, umfasst eine volkswirtschaftliche Sicht-  
weise auch Investitionen, die sich nicht ausschliesslich an der Beschaffung  
von Sachwerten orientiert (bspw. Investitionen in Humankapital). Wäh-  
rend eine solche Definition in Bezug auf die wachstumsfördernden Effek-  
te von Investitionen wichtige Erkenntnisse liefert, ergeben sich damit  
zahlreiche Abgrenzungsprobleme, die im Rahmen der Finanzberichter-  
stattung nicht gelöst werden können. Daher beschränkt sich der hier an-  
gewandte Begriff auf das Finanzhaushaltsrecht und somit auf Investiti-  
onen gemäss Investitionsrechnung.

Investitionen nach Aufgabengebieten in Mrd.



*In den letzten Jahren haben insbe-  
sondere die Investitionen aus-  
serhalb des Verkehrsbereichs zu-  
genommen. Innerhalb des Aufga-  
bengebietes Verkehr wuchsen die  
Investitionen in den öffentlichen  
Verkehr stärker als in den  
Strassenverkehr.*

### Übrige Investitionen

In den übrigen Aufgabengebieten stiegen die Investitionsausgaben im Jahresvergleich um 76 Millionen. Das grösste Wachstum verzeichneten die Aufgabengebiete Wirtschaft (+112 Mio. für das Gebäudesanierungsprogramm) sowie Bildung und Forschung (+70 Mio. Beiträge an Berufsbildung und Fachhochschulen). Auch im Aufgabengebiet Ordnung und öffentliche Sicherheit erhöhten sich die Investitionsausgaben aufgrund zusätzlicher Baubeiträge an Strafvollzugs- und Erziehungsanstalten um 20 Millionen. Teilweise kompensiert wurden diese Mehrausgaben durch den Rückgang in den Aufgabengebieten Landesverteidigung (Rüstungsmaterial und Armeemobilien -88 Mio.) sowie Umwelt und Raumordnung (-46 Mio.).

Ein Blick auf die Entwicklung der Investitionsausgaben (vgl. Grafik zu den Investitionen nach Aufgabengebieten) zeigt, dass diese in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen sind. Seit 2006 betrug ihr Wachstum jährlich durchschnittlich 1,7 Prozent. Profitiert von dieser Entwicklung haben namentlich die Aufgabengebiete ausserhalb des Verkehrsbereichs (+3,0%, resp. +460 Mio.). Im Aufgabengebiet Verkehr wuchs der öffentliche Verkehr jährlich um 1,6 Prozent, der Strassenverkehr hingegen lediglich mit 0,6 Prozent. 2014 belief sich der Anteil des öffentlichen Verkehrs an den Gesamtinvestitionen des Bundes auf 45,2 Prozent, jener des Strassenverkehrs auf 27,0 Prozent. Der Anteil der übrigen Aufgabengebiete lag bei 27,8 Prozent.

### Unterschiede zwischen Bundesrechnung und Staatsrechnung

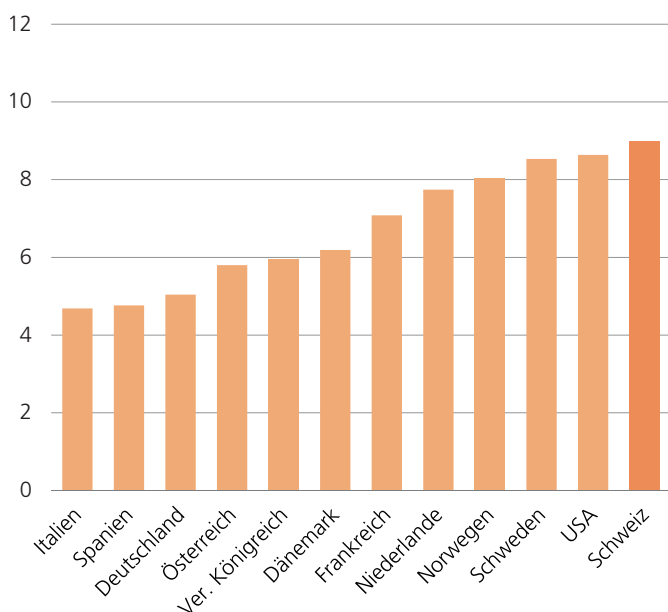
Die Bundesrechnung vermittelt kein vollständiges Bild über die Investitionen des Bundes. Neben den direkten Ausgaben aus der Bundesrechnung tätigt der Bund auch Investitionen über die Sonderrechnungen (vgl. Band 4). Dabei handelt es sich um vom Parlament zu genehmigende Rechnungen, welche ausserhalb des Geltungsbereichs der Schuldenbremse geführt werden.

Über zwei dieser Sonderrechnungen, den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) und den Infrastrukturfonds (IF), tätigt der Bund einen massgeblichen Teil seiner Investitionen. In der Bundesrechnung werden

diese Ausgaben nur im Umfang der Einlagen in diese Fonds erfasst. Ausschliesslich in der Sonderrechnung ausgewiesen werden die Investitionen des ETH-Bereichs, da der Finanzierungsbeitrag des Bundes vollständig in der Erfolgsrechnung figuriert (keine Aufteilung in laufende und investive Ausgaben).

In der Sicht der Staatsrechnung werden die Investitionsausgaben der Bundesrechnung um jene der Sonderrechnungen ergänzt. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird die Bundesrechnung dabei um die Einlagen in die Fonds bereinigt.

**Investitionsanteile ausgewählter Staaten 2013 in %**  
der Ausgaben



*Im internationalen Vergleich (Stand 2013) weist die Schweiz einen hohen Investitionsanteil aus. Dabei ist zu beachten, dass gemäss dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) neu auch die Forschungs- und Entwicklungsausgaben als Investitionen erfasst werden (vgl. Band 1, Box in Ziff. 12).*

### 33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Im Vergleich zur Rechnung 2013 stieg der Aufwand um 29 Millionen oder 2,6 Prozent. Hauptgründe für die Zunahme sind das höhere Projektvolumen, die Besetzung von Schlüsselstellen im BIT sowie die erstmalige vollständige Berücksichtigung des Aufwands des ISB.

#### Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>36</b>	<b>49</b>	<b>56</b>	<b>20</b>	<b>55,6</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	21	33	38	17	81,0
Übriger Ertrag	15	16	18	3	20,0
<b>Aufwand</b>	<b>1 105</b>	<b>1 234</b>	<b>1 134</b>	<b>29</b>	<b>2,6</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	354	374	379	25	7,1
Sach- und Betriebsaufwand	640	736	649	9	1,4
Hardware Informatik	24	32	31	7	29,2
Software	54	45	39	-15	-27,8
Informatik Betrieb/Wartung	128	145	127	-1	-0,8
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	225	299	245	20	8,9
Telekommunikation	48	49	49	1	2,1
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	161	166	158	-3	-1,9
Abschreibungen	111	124	106	-5	-4,5
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>64</b>	<b>106</b>	<b>78</b>	<b>14</b>	<b>21,3</b>
Investitionen Informatiksysteme	25	54	34	9	36,0
Investitionen Software	39	52	44	5	12,8
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer und ISB)	0	0	0	0	-69,0
<b>Ausgaben</b>	<b>917</b>	<b>1 074</b>	<b>972</b>	<b>55</b>	<b>6,0</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	853	968	894	41	4,8
Investitionsausgaben	64	106	78	14	21,9

Die Zunahme des *Aufwands* im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien um 29 Millionen oder 2,6 Prozent lässt sich im Wesentlichen mit folgenden Faktoren erklären:

- Mehraufwand von 29 Millionen beim BIT, primär für Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistungen, u.a. im Zusammenhang mit folgenden Vorhaben: Programm FISCAL-IT der Eidg. Steuerverwaltung (5 Mio.), Migration der Büroautomation des WBF (3 Mio.), Projekt CMS Next Generation des BIT (4 Mio.), Programm UCC (1 Mio.) und Projekt EDA HRM (1 Mio.). Sodann hat das BIT nach Abschluss der Reorganisation damit begonnen, die vorgängig restriktiv bewirtschafteten Vakanzen an den strategisch wichtigen Stellen wieder zu besetzen, was 2014 dazu führte, dass sich der Personalaufwand um rund 10 Millionen erhöht hat.
- 13 Millionen durch die erstmalige Berücksichtigung des Gesamtaufwands und -ertrags des ISB zur Verbesserung der Transparenz über den gesamten IKT-Aufwand der Bundesverwaltung

(Strukturänderung). Bis zum Rechnungsjahr 2013 wurden jeweils nur der IKT-Sachaufwand und die IKT-Investitionen des ISB einbezogen.

- Mehraufwand von 7 Millionen im EDA für das Projekt Optimierung des Aussennetzes sowie die Umsetzung von UCC bei den Auslandvertretungen.
- 5 Millionen Abschreibungen für aktivierte Software beim Bundesamt für Polizei infolge der Inbetriebnahme des Schengen Informationssystems SIS II.

Dem stehen folgende Minderaufwendungen gegenüber:

- 14 Millionen beim ISC-EJPD hauptsächlich aufgrund des Wegfalls der ausserordentlichen Abschreibungen, die im Vorjahr im Zusammenhang mit dem Projekt Neues Überwachungssystem Interception System Schweiz (ISS) angefallen waren.

- 13 Millionen bei der Führungsunterstützungsbasis (FUB) der Armee, v.a. weil der ausserordentliche Aufwand für die Bereinigung und Nachbeschaffung von Software-Lizenzen im Vorjahr weggefallen ist.

Der *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer stieg gegenüber der Rechnung 2013 um 20 Millionen, insbesondere weil das BIT mehr Leistungen für externe Kunden erbracht hat (+17 Mio.).

Die *Investitionsausgaben* nahmen um 14 Millionen (+21,3 %) zu. Die Zunahme gegenüber der Vorperiode ist auf Mehrausgaben in folgenden Bereichen zurückzuführen:

- Beim BIT wurden 10 Millionen für Hardware, hauptsächlich für den Ersatz von Arbeitsplatzsystemen, ausgegeben, die erstmals in der Investitionsrechnung ausgewiesen werden. Weitere 3 Millionen fielen an für Software im Rahmen der Vorhaben FISCAL-IT und CMS Next Generation.

- Beim ISC-EJPD stiegen die Ausgaben für Software aufgrund des Projekts Interception System Schweiz (ISS) um 9 Millionen.

- Bei folgenden Dienststellen nahmen die Investitionen um je 1 Million zu: EDA (IT-Infrastruktur des EDA), Bundesamt für Justiz (diverse Informatikprojekte) und bei der Eidg. Steuerverwaltung (Programm FISCAL-IT).

Dem stehen Minderausgaben von 6 Millionen beim Bundesamt für Strassen, 3 Millionen bei der FUB und 2 Millionen bei der Vollzugsstelle für den Zivildienst gegenüber.

Im Vergleich zur Vorperiode nahmen die *Ausgaben* um 55 Millionen oder 6,0 Prozent zu. Die Ausgaben stiegen stärker als der Aufwand, da sich einerseits die Investitionsausgaben um 14 Millionen erhöhten. Andererseits stieg der finanzierungswirksame Aufwand stärker als der Gesamtaufwand.

### Steuerung im IKT-Bereich

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die Leistungserbringer (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, WBF und FUB – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) beläuft sich 2014 auf 508 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC-EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für Swissmedic, den AHV-Fonds, den ALV-Fonds, die EAV, Kantone und Gemeinden). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJPD erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüglern, LV von den bundesinternen Bezüglern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 422 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (339 Mio.), ISC-EJPD (90 Mio.) und Informatik EDA (55 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCeco des WBF (26 Mio.).

Die Leistungsbezügler (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und als LV-Mittel für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezügler handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Bundesrat oder das Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim ISB: Informatikreserve Bund, zentrale IKT-Mittel und Investitionsmittel für IKT-Standarddienste).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

## 34 Beratungsaufwand

Der Bund wendete im vergangenen Jahr 240 Millionen für Beratungsdienstleistungen und Auftragsforschung auf, 5 Millionen mehr als im Vorjahr. Deutlich mehr als die Hälfte davon entfällt auf die Aufgabengebiete Energie, Umwelt, Verkehr, Gesundheit und Migration. Der Voranschlag wurde um 42 Millionen (15 %) unterschritten.

### Beratung und Auftragsforschung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Aufwand für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>235</b>	<b>282</b>	<b>240</b>	<b>5</b>	<b>2,0</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	148	201	151	3	1,9
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	17	4	18	2	10,2
Kommissionen	9	8	11	2	18,4
Auftragsforschung	61	69	59	-1	-2,4
<b>Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>234</b>	<b>282</b>	<b>241</b>	<b>7</b>	<b>2,9</b>

Die Einheiten mit den grössten Aufwänden im Bereich Beratung und Auftragsforschung waren das Bundesamt für Energie (57 Mio., v.a. EnergieSchweiz), das Bundesamt für Umwelt (28 Mio., v.a. Vollzug), das Bundesamt für Gesundheit (18 Mio., v.a. Politikvorbereitung, Umsetzung gesundheitspolitischer Vorhaben), das Bundesamt für Strassen (17 Mio., v.a. Strassen- und Brückenforschung) und das Bundesamt für Migration (16 Mio., v.a. Dolmetscherleistungen und Protokollierung). Diese fünf Verwaltungseinheiten machen zusammen knapp 60 Prozent des Aufwands des Bundes für Beratung und Auftragsforschung aus.

Höher als in der Rechnung 2013 waren die Aufwände insbesondere im Bundesamt für Energie (+10 Mio.), im Bundesamt für Migration (+3 Mio.) und im Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV; +2 Mio.). Rückläufig war der Aufwand für Beratungen und Auftragsforschung beim Bundesamt für Strassen (-5 Mio.), bei Agroscope (-3 Mio.) und dem Bundesamt für Gesundheit (BAG; -2 Mio.). Der höhere Wert beim BLV und der tiefere Wert beim BAG hängen mit der Verschiebung von Aufgaben zwischen diesen beiden Ämtern zusammen.

Die Rechnung unterschreitet den Voranschlag 2014 um 42 Millionen (15%). Die grössten Unterschreitungen des Voranschlags werts weisen das Bundesamt für Strassen (-12 Mio.), die Verteidigung (-7 Mio.) und das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (-5 Mio.) auf. In weiteren 14 Verwaltungseinheiten lagen die Aufwände für Beratung und Auftragsforschung um mehr als 1 Million unter Budget (BSV, BAV, KTI, BAG, BFS, BFE, Agroscope, GS VBS, fedpol, EZV, ESTV, GS UVEK, ar Immo, ar Beschaffungen). Die Budgetunterschreitungen sind indes mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Teilweise entstanden sie durch Verzichts- und Priorisierungsmassnahmen (mit

entsprechenden Kreditresten auf der Ebene der jeweiligen Voranschlagskredite), teilweise aber auch, weil die Mittel innerhalb des jeweiligen Voranschlagskredits (z.B. Globalbudgets) für andere Zwecke eingesetzt wurden (keine Kreditreste auf der Ebene der Voranschlagskredite).

Die bedeutendsten Überschreitungen des Voranschlags 2014 finden sich beim Bundesamt für Migration (+15 Mio.) und beim Bundesamt für Landestopografie swisstopo (+1 Mio.). Der hohe Wert beim Bundesamt für Migration lässt sich dadurch erklären, dass die Dolmetscherleistungen als Personalaufwand budgetiert, aber als Beratungsaufwand (unter «Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige») abgerechnet wurden.

#### Abgrenzung der Beratung und Auftragsforschung

Unter Beratung und Auftragsforschung fallen Dienstleistungen,

- *deren Empfänger der Bund ist:* Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit);
- *die einen Beitrag an die Optimierung der Aufgabenerfüllung des Bundes leisten* (Erweiterung der Wissensbasis, Neugestaltung von Prozessen und Organisationen, Unterstützung bei der Durchführung von Programmen, etc.).

Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen).

## 35 Öffentlichkeitsarbeit

Die Departemente und die Bundeskanzlei haben 2014 insgesamt 80,4 Millionen Franken für die Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet. Der Personalaufwand nahm um 5 Prozent zu. Auf Vollzeitstellen umgerechnet sind 308 Personen mit Informationsaufgaben betraut. Die Sachaufwand gingen um über 7 Prozent zurück.

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung	Rechnung	Differenz zu R 2013	
	2013	2014	absolut	%
<b>Total Kosten</b>	<b>80,0</b>	<b>80,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>
Presse- und Informationsarbeit	28,7	28,9	0,2	0,9
Direktinformation	39,7	39,7	0,1	0,1
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	11,6	11,8	0,2	1,5

Der Bund wendete insgesamt gut 80 Millionen für Belange der Öffentlichkeitsarbeit auf. Dies entspricht einem Plus von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Niveau liegt damit wieder knapp unter jenem der Rechnung 2012. Der Anteil des Aufwands für Öffentlichkeitsarbeit am gesamten Aufwand des Bundes beträgt unverändert 0,12 Prozent. Der Personal- und Sachaufwand für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, erfasst Aufwendungen für Direktinformationen (Print, Internet, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für Presse- und Informationsarbeit sowie für Kampagnen und Abstimmungsinformationen.

### Verwendungszweck

Vom Gesamtaufwand 2014 entfielen 28,9 Millionen (36 %) auf den Bereich *Presse- und Informationsarbeit*, 39,7 Millionen (49,4 %) auf Kosten für *Direktinformation* und 11,8 Millionen (14,7 %) auf *Präventionskampagnen sowie Abstimmungsinformationen*. Die Aufwände stiegen in allen Bereichen leicht an.

### Aufwandarten

Der *Personalaufwand* betrug insgesamt 53,6 Millionen. Dies entspricht 308 Vollzeitstellen (Vorjahr: 295). Der Aufwand für das Personal nahm gegenüber dem Vorjahr um rund 2,6 Millionen bzw. um 5 Prozent zu. Der Personalaufwand macht knapp 67 Prozent des Aufwandes für die Öffentlichkeitsarbeit aus. Der *Sachaufwand* gingen um über 7 Prozent zurück (-2,1 Mio.). Die Entwicklung der letzten Jahre findet damit ihre Fortsetzung: Der Anteil an Eigenleistungen steigt, der Sachaufwand geht zurück.

### Aktivitäten der Departemente

Der Aufwand der *BK* für die Öffentlichkeitsarbeit ging um 0,4 Prozent zurück. Die BK hat die Kommunikation auf den 1.1.2014 neu organisiert. Im Rahmen der Reorganisation wurden Arbeitspensen im Umfang von 220 Stellenprozenten von der Direktinformation in den Bereich Presse und Information überführt und neu bewertet. 60 befristete Stellenprozente wurden abgebaut. Der Aufwand für das Personal hat sich aufgrund der Neubewertung leicht

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total	BK	EDA	EDI	EJPD	VBS
	Rechnung 2014					
<b>Total</b>	<b>80,4</b>	<b>8,4</b>	<b>7,3</b>	<b>15,1</b>	<b>4,7</b>	<b>12,9</b>
Presse- und Informationsarbeit	28,9	4,7	1,7	3,8	2,6	4,4
Direktinformation	39,7	3,4	5,3	3,9	1,8	8,4
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	11,8	0,4	0,2	7,4	0,4	0,1

Fortsetzung Mio. CHF	EFD	WBF	UVEK	EAV	IF
	<b>Total</b>	<b>10,6</b>	<b>10,4</b>	<b>9,9</b>	<b>0,6</b>
Presse- und Informationsarbeit	2,7	4,1	4,7	0,2	–
Direktinformation	6,3	4,9	4,8	0,4	0,4
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	1,6	1,4	0,4	–	–

IF = Infrastrukturfonds

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Organisationseinheiten mit Vorjahresvergleich

Mio. CHF	Total Rechnung 2013		Total Rechnung 2014		Differenz zu 2013	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<b>Total</b>	<b>80,0</b>	<b>100,0</b>	<b>80,4</b>	<b>100,0</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>
BK	8,5	10,6	8,4	10,5	0,0	-0,4
EDA	6,9	8,6	7,3	9,1	0,4	5,6
EDI	14,3	17,9	15,1	18,8	0,8	5,5
EJPD	4,4	5,5	4,7	5,9	0,4	8,3
VBS	13,8	17,3	12,9	16,1	-0,9	-6,5
EFD	10,7	13,4	10,6	13,2	-0,1	-0,7
WBF	10,6	13,3	10,4	12,9	-0,2	-1,8
UVEK	9,7	12,2	9,9	12,3	0,2	1,7
EAV	0,6	0,7	0,6	0,8	0,1	8,6
IF	0,4	0,5	0,4	0,5	-0,1	-16,0

IF = Infrastrukturfonds

erhöht (+2,7 %). Demgegenüber gingen der Sachaufwand um 4 Prozent zurück. Der Aufwand im Bereich Kampagnen und Abstimmungsinformationen hat zugenommen, da für das Wahljahr 2015 eine Wahlanleitung produziert wird. Bedeutendster Posten bleibt der Beitrag an die Leistungen der SDA (rund 3,1 Mio.).

Das EDA wendete insgesamt 7,3 Millionen für Öffentlichkeitsarbeit aus, 0,4 Millionen bzw. 5,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. 4,8 Millionen (65,6%) entfallen auf den Personalaufwand, 2,5 Millionen (34,4 %) auf den Sachaufwand. Der höhere Personalaufwand steht in direktem Zusammenhang mit den gesteigerten Ansprüchen an die Öffentlichkeitsarbeit im Präsidentschaftsjahr. Hinzu kommen Zusatzaufwendungen durch den OSZE-Vorsitz der Schweiz. Im Aufgabenportfolio gewinnt die Webarbeit weiterhin an Bedeutung.

Beim EDI stieg der Aufwand für die Kommunikation um 0,8 Millionen (5,5 %), wobei der Personalaufwand etwas stärker zunahm als der Sachaufwand. Betragsmässig am stärksten ins Gewicht fiel der Aufwand für Kampagnen des BAG (Transplantationsgesetz, Alkoholprävention, Masernelimination) und des BSV (Jugendenschutzprogramme «Jugend und Medien» bzw. «Jugend und Gewalt»). 2014 war das EDI zudem bei drei Abstimmungsvorlagen federführend (Abtreibungsfinanzierung, medizinische Grundversorgung, öffentliche Krankenkasse).

Das EJPD verzeichnete im vergangenen Jahr einen um 0,4 Millionen (8,3 %) höheren Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit, verursacht namentlich durch Mehraufwand im Zusammenhang mit Gesetzgebungsprojekten oder der Eröffnung von Asylzentren des Bundes. Der Personalaufwand macht rund 87 Prozent des gesamten Aufwands aus. Fast zwei Drittel davon entfallen auf die Medien- und Informationsarbeit. Dazu gehört auch die Information der Stimmberechtigten über drei Abstimmungsvorlagen (Initiativen «Gegen Masseneinwanderung», «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten» und «Stopp der Überbevölkerung» (ECOPOP), was beim BFM insgesamt zu Mehraufwand von knapp 11 Prozent führt.

Im VBS ging der Aufwand für die Kommunikation um 0,9 Millionen (-6,5 %) zurück. Der leicht gestiegene Personalaufwand entspricht einem Anteil von rund drei Vierteln am Gesamtaufwand.

Der Sachaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Millionen oder um rund ein Viertel. Die Kommunikation zur anlässlich dreier Luftwaffenjubiläen durchgeführten «AIR14» wurde über einen Projektkredit abgerechnet.

Der Gesamtaufwand für die Öffentlichkeitsarbeit belief sich im EFD auf 10,6 Millionen (-0,7 %). Dieser setzt sich zusammen aus Personalaufwand im Umfang von 8,4 Millionen (+5,6 %) und aus Sachaufwand von 2,2 Millionen (-19 %). Die mit Information und Öffentlichkeitsarbeit betrauten Stellen im EFD befassten sich 2014 mit mehreren Volksinitiativen («Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes», «Gold-Initiative» und «Abschaffung der Pauschalbesteuerung»), was zusammen mit höherem Aufwand für Direktinformation und Übersetzungen zu Mehraufwand im Generalsekretariat führte. Im Bereich internationaler Steuer- und Finanzfragen ist weiterhin ein steigender Aufwand für Pressearbeit und Website zu verzeichnen.

Im WBF gingen die Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit um 0,2 Millionen (1,8 %) zurück. Geringer Mehraufwand beim Personal wurde durch einen Rückgang beim Sachaufwand um über 0,3 Millionen (10,3 %) mehr als kompensiert. Es kann deshalb von einer sehr stabilen Situation gesprochen werden. Der Gesamtaufwand belief sich auf 10,4 Millionen. Das WBF führte 2014 mit unverändertem Aufwand zwei Kampagnen weiter, einerseits zur Schwarzarbeit und andererseits zur Berufsbildung.

Im UVEK stieg der Kommunikationsaufwand – nach einem deutlichen Rückgang in den beiden Vorjahren – 2014 um 0,17 Millionen (1,7 %) leicht an. Beim Bundesamt für Energie entstanden im Zusammenhang mit der Energiestrategie 2050 bei unverändertem Personalbestand höherer Sachaufwand für Kommunikationsleistungen. Insgesamt erhöhte sich der Sachaufwand nur wenig (1,6 %), weil mehrere Bundesämter einen rückläufigen Sachaufwand aufweisen. Der Personalaufwand nahm ebenfalls leicht zu (1,8 %).

Der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit des Infrastrukturfonds ging auch 2014 um 16 Prozent zurück. Bei der Eidgenössischen Alkoholverwaltung stieg im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der Aufwand für Personal um 8 Prozent und beim Sachaufwand um 14 Prozent.



36 Bundestresorerie

Die Rendite der 10-jährigen Eidg. Anleihe sank von 1,3 Prozent auf 0,3 Prozent. Die Geldmarktbuchforderungen rentierten im dritten Jahr in Folge negativ. Die Bundestresorerie nutzte das tiefe Zinsniveau und emittierte Anleihen mit langen Laufzeiten. Insgesamt wurden Anleihen im Umfang von 5,6 Milliarden mit einer mittleren Laufzeit von knapp 23 Jahren zu durchschnittlich 1,15 Prozent platziert. Die durchschnittliche Laufzeit des Schuldenportfolios erhöhte sich um 0,8 Jahre auf 8,6 Jahre. Durch die tiefen Zinsen wurden Agios im Betrag von 525 Millionen vereinnahmt.

**Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden**

Mio. CHF	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Differenz zu R 2013	
	2012	2013	2014	absolut	%
<b>Total</b>	<b>93 666</b>	<b>92 252</b>	<b>89 142</b>	<b>-3 110</b>	<b>-3,4</b>
<b>Geldmarkt</b>	<b>13 006</b>	<b>12 377</b>	<b>10 399</b>	<b>-1 977</b>	<b>-16,0</b>
Geldmarktbuchforderungen	13 006	12 377	10 399	-1 977	-16,0
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	-	-	-	-	-
Eidg. Technische Hochschulen ETH	-	-	-	-	-
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	-	-	-	-	-
<b>Kapitalmarkt</b>	<b>80 660</b>	<b>79 875</b>	<b>78 743</b>	<b>-1 132</b>	<b>-1,4</b>
Öffentliche Anleihen	79 290	79 105	78 443	-662	-0,8
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 320	720	250	-470	-65,3
Festgeldschulden übrige	50	50	50	-	-

**Geld- und Kapitalmarkt**

Die Verschuldung des Bundes am *Geld- und Kapitalmarkt* sank aufgrund des geringen Mittelbedarfs um 3,1 Milliarden. Bereits im Vorjahr wurde die Marktverschuldung um 1,4 Milliarden reduziert.

**Bundesanleihen**

Im Berichtsjahr hat die Bundestresorerie an insgesamt elf Auktionen 20 Anleihen platziert. Wie gewohnt wurden die Anleihen jeweils am zweiten Mittwoch jeden Monats emittiert. Einzig im August fand keine Auktion statt. Die im Dezember 2013 emittierte Bundesanleihe wurde im Januar 2014 liberiert und zählt damit zum Emissionsprogramm 2014. Die im Dezember 2014 begebene Bundesanleihe wurde im Januar 2015 liberiert und ist bereits Teil des Emissionsprogrammes 2015.

Bei den Auktionen fiel die Wahl schwergewichtig auf lang laufende Anleihen. Die durchschnittliche Laufzeit der Emissionen betrug 22,7 Jahre (Vorjahr 17,6 Jahre) bei einer durchschnittlichen Rendite von 1,15 Prozent (2013: 1,02 %). Es wurden zwei neue *Basisanleihen* mit Fälligkeit in den Jahren 2026 und 2064 lanciert. Mit der 2064er Anleihe emittierte der Bund zum zweiten Mal in ihrer Geschichte eine 50-jährige Anleihe, die auf grosses Interesse stiess. Durch eine erste Aufstockung und den Verkauf von Eigenquoten konnte das ausstehende Volumen bereits auf 1,4 Milliarden erhöht werden. Daneben wurden bestehende Anleihen aufgestockt. Mit Aufstockungen können sukzessive grosse, liquide Anleihen aufgebaut werden, was den Handel am Sekundärmarkt stützt und die Preisbildung verbessert.

Inklusive der platzierten Eigenquoten wurden im Jahr 2014 brutto insgesamt 5,6 Milliarden mittels Anleihen aufgenommen (2013: 6,7 Mrd.). Mit der Rückzahlung von zwei Anleihen im Betrag von 6,3 Milliarden im Januar und November wurden die ausstehende Anleihen um 0,7 Milliarden abgebaut (2013: Netto-reduktion von 0,2 Mrd.). Per Ende 2014 sind 22 Bundesanleihen mit einem Nominalbetrag von insgesamt 78,4 Milliarden ausstehend (Ende 2013: 79,1 Mrd.). Davon weisen zwei einen Betrag von über sechs und drei einen über fünf Milliarden auf.

Aufgrund des sehr tiefen Zinsniveaus lagen die Coupons der aufgestockten Anleihen in der Regel über den entsprechenden Markttrenditen. Dadurch wurden die Anleihen zum grössten Teil zu Preisen über pari emittiert was zu einem *Agio* von 525 Millionen führte. Das vereinnahmte *Agio* bei der Emission einer Anleihe wird in der Erfolgsrechnung linear über deren Laufzeit abgeschrieben.

**Geldmarktbuchforderungen**

Die Geldbeschaffung mittels Geldmarktbuchforderungen (GMBF) wurde um 2,0 Milliarden reduziert; insgesamt waren am Jahresende 10,4 Milliarden ausstehend. Seit Ende August 2011 sind bei den GMBF Zeichnungen über pari (über 100 Prozent) möglich. Bei Zuteilungen über pari ist die Verzinsung negativ, d.h. für den Bund resultieren aus der Mittelaufnahme Zinseinnahmen. Die Käufer suchen Sicherheit und sind deshalb bereit, eine Art Versicherungsprämie in Form negativer Zinsen zu bezahlen. Aber auch die besonderen Verhältnisse am Swapmarkt haben zu einer erhöhten ausländischen Nachfrage geführt. Über

das ganze Jahr rentierten die GMBF im negativen Bereich. Gegen Jahresende erhöhten sich die negativen Renditen. Die durchschnittliche Rendite betrug wie im Vorjahr minus 0,11 Prozent.

### Übrige Instrumente

Geldmarktkredite zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel wurden nicht eingesetzt.

Die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV liess ihre fälligen Festgeldanlagen auslaufen und erhöhte im Gegenzug aus Zinsüberlegungen den Bestand auf ihrem Depotkonto bei der EFV. Dadurch reduzierten sich die Anlagen um 470 auf 250 Millionen per Ende 2014.

Unter der Rubrik übrige Festgeldschulden figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

### Zinsentwicklung und Selbstkostensatz

Entgegen den allgemeinen Markterwartungen sind die Zinsen im Jahr 2014 nicht gestiegen sondern gefallen und haben gegen das Jahresende hin neue historische Tiefststände erreicht. Die 10-jährige Rendite der Eidg. Anleihen notierte Anfang Jahr noch 1,3 Prozent und sank sukzessive auf 0,3 Prozent im Dezember. Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren

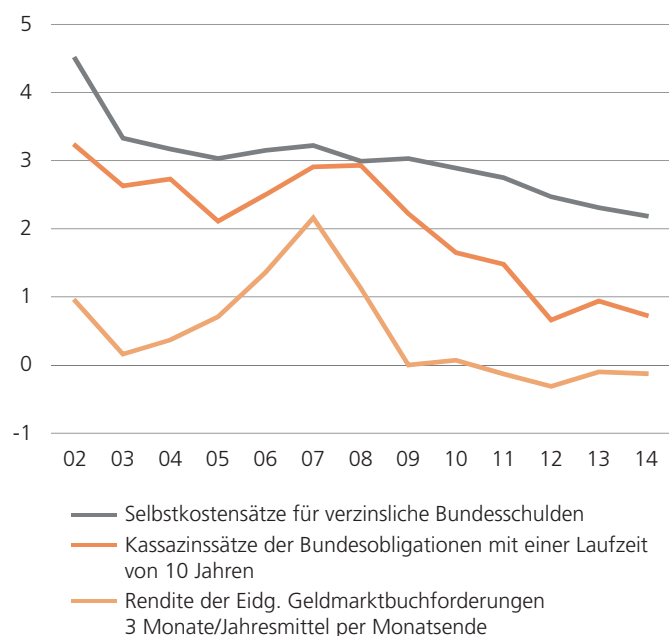
und Depotkonti) wider; dieser liegt Ende 2014 bei 2,19 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nach 2,31 Prozent im Vorjahr. Der Rückgang des Satzes ist auf die gesunkenen Renditen bei den Anleiheemissionen und die negativen Renditen bei der Emission von Geldmarktbuchforderungen zurückzuführen.

In die Berechnung des Selbstkostensatzes einbezogen sind sämtliche Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der Tabelle «Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden» von insgesamt 89,1 Milliarden (Vorjahr: 92,3 Mrd.). In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten sowie die Einlösekommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

### Tresoreriemittel

Die Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie unterliegen monatlichen Schwankungen von mehreren Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und am Markt platziert. Bei den Marktanlagen wird darauf geachtet, dass die Bonität der Gegenparteien einwandfrei ist. Um Klumpenrisiken zu vermeiden werden die Mittel breit diversifiziert angelegt. Durch die Interventionen der SNB zur Durchsetzung des Mindestkurses von 1,20 Franken pro Euro blieb die Liquidität am Markt sehr hoch,

Entwicklung der Selbstkostensätze in %



Die Selbstkostensätze für verzinsliche Bundesschulden (oberste Linie) reagieren träge auf die Zinsentwicklungen, da in einem Jahr jeweils nur ein kleiner Teil der Schulden erneuert wird. Der allgemeine Rückgang der Zinsen spiegelt sich auch im Selbstkostensatz für verzinsliche Bundesschulden wider. Die Negativrenditen der Geldmarktbuchforderungen stabilisierten sich.

wodurch die Tresoreriemittel mangels Nachfrage kurzfristig kaum am Markt angelegt werden konnten. Die Gelder wurden deshalb zum grössten Teil bei der Nationalbank angelegt. Ende Jahr waren verfügbare Tresoreriemittel im Betrag von 10,3 Milliarden ausstehend (12,2 Mrd. Ende 2013).

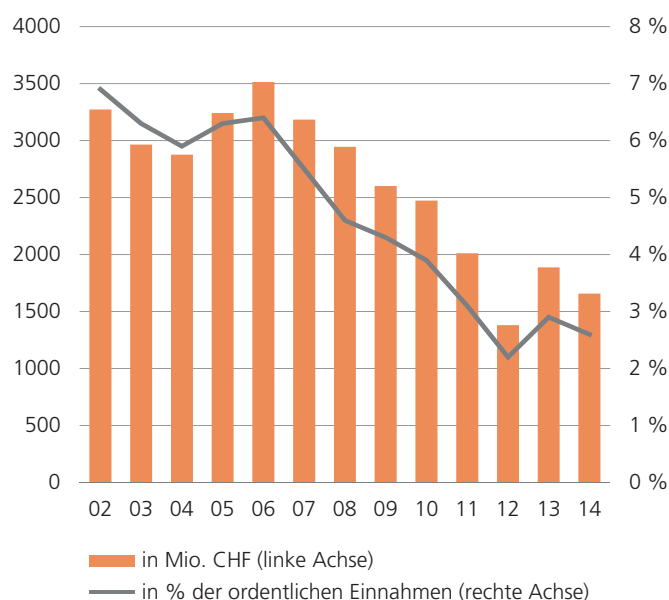
Die Tresoreriedarlehen an den ALV-Fonds sanken per Ende 2014 von 4,2 auf 3,3 Milliarden. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende Jahr 2,89 Milliarden (Vorjahr: 1,54 Mrd.).

### Devisenbewirtschaftung und Derivative

Der Budgetbedarf der Verwaltungseinheiten an Devisen (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Optionen wurden wie in den Vorjahren keine eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2014 hat die Bundestresorerie im Vorjahr 300 Millionen Euro beschafft. Weil in den letzten Jahren vermehrt ungeplante Eingänge an Euro zu verzeichnen waren, wurden nur 90 Prozent des eingestellten Bedarfs von

334 Millionen abgesichert. Beim US-Dollar wurde der ganze budgetierte Betrag von 492 Millionen beschafft. Im Jahr 2014 mussten aufgrund des höheren Bedarfs zusätzlich 89,5 Millionen Euro und 101,5 Millionen US-Dollar nachgekauft werden. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für insgesamt sieben neue Spezialgeschäfte im Gegenwert von 1,2 Milliarden Franken aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt. Im Bereich der Derivative reduzierten sich die finanzierungswirksamen Nettozinszahlungen aufgrund auslaufender Swapverträge von 48 Millionen auf 33 Millionen. Die Nettopayerposition reduzierte sich von 1,1 Milliarden Ende 2013 auf 0,9 Milliarden Ende 2014. Im Jahr 2014 wurden keine neuen Zinssatzswap-Verträge oder andere Zinsderivative abgeschlossen. Die bestehenden Zinssatzswaps wurden zwischen 1995 und 2005 getätigt, um eine längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Barwert der offenen Positionen erhöhte sich aufgrund des stark gesunkenen Zinsniveaus auf 152 Millionen.

Entwicklung der Nettozinslast in Mio. und % Einnahmen



Die Nettozinslast reduzierte sich von 2,9 auf 2,6 % der ordentlichen Einnahmen. Aufgrund der gesunkenen Zinsen gingen die Zinsausgaben gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Milliarden zurück. Die Zinseinnahmen sanken nur marginal um sieben Millionen.

### Haushaltsentlastung durch sinkende Zinsausgaben

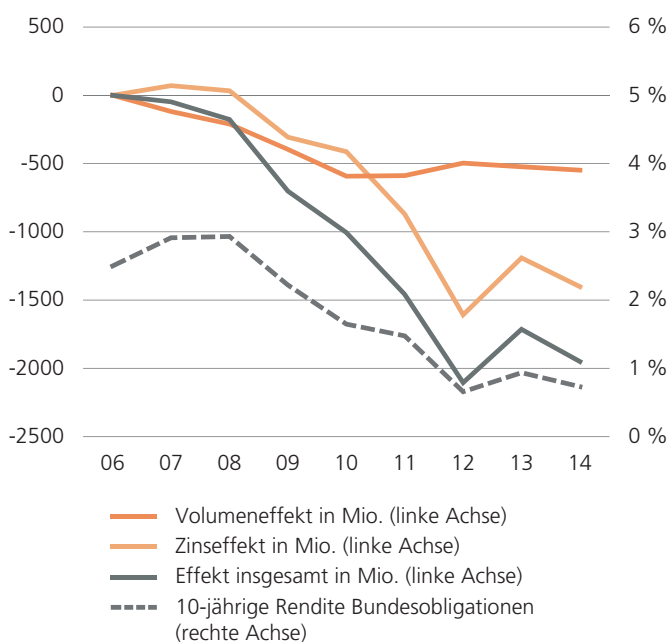
Im Zuge des rasanten Schuldenaufbaus in den 1990er Jahren erreichten die Bruttoschulden mit 130 Milliarden ihren Höchstwert im Jahr 2005. Im Jahr 2006 musste der Rekordwert von 3,8 Milliarden für den Schuldendienst aufgewendet werden. In den Folgejahren gingen die Zinsausgaben sukzessive zurück. Bis 2014 nahmen die Zinsausgaben um 1,85 Milliarden auf rund 2 Milliarden ab. Sie haben sich damit relativ zum Höchstwert 2006 nahezu halbiert.

Dazu beigetragen haben sowohl der Schuldenabbau wie die gesunkenen Zinssätze. Von 2006–2014 gingen die verzinslichen Schulden (Geld- und Kapitalmarktschulden) von 108,3 auf 89,1 Milliarden zurück (-18%). Gleichzeitig sanken die Langfristzinsen von 2,5 Prozent auf tiefe 0,7 Prozent im Jahr 2014 (-71%; Jahresdurchschnitt des von der SNB berechneten 10-jährigen Kassazinssatz der Bundesobligationen).

Die Grafik zeigt, dass der Rückgang bei den Zinsausgaben seit 2006 bis 2014 hauptsächlich (zu rund 70 %) durch die deutlich tieferen Zinssätze ermöglicht wurde. Aber auch der Schuldenabbau trug massgeblich zu der Entlastung bei (rund 30 %). Wie nachhaltig der Zinseffekt ist, hängt im Wesentlichen davon ab, in welchem Ausmass die Schulden langfristig an das tiefe Zinsniveau angebunden werden konnten.

Der Schuldenabbau reduziert die Zinsbelastung aber in jedem Fall unabhängig von der zukünftigen Zinsentwicklung und gibt Spielraum in der Haushaltsführung.

Ursachen der sinkenden Zinsausgaben in Mio.



Die Zinsausgaben sind seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2006 um rund 2 Milliarden zurückgegangen. Hauptverantwortlich für die Zinseinsparungen ist mit rund 1,5 Milliarden der Zinseffekt (ca. 70 %), während der Schuldenabbau rund 0,5 Milliarden (30 %) dazu beigetragen hat.

### 37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Der Gesamtaufwand der FLAG-Einheiten stieg um 51 Millionen oder 0,9 Prozent. Bereinigt um einmalige Sondereffekte nahm der Ertrag gegenüber zum Vorjahr praktisch gleich stark zu wie der Aufwand. Die Zunahme von Aufwand und Ertrag ist grösstenteils durch eine höhere Nachfrage bedingt.

#### Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 369</b>	<b>2 205</b>	<b>2 262</b>	<b>-108</b>	<b>-4,5</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 187	2 058	2 085	-101	-4,6
Regalien und Konzessionen	31	19	23	-8	-26,6
Übriger Ertrag	151	128	154	2	1,5
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>5 638</b>	<b>5 746</b>	<b>5 689</b>	<b>51</b>	<b>0,9</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 228	4 188	4 297	70	1,6
Transferaufwand	1 331	1 495	1 321	-10	-0,7
Übriger Aufwand	79	62	70	-9	-11,2
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>31</b>	<b>26</b>	<b>22</b>	<b>-9</b>	<b>-29,9</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	30	25	20	-9	-31,5
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	1	1	0	4,4
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 733</b>	<b>2 847</b>	<b>2 873</b>	<b>140</b>	<b>5,1</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 527	1 627	1 658	131	8,6
Investitionsbeiträge	180	191	185	5	2,7
Übrige Investitionen	1 026	1 029	1 029	4	0,3

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

Der *ordentliche Ertrag* sank 2014 gegenüber dem Vorjahr um 108 Millionen (-4,5%). Der Rückgang hat folgende Ursachen:

- Auf die kreditwirksame Verrechnung von IKT-Leistungen innerhalb des EDA wird ab 2014 verzichtet (-50 Mio.).
- Der Immobilienbestand von armasuisse Immobilien wurde abgebaut, wodurch der Liegenschaftsertrag tiefer ausfiel (-32 Mio.).
- Für die Instandsetzung von Liegenschaften und zur Deckung von Verlusten bei Anlagenabgängen mussten bei armasuisse Immobilien höhere Rückstellungen gebildet werden (-31 Mio.).
- Die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen beim BAKOM nahmen ab (-8 Mio.).
- Die ausserordentliche Rückerstattung der EUMETSAT an die Meteo Schweiz entfiel (-12 Mio.).

Ohne diese Effekte lagen die Erträge leicht über dem Vorjahresniveau (+25 Mio., +1%). Dieser Zuwachs entfiel zur Hälfte auf den finanzierungswirksamen Anteil des Funktionsertrags. Er macht mit 395 Millionen rund ein Fünftel aus. Gegenüber dem Vorjahr stieg er um 13 Millionen (+3%). Hauptgrund dafür waren einerseits höhere Erträge aus Informatikleistungen (+17 Mio.) beim BIT sowie Mehreinnahmen aus Forschungsprojekten und Diagnostik beim IVI (+5 Mio.). Andererseits fielen die Rückvergütungen der Ausgleichsfonds für Leistungen der Zentralen Ausgleichsstelle tiefer aus (-10 Mio.).

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten stieg gegenüber 2013 um 51 Millionen (+0,9%). Der Reduktion beim *Transferaufwand* und *übrigen Aufwand* steht die Zunahme im *Funktionsaufwand* gegenüber, der um 70 Millionen anstieg (+1,6%). Ohne BIT (+29 Mio.), ASTRA (+20 Mio.) und armasuisse Immobilien (+17 Mio.) blieben die Globalbudgets der FLAG-Einheiten allerdings praktisch auf dem Vorjahresniveau (+3 Mio.; +0,07%).

#### FLAG

20 Einheiten werden mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (FLAG). Diese sind verantwortlich für rund ein Viertel des Eigenaufwandes des Bundes.

Der *Funktionsaufwand* setzte sich nahezu unverändert zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 38 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 40 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände veränderten sich im Einzelnen wie folgt:

- Der Personalaufwand stieg um 29 Millionen (+3,2 %). Rund zwei Drittel dieses Anstiegs entstand beim BIT (+9 Mio.), ASTRA (+4 Mio.), BASPO und bei der ZAS (je +3 Mio.). Diesen Mehraufwänden stehen zu mehr als 80 Prozent entsprechende Mehrerträge gegenüber. Die Zunahme ist im Wesentlichen durch folgende Faktoren bestimmt: Zur Abdeckung einer erhöhten Kundennachfrage verstärkte das BIT die Bereiche Businessanalyse, Lösungsarchitektur, Projekte und Betrieb (+7 Mio.). Gleichzeitig reorganisierte es seine Führungsstrukturen (+2 Mio.). Das ASTRA baute namentlich den Bereich Strasseninfrastruktur und Verkehrsmanagement aus (+4 Mio.). Im BASPO wurde eine neue Verpflegungsstätte in Magglingen und ein Sportinternat für Nachwuchstalente in Tenero in Betrieb genommen, wodurch sich insgesamt eine verbesserte Gesamtauslastung der Infrastruktur ergab (+3 Mio.). Die ZAS internalisierte temporäre Mitarbeitende in die Abteilung Informatiksysteme und bearbeitete mehr Fallzahlen bei der AHV und im internationalen Bereich (+3 Mio.).

#### Weiterentwicklung der Verwaltungsführung –

##### Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Ziel des NFB ist es, die Planung des Haushalts verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen auszurichten, bei der Budgetierung auch die Leistungen transparent darzustellen sowie das Nebeneinander von Input- und FLAG-Steuerung zu überwinden. Das NFB umfasst im Kern folgende Instrumente:

- Voranschlag mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP);
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie Leistungsgruppen der Verwaltungseinheiten mit ausgewählten Zielen, Messgrößen und Soll-Werten;
- Leistungsvereinbarungen zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblichen Jahreszielen.

Die Anreizinstrumente zu wirtschaftlichem Verhalten orientieren sich am bestehenden FLAG-Modell. Mit Globalbudgets sowie der Möglichkeit der Reservebildung, Kreditverschiebung und Kreditüberschreitung bei leistungsbedingten Mehrerträgen sollen die betrieblichen Handlungsspielräume erhöht werden.

Das NFB ist eine Massnahme der Legislaturplanung 2011–2015: Die Einführung ist per 1.1.2017 geplant. Die Bundesversammlung hat die Gesetzesvorlage zum NFB am 26.9.2014 angenommen. Im ersten Halbjahr 2015 werden die interessierten Kommissionen zu den Prototypen des Voranschlags mit IAFP jeder Verwaltungseinheit konsultiert.

- Der Sach- und Betriebsaufwand stieg um 25 Millionen (+1,6%). Einerseits erhöhten sich die Aufwände für die Instandsetzung und den Betrieb von Liegenschaften bei armasuisse Immobilien (+21 Mio.) sowie für die Informatik in verschiedenen FLAG-Einheiten (+25 Mio.). Andererseits sanken die Aufwände für den Betrieb der Nationalstrassen beim ASTRA (-17 Mio.).
- Die Abschreibungen nahmen um 15 Millionen zu (+0,9 %). Während sie beim ASTRA anstiegen (+28 Mio.; +2 %), sanken sie beim ISC-EJPD (-12 Mio.) und bei armasuisse Immobilien (-5 Mio.).

Beim *Transferaufwand* sowie beim *übrigen Aufwand* ergaben sich gegenüber dem Vorjahr praktisch keine Änderungen.

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* nahmen um 9 Millionen ab, weil das ASTRA im Vergleich zum Vorjahr weniger Nationalstrassen (-5 Mio.) und armasuisse Immobilien weniger Liegenschaften (-4 Mio.) veräussert hat.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* erhöhten sich um 140 Millionen, wobei die Investitionen im Eigenbereich (+131 Mio.; 9 %) am stärksten wuchsen. Hauptverantwortlich dafür waren das ASTRA (+137 Mio.) für den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen sowie das BIT (+13 Mio.) und ISC-EJPD (+9 Mio.). Geringere Investitionen verzeichnete armasuisse Immobilien (-25 Mio.). Die *Investitionsbeiträge* nahmen um 5 Millionen zu. Höhere Beiträge leistete das ASTRA den Kantonen für die Hauptstrassen (+3 Mio.) und das BASPO für nationale Sportanlagen (+2 Mio.). Die *übrigen Investitionen* wuchsen namentlich aufgrund einer höheren Einlage des ASTRA in den Infrastrukturfonds um 4 Millionen.

#### Entwicklung des Personalbestandes

Der Personalbestand der FLAG-Einheiten erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 5792 Vollzeitstellen (+ 181 FTE). Diese Erhöhung ergab sich insbesondere durch folgende Veränderungen:

- 91 FTE zur Abdeckung einer erhöhten Nachfrage: Die Leistungserbringer IKT erbrachten mehr Betriebs- und Entwicklungsleistungen (+49 FTE). Das BASPO erweiterte seine Infrastruktur und erzielte eine bessere Auslastung (+19 FTE). Die swisstopo leistete mehr im Bereich Landesgeologie und Geodateninfrastruktur (+7 FTE). Die grössere Zahl an Zivildienstpflichtigen erhöhte den Vollzugsaufwand beim ZIVI (+7 FTE). Die ZAS bearbeitete höhere Fallzahlen bei der AHV und im internationalen Bereich (+6 FTE). Die Meteo Schweiz führte fremdfinanzierte Projektleistungen durch (+3 FTE). Diesen Mehraufwänden stehen entsprechende Mehrerträge gegenüber.
- 34 FTE infolge organisatorischer Massnahmen: Die ZAS verstärkte die Abteilung Informatiksysteme (+23 FTE, u.a. durch Internalisierung von temporären Arbeitskräften). Das IVI übernahm erfolgsneutral das Institut für Veterinär-Virologie der Universität Bern (+11 FTE). Diesen Mehraufwänden stehen ebenfalls entsprechende Mehrerträge gegenüber.

- 17 FTE haushaltsneutral infolge eines Methodenwechsels in der statistischen Erfassung: Bei der agroscope werden neu Stellenprozente zu Gunsten gemischtfinanzierter Projekte (Dritt-mittelprojekte) angerechnet, die unter 50 Prozent liegen.
- 39 FTE für einen Leistungsausbau: Das ASTRA baute hauptsächlich den Bereich Strasseninfrastruktur und Verkehrsmanagement aus (+11 FTE). Armasuisse Immobilien stockte für Instandsetzungsarbeiten auf (+9 FTE). Das IVI erhöhte den Personalbestand für die Bereiche Biosicherheit und Technik, Forschung und Vertragsmanagement (+4 FTE). Schliesslich wurden bei verschiedenen FLAG-Einheiten Vakanzen wieder besetzt (+15 FTE).

### Entwicklung der Reserven

Im 2014 wurden *zweckgebundene Reserven* von 67 Millionen aufgelöst, rund zwei Drittel davon vom ASTRA (30 Mio.) und den Leistungserbringern IKT (15 Mio.). 5 Millionen wurden ohne Verwendung zugunsten des Bundeshaushalts aufgelöst. Für 43 Millionen wurden in 14 Einheiten neue zweckgebundene Reserven gebildet. Der mit Abstand grösste Anteil (20 Mio.) entfällt auf das ASTRA.

2014 wurden nur bei zwei Einheiten *allgemeine Reserven* von insgesamt 0,5 Millionen gebildet und bei einer Einheit (BIT) Reserven in der Höhe von 10 Millionen aufgelöst. Per Ende 2014 verfügten 11 von 20 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven im Umfang von 18 Millionen.

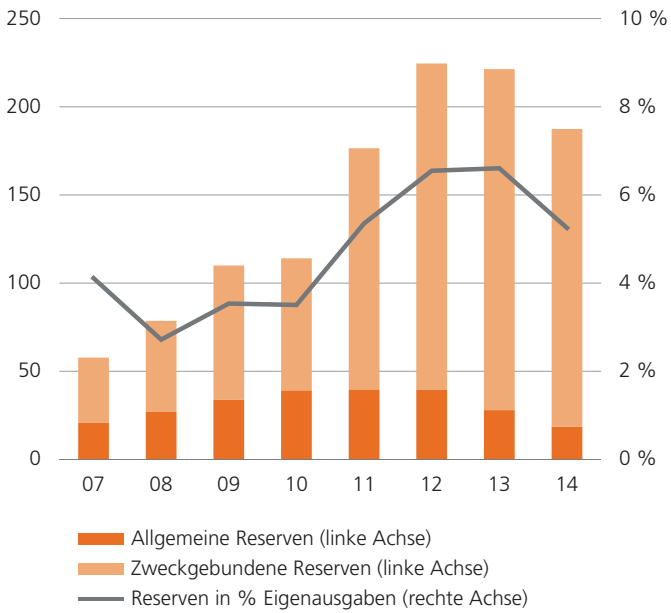
### Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2014				Zweckgebundene Reserven FLAG 2014			
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.
<b>Total</b>	<b>27,9</b>	<b>0,5</b>	<b>-10,0</b>	<b>18,5</b>	<b>193,5</b>	<b>43,0</b>	<b>-67,5</b>	<b>168,9</b>
202 EDA	1,2	–	–	1,2	7,9	–	-3,3	4,6
307 NB	–	–	–	–	1,5	0,3	-0,8	1,1
311 MeteoSchweiz	1,2	–	–	1,2	10,1	3,2	-8,5	4,8
485 ISC-EJPD	3,4	–	–	3,4	5,6	2,9	-0,4	8,1
504 BASPO	3,0	–	–	3,0	0,8	1,5	-0,8	1,5
506 BABS	1,8	–	–	1,8	0,7	2,3	-0,6	2,3
542 ar W+T	1,1	–	–	1,1	1,5	1,6	-1,5	1,7
543 ar Immo	–	–	–	–	15,0	–	-6,0	9,0
570 swisstopo	2,7	0,4	–	3,1	5,0	2,7	-2,1	5,7
602 ZAS	–	–	–	–	0,3	–	–	0,3
609 BIT	10,0	–	-10,0	–	20,0	1,6	-8,2	13,4
710 Agroscope	–	–	–	–	0,7	0,1	-0,2	0,6
735 ZIVI	0,7	–	–	0,7	0,8	–	-0,8	–
740 SAS	0,3	0,1	–	0,4	1,9	0,3	–	2,2
785 ISCeco	–	–	–	–	3,0	3,9	-3,0	3,9
803 BAZL	2,0	–	–	2,0	1,7	0,1	-1,2	0,6
806 ASTRA	–	–	–	–	113,7	19,9	-29,6	104,0
808 BAKOM	0,5	–	–	0,5	3,2	2,5	-0,6	5,2

### Bildung von Reserven

*Allgemeine Reserven* können gebildet werden, wenn eine Einheit nachweislich besonders wirtschaftlich gearbeitet hat. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen oder 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. *Zweckgebundene Reserven* können aus Kreditresten für geplante Projekte, die am Jahresende noch nicht abgeschlossen sind, gebildet werden. Die Reserven dürfen nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie.

**Entwicklung der Reserven FLAG**  
in Mio. und % Eigenausgaben



*Bis 2012 haben die Reserven kontinuierlich zugenommen. Die Abnahme in den vergangenen zwei Jahren erfolgte bei den allgemeinen Reserven: Diese sind in Prozent der Eigenausgaben von 1,5 auf 0,5 Prozent gefallen.*



38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem ordentlichen Überschuss in der Höhe von 997 Millionen ab. Die Differenz zur Finanzierungsrechnung (1121 Mio.) ist vor allem auf die Differenz der Beteiligungseinnahmen (781 Mio.) und der Equitybewertung (1701 Mio.) bei den Bundesunternehmen zurückzuführen.

Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		
Mio. CHF	Rechnung 2014		Rechnung 2014	Differenz
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>89</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>1 193</b>	<b>1 104</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>-124</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>997</b>	<b>1 121</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>63 876</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 877</b>	<b>1 001</b>
Fiskaleinnahmen	60 197	Fiskalertrag	60 188	-9
Regalien und Konzessionen	591	Regalien und Konzessionen	525	-66
Übrige laufende Einnahmen	1 747	Übriger Ertrag	2 065	317
Investitionseinnahmen	272			-272
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 068</b>	<b>Finanzertrag</b>	<b>2 040</b>	<b>971</b>
Beteiligungseinnahmen	781			-781
Übrige Finanzeinnahmen	287	Zunahme von Equitywerten	1 701	1 701
		Übriger Finanzertrag	338	51
		<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>59</b>	<b>59</b>
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>64 000</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>63 880</b>	<b>-120</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 051</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 674</b>	<b>2 622</b>
Personalausgaben	5 371	Personalaufwand	5 409	38
Sach- und Betriebsausgaben	3 880	Sach- und Betriebsaufwand	4 237	357
Rüstungsausgaben	801	Rüstungsaufwand	799	-2
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 229	2 229
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>44 352</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>49 028</b>	<b>4 676</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 903	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 903	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 040	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 038	-2
Beiträge an eigene Institutionen	3 024	Beiträge an eigene Institutionen	3 024	-
Beiträge an Dritte	15 288	Beiträge an Dritte	15 215	-74
Beiträge an Sozialversicherungen	16 097	Beiträge an Sozialversicherungen	16 155	58
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 303	4 303
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	390	390
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 951</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 174</b>	<b>222</b>
Zinsausgaben	1 887	Zinsaufwand	1 978	92
Übrige Finanzausgaben	65	Abnahme von Equitywerten	-	-
		Übriger Finanzaufwand	195	131
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>4</b>	<b>4</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 645</b>			<b>-7 645</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 838			-2 838
Immaterielle Anlagen	44			-44
Darlehen	438			-438
Beteiligungen	21			-21
Eigene Investitionsbeiträge	4 304			-
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>213</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>196</b>	<b>-17</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>-</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Die nachfolgenden Einzelheiten zu den Differenzen zwischen den beiden Rechnungen beschränken sich auf wichtige Positionen.

#### **Einnahmen gegenüber Ertrag**

Die *Fiskalerträge* liegen um 9 Millionen tiefer als die Fiskaleinnahmen, weil Rückstellungen für offene Rechtsfälle im Bereich der Mehrwertsteuer (6,0 Mio.) und für erwartete Rückerstattungen von Akontozahlen an Autoimporteure betreffend der Sanktion zur CO<sub>2</sub>-Verminderung vom Personenwagen (2,8 Mio.) gebildet wurden.

Die Differenz bei den *Regalien und Konzessionen* von minus 66,8 Millionen ist im Wesentlichen die Folge einer Erhöhung der Rückstellung für den Münzumsatz.

Beim *übrigen Ertrag* stammt der Unterschied von 317 Millionen zur Finanzierungsrechnung mehrheitlich aus Veräusserungsgewinnen aus dem Verkauf von Grundstücken und Liegenschaften (38,2 Mio.), aus Erträgen aus Drittmitteln und Kofinanzierungen (9,7 Mio.), der Aktivierung von Eigenleistungen (51,9 Mio.), der nachträglichen Aktivierung von zedierten Forderungen (31,7 Mio.), der Aktivierung von Kantonsanteilen von in Betrieb genommenen Nationalstrassen (57,6 Mio.), sowie aus Aufwertungen von Liegenschaften (116,1 Mio.).

Der *übrige Finanzertrag* beinhaltet periodengerechte Abgrenzungen des Zinsertrages, welche den grössten Teil der Differenz in der Höhe von 51 Millionen ausmachen.

#### **Ausgaben gegenüber Aufwand**

Die Abweichung beim *Personalaufwand* (38 Mio.) kann wie folgt begründet werden: Die Rückstellung musste um 39 Millionen erhöht werden. Dagegen konnten Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben in der Höhe von 6,4 Millionen aufgelöst werden.

Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (357 Mio.) handelt es sich um Rückstellungen und Abgrenzungen im Immobilienbereich sowie um nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager.

Bei den *Beiträgen an Dritte* stammt der Unterschied (74 Mio.) mehrheitlich aus der Auflösung von Rückstellungen für die Beiträge an den Eurocontrol Pension Fund (4,4 Mio.) und um Abgrenzungen betreffend der europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS (72 Mio.).

Die Differenz bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* beträgt 58 Millionen. Es handelt sich hierbei um eine Erhöhung der Rückstellung für zukünftige Rentenverpflichtungen der Militärversicherung.

Die Differenz beim *Zinsaufwand* (92 Mio.) beinhaltet periodengerechte Abgrenzungen von Agios aus der Aufnahme oder Aufstockungen von Anleihen.

Beim *übrigen Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu den *übrigen Finanzausgaben* 131 Millionen, welche sich aus Kapitalbeschaffungsaufwand (73,8 Mio.) und Aufwand für Passivzinsen (56,8 Mio.) zusammensetzt.

#### **Ausserordentliche Transaktionen**

Mit dem Verkauf von Aktien der Swisscom AG wurden 68,2 Millionen Investitionseinnahmen erzielt. In der Erfolgsrechnung dagegen wird nur der damit verbundene Buchgewinn in der Höhe von 54,1 Millionen ausgewiesen. Die Differenz entspricht dem bilanzierten Wert der veräusserten Aktien in der Höhe von 14 Millionen. Zudem wurde eine nicht finanzierungswirksame Abgrenzung in der Höhe von 3 Millionen aufgelöst, welche eine von der Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA angeordnete Gewinnentziehung gegen ein Bankinstitut betrifft.

---

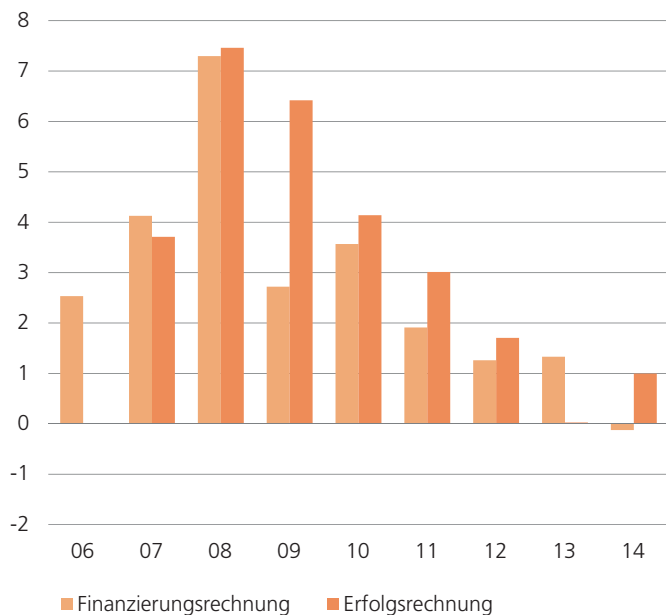
#### **Unterschiede Finanzierungs-/Erfolgsrechnung**

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die Erfolgsrechnung den Saldo aus dem Wertverzehr und -zuwachs (d.h. Aufwand resp. Ertrag) und damit die Veränderung der Vermögenslage des Bundes. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden (mit unmittelbarem Mittelabfluss) werden daher in der Erfolgsrechnung auch nicht finanzierungswirksame Geschäftsvorfälle berücksichtigt.

Der Hauptunterschied zwischen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung liegt in der Behandlung der Investitionen. Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung, fliessen aber nicht in die Erfolgsrechnung ein, sondern werden in die Bilanz übertragen. Hingegen gehen die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen als nicht finanzierungswirksamer Aufwand in die Erfolgsrechnung ein (Wertverzehr). Die (nicht rückzahlbaren) Investitionsbeiträge werden zwar als Investition geführt, aber vollständig über den Transferaufwand abgeschrieben. Mit Wertberichtigungen wird zudem eingetretene Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buchwerte. Ebenso werden Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte) berücksichtigt.

---

**Ergebnisse der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung** in Mrd.  
Ordentlicher Haushalt



*Entgegen dem Vorjahr schliesst die Erfolgsrechnung 2014 deutlich besser ab als die Finanzierungsrechnung. Grund dafür sind die im Vergleich zu 2013 deutlich tiefere Bildung von neuen Rückstellungen. Zudem schlagen sich Investitionsausgaben aus der Finanzierungsrechnung in der Erfolgsrechnung nur verzögert in Form von Abschreibungen nieder.*

### 39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Im Jahr 2014 betrug das Volumen der Leistungsverrechnung 2,5 Milliarden und war damit zum dritten Mal in Folge tiefer als im Vorjahr. Die Abnahme (-3,1%) ist einerseits eine Folge der Reduktion der Verrechnungen im EDA, andererseits trägt der weiterhin rückläufige Umsatz der armasuisse Immobilien dazu bei.

#### Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 566</b>	<b>2 515</b>	<b>2 486</b>	<b>-80</b>	<b>-3,1</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 631</b>	<b>1 610</b>	<b>1 599</b>	<b>-32</b>	<b>-2,0</b>
armasuisse Immobilien	1 162	1 132	1 131	-32	-2,7
Bundesamt für Bauten und Logistik	468	478	468	0	-0,1
<b>Informatik</b>	<b>572</b>	<b>491</b>	<b>518</b>	<b>-54</b>	<b>-9,4</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	376	314	377	1	0,3
Übrige IKT-Leistungserbringer	196	177	141	-55	-28,0
<b>Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>252</b>	<b>277</b>	<b>260</b>	<b>8</b>	<b>3,0</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>112</b>	<b>137</b>	<b>110</b>	<b>-2</b>	<b>-1,6</b>
Dienstleistungen	66	85	64	-2	-3,0
Verkäufe	46	52	46	0	0,3

Der um 32 Millionen tiefere Ertrag der armasuisse Immobilien ist auf den laufenden Abbau des Immobilienbestandes (Kernbestand) zurückzuführen.

In der Informatik ist der Rückgang des Verrechnungsvolumens mit der Aufhebung der EDA-internen Leistungsverrechnung (-50 Mio.) zu begründen. Die bisherigen drei Verwaltungseinheiten (EDA, DEZA, Informatik EDA) wurden per 1.1.2014 zu einer Verwaltungseinheit zusammengeführt.

Die Verwaltungseinheiten budgetieren Projekte oft als finanzierungswirksamen Aufwand. Bei der Konkretisierung der Vorhaben erfolgt der Sourcing-Entscheid dagegen meist zugunsten des bundesinternen IKT-LE, was in der Rechnung zu einem höheren Rechnungsvolumen an Leistungsverrechnungsmittel als geplant führt.

Die Abweichung zum Voranschlag bei den übrigen verrechneten Leistungen resultiert aus einer insgesamt geringeren Nachfrage an Produkten und Dienstleistungen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Material für den allgemeinen Bürobedarf, Transportdienstleistungen sowie Treibstoff und Heizöl.

#### Kriterien für die Leistungsverrechnung (LV)

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung werden gewisse Leistungen kreditwirksam zwischen den Verwaltungseinheiten verrechnet. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- **Wesentlichkeit:** Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beträgt für den Leistungserbringer (LE) mindestens 3 Millionen; für den einzelnen Leistungsbereich mindestens 0,5 Millionen.
- **Beeinflussbarkeit:** Es werden nur Leistungen verrechnet, die einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss die Möglichkeit haben, Menge und Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs steuern zu können.
- **Kommerzieller Charakter:** Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Die im Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung vom 14.4.2010 definierten tiefer greifenden Massnahmen sind praktisch abgeschlossen. Namentlich konnte der Bundesrat im Berichtsjahr in den Bereichen Altersvorsorge, Armee und Asyl drei bedeutende Vorlagen an das Parlament überweisen. Das ursprüngliche Entlastungsziel von 1,3 Milliarden wurde erreicht. Die Berichterstattung über die tiefer greifenden Reformvorhaben der Aufgabenüberprüfung wird mit der vorliegenden Rechnung abgeschlossen. Die noch laufenden Massnahmen werden weitergeführt.

Im Rahmen der Aufgabenüberprüfung 2008–15 (AÜP) hat der Bundesrat das Aufgabenportfolio des Bundes systematisch auf Reform- und Abbaupotenziale durchleuchtet. Am 14.4.2010 hat er zusammen mit der Vernehmlassung zum Konsolidierungsprogramm (KOP 12/13) den Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung mit rund 80 Massnahmen in Form von Aufgabenverzicht, Leistungsreduktionen und Strukturformen vorgelegt. Darunter fanden sich zum einen gut 50 Massnahmen mit rascher Entlastungswirkung und geringem Rechtsänderungsbedarf, die in das KOP 12/13 integriert wurden. Diese Massnahmen wurden teilweise sistiert, nachdem das Parlament im Jahr 2011 beschlossen hatte, nicht auf das Konsolidierungsprogramm einzutreten. Zum Teil konnten die Massnahmen später in das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014 (KAP 2014) aufgenommen werden.

Zum ändern wurde im Bericht ein Paket von 25 tiefer greifenden Massnahmen der Aufgabenüberprüfung beschrieben, die komplexere Reformen erfordern und mehr Zeit für die Detailplanung und Implementierung beanspruchen. Dieses zweite Paket wird mit separaten Vorlagen vorangetrieben. Über den Umsetzungsstand dieser Massnahmen berichtet der Bundesrat jährlich im Rahmen der Staatsrechnung (Ausnahme 2012: Botschaft zum KAP 2014; BBl 2013 823). Im Rahmen der Erarbeitung des KAP 2014 wurden zwei zusätzliche Massnahmen in das Paket aufgenommen: die Beschleunigung der Asylverfahren sowie die Überprüfung und Reduktion der Anzahl Statistiken.

#### Stand der Umsetzung per Ende 2014

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über Umsetzungsstand und Entlastungswirkung der 27 tiefer greifenden Reformvorhaben. Bis Ende 2014 konnten 20 Massnahmen abgeschlossen werden (abgeschlossen ist ein Vorhaben für den Bundesrat, wenn er die Botschaft an das Parlament überwies oder die nötigen Rechtsänderungen beschlossen hat); 2 Massnahmen mussten frühzeitig abgeschrieben werden.

Im vergangenen Jahr hat der Bundesrat drei bedeutende Vorlagen verabschiedet: Mit der Botschaft zur *Altersvorsorge 2020* (Massnahme 17) nimmt er ab dem Jahr 2019 Entlastungen von

rund 140 Millionen gegenüber der heutigen Regelung in Aussicht; ebenso darf im Zuge der *Neustrukturierung des Asylbereichs* (Massnahme 27) mit Einsparungen auf lange Sicht gerechnet werden, die derzeit aber nur grob abgeschätzt werden können. Keine Entlastungswirkung ergibt sich schliesslich aus der Botschaft zur *Weiterentwicklung der Armee* (Massnahme 12).

Fünf Massnahmen sind derzeit noch in Gang. Dabei handelt es sich um eher kleinere Vorhaben oder um Daueraufgaben, so namentlich das Massnahmenpaket zur *Effizienzsteigerung in der IKT* (Massnahme 2) oder die *Portfoliostraffung bei den zivilen Bauten* (Massnahme 3).

Das ursprünglich anvisierte Entlastungsziel von 1,3 Milliarden wurde erreicht. Das bisher erzielte Entlastungsvolumen ist allerdings mit der nötigen Vorsicht zu interpretieren: So dienen diverse, teils gewichtige Massnahmen der Vermeidung von Mehrbelastungen und erlauben somit keine Einsparungen gegenüber der aktuellen Finanzplanung. Beispiele sind hier die Massnahmen im Verkehrsbereich (Massnahmen 18, 19, 21) oder die Massnahmen in den Bereichen Sport (Massnahme 15) und GWK (Massnahme 8), mit denen Mehrbelastungen von über 800 Millionen vermieden werden konnten. Trotzdem tragen solche Massnahmen dazu bei, den Bundeshaushalt mittelfristig auf Kurs zu halten. Bei diversen Vorhaben resultierten aber auch tatsächliche Einsparungen gegenüber dem Finanzplan, so etwa bei den Effizienzsteigerungen im Informatikbereich (Massnahme 2; 52 Mio.), bei der Optimierung des Aussennetzes und bei den Priorisierungen in der Ressortforschung (Massnahmen 10, 14; je rund 10 Mio.) oder bei der Auslagerung von METAS (Massnahme 24; 2 Mio.).

Nachdem das Massnahmenpaket weitgehend umgesetzt ist, schliesst der Bundesrat die Berichterstattung über die tiefer greifenden Reformvorhaben der Aufgabenüberprüfung mit der vorliegenden Rechnung 2014 ab. Die Massnahmen, die derzeit noch in Gang sind, werden plangemäss weiterverfolgt und zum Abschluss geführt.

Ziffer, Massnahme, Status Ende 2014 und verbleibende Meilensteine	Geplante Entlastung	Effektive Entlastung
<b>1 Programm INSIEME</b> Abgeschlossen. Auf Entscheid der Departementsvorsteherin des EFD wurde das Programm am 19.9.2012 abgebrochen. Aus INSIEME werden demnach keine Entlastungen resultieren. Es ist offen, in welchem Umfang mit dem Nachfolgeprojekt FISCAL-IT Ergebnisverbesserungen erzielt werden können.	10 Mio. (2015)	Keine
<b>2 Effizienzsteigerungen im IKT-Bereich</b> Laufend. Mit dem Konsolidierungsprogramm 2012-2013 konnten im Informatikbereich Entlastungen von 51,9 Millionen erreicht werden. Zudem wurde die IKT-Führung und -Steuerung des Bundes mit der Revision der Bundesinformatikverordnung vom 9. Dezember 2011 reorganisiert. Im Bereich Büroautomation werden ab 2017 weitere Einsparungen in Höhe von 5,7 Millionen vorgesehen. Ebenso rechnet der Bundesrat im Zuge des Programms E-Government Finanzen (E-Rechnung) mit einem dauerhaften Entlastungspotential von 2 Millionen.	20 Mio. (2014)	51,9 Mio. (2014) > 5,7 Mio. (2017)
<b>3 Straffung des Portfolios bei den zivilen Bundesbauten</b> Laufend. Die aus vier Teilprojekten bestehende Massnahme befindet sich im Umsetzungsstadium. Die Überprüfung der Laborstrukturen ist abgeschlossen. Der Verkauf von Wohnbauten ist in Gang (2013/14: 31 Objekte für rund 13 Mio. verkauft) und die für die Übertragung der Immobilien der Schweizerschulen in Rom und Catania nötige Gesetzesänderung wurde per 1.1.2015 in Kraft gesetzt. Die beschlossenen Massnahmen werden in den kommenden Jahren weitergeführt.	12 Mio. (2015)	noch offen
<b>4 Zukünftige Ausrichtung von MeteoSchweiz</b> Abgeschlossen. Das Parlament hat die vom Bundesrat beantragte Auslagerung von MeteoSchweiz abgelehnt. Auf das Vorhaben musste daher verzichtet werden.	n.q.	Keine
<b>5 Finanzielle Beteiligung der Kantone an der Erhebung von Geodaten</b> Abgeschrieben. Auf eine Änderung des GeolG wurde verzichtet, weil die Kantone kein Interesse an einer finanziellen Beteiligung zeigten.	1,5 Mio. (2015)	Keine
<b>6 Prüfung einer Reduktion der Anzahl gesellschaftsorientierter ausserparlamentarischer Kommissionen</b> Abgeschlossen. Bei den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2011 wurden 11 Kommissionen aufgehoben, 4 Kommissionen zu 3 zusammengelegt und 9 Kommissionen neu zugeordnet. Insgesamt betragen die Einsparungen knapp 100'000 Franken.	n.q.	0,1 Mio.
<b>7 Überprüfung der Ruhestandsregelungen bei besonderen Personalkategorien</b> Abgeschlossen. Die nötigen Verordnungsänderungen wurden per Mitte 2013 in Kraft gesetzt. Die Entlastungswirkung entsteht ab 2018 und erreicht ab 2021 jährlich 50–55 Millionen.	n.q.	50 Mio. (2021)
<b>8 Stabilisierung des Bestands des Grenzwachtkorps</b> Abgeschlossen. Im Vergleich zur ursprünglichen Forderung der Motion Fehr (08.3510), die vom Nationalrat gutgeheissen worden war, konnten Mehrbelastungen im Umfang von bis zu 40 Millionen vermieden werden.	30 Mio.*	30 Mio.*
<b>9 Zukünftige Ausrichtung des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR)</b> Laufend. Der Bundesrat verzichtet auf die vollständige Wiedereingliederung des SIR in die zentrale Bundesverwaltung. Bis Mitte 2016 wird er über die gesetzlichen Änderungen und Massnahmen für Kosteneinsparungen sowie zur Angleichung des SIR an die Corporate Governance-Normen des Bundes befinden.	n.q.	noch offen
<b>10 Optimierung des Schweizerischen Aussennetzes</b> Abgeschlossen. Es konnten Einsparungen von 8,6 Millionen (ab 2014) bzw. 11,1 Millionen (ab 2016) in der Finanzplanung umgesetzt werden. Daneben konnten weitere Synergiegewinne erzielt werden; diese wurden u.a. für die Eröffnung oder Verstärkung von Vertretungen eingesetzt. Aufgrund einer von den eidg. Räten überwiesenen Motion musste auf die Schliessung der Botschaft in Guatemala verzichtet werden, was die Einsparungen um 1,3 Millionen pro Jahr reduziert.	30 Mio. (2014)	9,8 Mio. (2016)
<b>11 Reform der Finanzierung von FIPOI-Darlehen</b> Abgeschrieben. Die Massnahme erwies sich als ungeeignet, den Haushalt zu entlasten und wurde deshalb vom Bundesrat abgeschrieben.	n.q.	Keine
<b>12 Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik</b> Abgeschlossen. Der Bundesrat hat am 3. September 2014 die Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) verabschiedet. Die Ausgaben der Armee dürften aufgrund dieser Vorlage mittelfristig höher ausfallen als bisher.	n.q.	Keine

\* Vermeidung von Mehrbelastungen

Ziffer, Massnahme, Status Ende 2014 und verbleibende Meilensteine	Geplante Entlastung	Effektive Entlastung
<b>13 Erschliessung von Synergiepotenzialen bei den Zivilen Nachrichtendiensten</b> Abgeschlossen. Der Bundesrat hat entschieden, die Synergiegewinne aus dem Zusammenschluss von DAP und SND für einen erweiterten Leistungskatalog des NDB einzusetzen. Es resultierte somit keine Entlastung des Haushalts.	n.q.	Keine
<b>14 Priorisierungen in der Ressortforschung</b> Abgeschlossen. Im Rahmen des KAP 2014 konnten im Bereich der Ressortforschung Einsparungen im Umfang von insgesamt 10,6 Millionen umgesetzt werden. Der ursprünglich anvisierte Betrag wurde namentlich deshalb nicht erreicht, weil Einsparungen im Energiebereich mit Blick auf die Energiestrategie 2050 nicht opportun erschienen.	30 Mio. (2014)	10,6 Mio.
<b>15 Stabilisierung des J+S-Angebots sowie Beschränkung des Studienzugangs an der Eidg. Hochschule für Sport in Magglingen</b> Abgeschlossen. Die ergriffenen Massnahmen haben es erlaubt, die zu erwartenden Mehrbelastungen zu vermeiden.	8 Mio.*	8 Mio.*
<b>16 Neuregelung Prävention und Gesundheitsförderung</b> Abgeschlossen. Das Parlament hat die Gesetzesvorlage des Bundesrates zur Neuregelung der Prävention und der Gesundheitsförderung in der Herbstsession 2012 abgelehnt.	7,5 Mio. (2014)	Keine
<b>17 Umfassende Reform in der Altersvorsorge</b> Abgeschlossen. Die Botschaft zur Reform der Altersvorsorge 2020 wurde am 19.11.2014 verabschiedet. Vorgesehenes Inkrafttreten der Reform ist 2019. Gegenüber der Vernehmlassung wurde die Regelung für den Bundesbeitrag an die AHV abgeändert: Auf eine Teilentflechtung des Bundesbeitrags (hälftige Anbindung an den Mehrwertsteuerertrag) wird verzichtet, was die Entlastungswirkung reduziert.	> 500 Mio.* (2020)	140 Mio.* (2019)
<b>18 Stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr</b> Abgeschlossen. Mit der Vorlage konnten Mehrbelastungen des Haushalts im Umfang von rund 500 Millionen vermieden werden, die von den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern beigesteuert werden. Die Gesetzesanpassungen treten per 1.1.2016 in Kraft.	n.q.	500 Mio.* (2016)
<b>19 Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz: vollständige Kompensation des Mehraufwands</b> Abgeschlossen. Die Vorlage zum Netzbeschluss (NEB) wurde vom Volk abgelehnt. Damit entstanden für den Bundeshaushalt keine Mehrbelastungen.	305 Mio.*	305 Mio.*
<b>20 Reform regionaler Personenverkehr (RPV): Umstellung Bahn auf Bus</b> Abgeschlossen. Die Verordnungsänderung, die einen laufenden Prüfauftrag für die Umstellung von Bahn auf Bus vorsieht, wurde per 1.7.2013 in Kraft gesetzt. Ob Einsparungen realisiert werden können, wird von den konkreten Einzelfällen abhängen.	n.q.	n.q.
<b>21 Priorisierungen bei der Umsetzung von Baunormen im Bahnverkehr</b> Abgeschlossen. Bis 2016 wird auf die Inangriffnahme eines Investitionsprogramms zur Erhöhung der Sicherheit in Bahntunnels verzichtet. Vom Erlass von Fristen für die Sanierung wird abgesehen. Bisher konnten Mehrbelastungen vermieden werden. Der Teil der Massnahme, der sich auf die Behindertengleichstellung bezog, wurde auf Intervention des Parlaments fallen gelassen.	70 Mio.* (2015)	70 Mio.*
<b>22 Auslagerung der Aufsicht Luftverkehr in eine gebührenfinanzierte Organisationsform</b> Laufend. Die Auslagerung der Aufsicht in eine gebührenfinanzierte Organisationsform ist umstritten. Es wurde noch keine Vernehmlassung über eine Revision des Luftfahrtgesetzes oder zum zweiten luftfahrtpolitischen Bericht durchgeführt. Der Bundesrat arbeitet weiter an der Konkretisierung einer Reform. Aufgrund der Verzögerung bei den erwähnten Vorlagen wird eine allfällige Entlastung erst nach 2015 wirksam werden.	50 Mio. (2015)	noch offen
<b>23 Verzicht auf die Subventionierung neuer Abwasseranlagen</b> Abgeschlossen. Die Botschaft zur Änderung des Gewässerschutzgesetzes wurde im Juni 2013 verabschiedet (BBl 2013 5549). Die vom Bundesrat vorgeschlagene Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen in Abwasseranlagen ist verursachergerecht und für den Bund haushaltneutral.	30 Mio.*	30 Mio.*
<b>24 Auslagerung des Bundesamtes für Metrologie (METAS)</b> Abgeschlossen. METAS wurde per 1.1.2013 ausgelagert.	1 Mio. (2014)	2 Mio.

\* Vermeidung von Mehrbelastungen

Ziffer, Massnahme, Status Ende 2014 und verbleibende Meilensteine	Geplante Entlastung	Effektive Entlastung
<b>25 Haushaltneutrale Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien</b> Abgeschlossen. Die 2008 beschlossenen Aktionspläne wurden haushaltneutral umgesetzt. Im Rahmen der Energiestrategie 2050, die wesentlich weitergeht als die damalige Aktionspläne, kommt es allerdings zu Mehrbelastungen des Haushalts.	14 Mio.*	14 Mio.*
<b>26 Überprüfung und Reduktion der Anzahl Statistiken</b> Laufend. Die Inventarisierung und Bewertung der Statistiken ist abgeschlossen. Dabei wurden in einzelnen Bereichen Potenziale für Effizienzgewinne und Rationalisierungen geortet, die in der Folge zu konkretisieren sind. Der Bundesrat will das Statistiksystem der Schweiz weiterentwickeln und allfällige Massnahmen im Rahmen des statistischen Mehrjahresprogramms des Bundes 2015-2019 umsetzen.	n.q.	noch offen
<b>27 Beschleunigung der Asylverfahren</b> Abgeschlossen. Am 3. September 2014 hat der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Asylgesetzes (Neustrukturierung des Asylbereichs) verabschiedet und die Investitionen in die Bundeszentren (548 Mio.) sowie die jährlichen Nettoeinsparungen im neuen Modus (170 Mio.) quantifiziert. Die Standortplanung sowie die Gespräche zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verlaufen konstruktiv; das Vorhaben der Neustrukturierung des Asylbereichs wird von allen Beteiligten unterstützt.	n.q. Die Investitionen sollen mit den Einsparungen nach 6 bis 8 Betriebsjahren eingespielt werden können.	n.q.

\* Vermeidung von Mehrbelastungen



Im Rahmen der Staatsrechnung 2014 werden die durch das EDA entrichteten Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionen) überprüft. Bei 8 von 20 geprüften Subventionen hat der Bundesrat Handlungsbedarf festgestellt und entsprechende Massnahmen beschlossen.

## Zusammenfassung

Das EDA ist für die Entrichtung von insgesamt 39 Subventionen zuständig (Stand 2014). 20 davon sind Gegenstand der vorliegenden Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung 2014. Die anderen 19 wurden in den letzten 4 Jahren bereits innerhalb von separaten Botschaften überprüft<sup>1</sup>, oder eine Überprüfung erscheint aufgrund von eingegangenen internationalen Verpflichtungen oder einer bereits beschlossenen Massnahme nicht als sinnvoll (betrifft Beitrag an die Erweiterung der EU, Kapitalerhöhung an Entwicklungsbanken und Swiss Taiwan Trading Group). Die überprüften Subventionen weisen bei einem Subventionsaufwand des EDA von gesamthaft 2,43 Milliarden lediglich ein Volumen von 133,5 Millionen auf. Dies widerspiegelt den Umstand, dass die finanziell bedeutenden Subventionen zumeist in separaten Botschaften beantragt und überprüft werden. Erwähnenswert ist weiter der Umstand, dass 10 der geprüften Subventionen Pflichtbeiträge an internationale Organisationen enthalten. Dies ist auf die besonderen Zuständigkeiten des EDA im internationalen Bereich zurückzuführen.

Aufgrund der Überprüfung hat der Bundesrat bei insgesamt 8 Subventionen einen Handlungsbedarf festgestellt und entsprechende Massnahmen beschlossen:

- Bei 4 Subventionen besteht ein Handlungsbedarf bezüglich der Zuständigkeit und/oder der Einstufung bezüglich der Kostenart (d.h. Eigen- oder Transferaufwand). Als Folge daraus werden die entsprechenden Mittel ganz oder teilweise verschoben.
- Bei 2 Subventionen wird der Bundesrat inskünftig eine regelmässige Überprüfung in einem vierjährigen Rhythmus vornehmen.
- 1 Subvention wird aufgrund ihrer geringen Bedeutung aufgehoben.
- 1 Subvention wird aus verwaltungsökonomischen Gründen in eine andere Subvention integriert.

Mit diesen Massnahmen können Einsparungen von insgesamt 0,1 Millionen erzielt werden. Hinzu kommen administrative Vereinfachungen.

## Subventionsüberprüfung

Die Grundsätze zur Entrichtung von Finanzhilfen und Abgeltungen sind im 2. Kapitel (Art. 4–10) des Bundesgesetzes über Finanzhilfen und Abgeltungen vom 5.10.1990 (Subventionsgesetz, SuG; SR 616.1) festgehalten: Subventionen sind hinreichend zu begründen, sollen ihren Zweck auf wirtschaftliche und wirkungsvolle Art erreichen, sind einheitlich und gerecht zu leisten sowie nach finanzpolitischen Erfordernissen auszugestalten.

Art. 5 SuG verpflichtet den Bundesrat, sämtliche Subventionen mindestens alle sechs Jahre periodisch zu überprüfen und dem Parlament über die Ergebnisse dieser Prüfung Rechenschaft abzulegen. Die Rechenschaftsablage findet teils im Rahmen von Botschaften, mit welchen der Bundesrat dem Parlament mehrjährige Finanzbeschlüsse oder Änderungen bestehender Subventionsbestimmungen beantragt, teils in der Staatsrechnung statt.

Grundsätzlich werden alle Subventionen überprüft und in der Staatsrechnung ausgewiesen. Bei der Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung liegt der Fokus auf denjenigen Subventionen, welche nicht in anderen Botschaften überprüft wurden. Zudem werden in diesem Rahmen die «versteckten» Subventionen, die Steuervergünstigungen, alle sechs Jahre einer vertieften Überprüfung unterzogen. Von der Überprüfung befreit sind Subventionen, deren Überprüfung nicht sinnvoll erscheint, weil sie ohnehin auslaufen (Befristung) oder weil der Bundesrat im Grundsatz bereits eine strukturelle Reform der Subvention beschlossen hat.

Jedes Jahr überprüfen ein bis zwei Departemente ihre Subventionen auf die Konformität mit dem SuG. VBS und EFD überprüfen ihre Subventionen im gleichen Jahr, da beide nur über sehr wenige Transferkredite verfügen. Daraus ergibt sich ein sechsjähriger Überprüfungszyklus.

Die Überprüfung erfolgt anhand eines standardisierten Fragebogens, mit welchem insbesondere die Begründung, der Umfang, die Ausgestaltung, die Steuerung sowie das Verfahren der Beitragsvergabe der Subventionen systematisch analysiert werden. So ist beispielsweise die Berechnungsgrundlage der Höhe des Subventionsbeitrags, die Ausgestaltung des Controllings oder die Effizienz der Beitragsvergabe zu erörtern.

Die darauf aufbauende Berichterstattung in der Staatsrechnung umfasst pro Subvention drei Abschnitte: die Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale, die kritische Würdigung und der daraus abgeleitete Handlungsbedarf. Das Umsetzungscontrolling erfolgt im Dreijahresrhythmus ebenfalls im Rahmen der Staatsrechnung.

<sup>1</sup> Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 (BBl 2012 2485); Botschaft über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren 2016–2019 (BBl 2014 9047); Botschaft über die Weiterführung von Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit 2012–2016 (BBl 2011 6311); Botschaft über die Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat 2016–2019 (BBl 2014 9229)

Zusätzliche Informationen zu den einzelnen Subventionen, insbesondere zu den rechtlichen Grundlagen, den gewährten Beträgen sowie der allfälligen Aufteilung der Mittel auf einzelne Elemente finden sich jeweils im Band 2B von Staatsrechnung und Voranschlag sowie in der Datenbank der Bundessubventionen (auf [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)).

## Überprüfte Subventionen des EDA

### Freiwillige Aktionen zugunsten des Völkerrechts

A2310.0559

Rechnung 2014: 1 422 598

#### Beschreibung

Mit dieser Finanzhilfe werden Projekte von zwischenstaatlichen Organisationen, Forschungszentren, Hochschulen, NGO und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft unterstützt, welche die Kodifizierung respektive die Einhaltung des Völkerrechts verbessern. Gemäss Bundesratsbeschluss vom 11.5.2011 können maximal 20 Prozent des Kredits für eigene Projekte der Bundesverwaltung eingesetzt werden. Die Beiträge werden nach Prüfung der eingereichten Projektbeschriebe und -budgets durch die Direktion für Völkerrecht gewährt, wobei je nach Antragssteller und dessen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit Eigenleistungen eingefordert werden. Der Bundesrat entscheidet alle 4 Jahre über die Weiterführung der Subvention.

#### Beurteilung

Die Finanzhilfe ist für die Weiterentwicklung des Völkerrechts ein wertvolles Instrument. Häufig kann mit vergleichsweise kleinen Projekten eine grosse Wirkung erzielt werden. Bei der Finanzierung von eigenen Projekten der Bundesverwaltung handelt es sich jedoch nicht um eine Subvention, sondern um Eigenaufwand.

#### Handlungsbedarf

Der für bundesinterne Projekte vorgesehene Anteil des Kredits (0,3 Mio.) wird mit dem Voranschlag 2016 in den übrigen Betriebsaufwand des EDA (Kredit A2119.0001) verschoben.

### Kommission in Korea

A2310.0560

Rechnung 2014: 958 300

#### Beschreibung

Im Rahmen des Waffenstillstandabkommens nach dem Koreakrieg wurde die Schweiz 1953 Mitglied der Neutralen Überwachungskommission (Neutral Nations Supervisory Commission NNSC). Mit dem Kredit werden Lohn/Sold, Taggeld, Versicherungs- und andere Kosten des im Rahmen der NNSC entsandten

Personals des Bundes bzw. der Armee finanziert. Seit der Jahrtausendwende sind die Kosten der NNSC über den beim EDA veranschlagten Betrag (0,9 Mio.) gestiegen. Der Mehraufwand (2013: 0,5 Mio.) wird seither aus dem Voranschlagskredit des VBS für die militärische Friedensförderung (Verteidigung, A2111.0155) gedeckt.

#### Beurteilung

Die Finanzierung bleibt so lange notwendig, wie das Waffenstillstandsabkommen in Kraft und die dadurch begründeten Kommissionen aktiv sind. Beim vorliegenden Kredit handelt es sich jedoch nicht um eine Subvention im Sinne von Artikel 3 des Subventionsgesetzes, da eigene Kosten des Bundes gedeckt werden.

#### Handlungsbedarf

Ab dem Voranschlag 2016 wird der Kredit aufgehoben und die Mittel in den bestehenden Voranschlagskredit des VBS für die militärische Friedensförderung verschoben. Nebst der Korrektur der Art der Ausgabe (Eigen- statt Transferaufwand) wird damit auch eine administrative Vereinfachung erzielt. Aufgrund der aussenpolitischen Bedeutung der Kommission schliessen EDA und VBS zur Regelung der Steuerung (z.B. Instruktion der Kommission, Berichterstattung, Wahl des Delegationsleiters) künftig eine Vereinbarung ab.

### Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden

A2310.0561

Rechnung 2014: 564 155

#### Beschreibung

Mit dieser Finanzhilfe werden Aktivitäten (Projekte, Konferenzen, Seminare, multilaterale Veranstaltungen, etc.) im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden finanziert, welche alle zwei Jahre zwischen dem Bundesrat und der NATO in einem Partnerschafts- und Kooperationsprogramm vereinbart werden. Die Aktivitäten haben zum Ziel, die Sicherheit und Stabilität im Euro-Atlantischen Raum und in anderen für die Sicherheit der Schweiz massgeblichen Regionen zu fördern.

#### Beurteilung

Durch die Finanzhilfe erlangt die Schweiz die Möglichkeit zur Mitgestaltung bei Programmen und Themen, die für sie von sicherheitspolitischem Interesse sind. Für eine qualitative Verbesserung der Steuerung der Finanzhilfe wird zurzeit ein internes Kontrollsystem (IKS) eingeführt.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Beiträge der Schweiz an die UNO

A2310.0562

Rechnung 2014: 92 654 664

#### Beschreibung

Die Finanzhilfe beinhaltet den Pflichtbeitrag (mehr als 99,5% der Subvention), den die Schweiz der UNO aufgrund ihrer Mitgliedschaft schuldet, sowie die freiwilligen Beiträge an den deutschen Übersetzerdienst und an verschiedene Bildungs- und Forschungsinstitute der Vereinten Nationen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Abrüstung (UNITAR, UNRISD, UNIDIR). Der Pflichtbeitrag wird aufgrund der Budgets der verschiedenen Bereiche (Verwaltung, friedenserhaltende Missionen, Tribunale), welche von der UNO-Generalversammlung verabschiedet werden, sowie eines jeweils für drei Jahre geltenden Beitragsschlüssels bemessen. Pflichtbeiträge werden auch für die Abrüstungskonventionen (BWC, CCW und NPT) erhoben. Bei den freiwilligen Beiträgen entscheidet der Bundesrat alle vier Jahre über die Weiterführung, wobei er die Qualität des Outputs der Empfängerinstitutionen sowie deren Bedeutung für die Schweizer Aussen- und Sitzstaatpolitik berücksichtigt.

#### Beurteilung

Die in der Bundesverfassung formulierten aussenpolitischen Ziele der Schweiz decken sich mit den in der UNO-Charta definierten Zielen. Die Schweiz nutzt die UNO als massgebliches multilaterales Forum, um ihre aussenpolitischen Ziele und Interessen zu vertreten.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Europarat, Strassburg

A2310.0563

Rechnung 2014: 8 729 682

#### Beschreibung

Die vorrangigen Ziele des Europarats sind die Verteidigung der Menschenrechte, die Stärkung der politischen Stabilität in Europa und die Suche nach gemeinsamen Lösungen für Probleme wie Korruption, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel, Diskriminierung von Minderheiten sowie Terrorismus. Die Subvention beinhaltet die Pflichtbeiträge der Schweiz an das ordentliche Budget der Organisation, an die Vorsorgeeinrichtung sowie an die Budgets der Teilabkommen, denen die Schweiz beigetreten ist.

#### Beurteilung

Die Kernthemen des Europarats sind in der schweizerischen Bundesverfassung verankert. Als Mitglied des Europarates kann die Schweiz ausserdem in verschiedensten Bereichen regelmässig Kontakte auf gleicher Ebene mit den Ländern der Europäischen Union pflegen.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE

A2310.0564

Rechnung 2014: 5 184 321

#### Beschreibung

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE ist mit ihren 57 Teilnehmerstaaten die weltweit grösste regionale Sicherheitsorganisation. Sie setzt sich für Frieden, Demokratie und Stabilität ein, in dem sie im politisch-militärischen Bereich (u.a. Rüstungskontrolle, Terrorismusbekämpfung, Konfliktverhütung und -lösung), im Wirtschafts- und Umweltbereich (u.a. Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz) und im menschlichen Bereich (u.a. Schutz der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Wahlbeobachtungen) aktiv ist. Mit dem Beitrag der Schweiz werden die Kosten des Sekretariats der Institution und die Kosten für die Präsenz in den Einsatzgebieten (Feldmissionen) mitfinanziert. Über die Rechtsnatur der OSZE bzw. ihren Status als internationale Organisation werden unterschiedliche Auffassungen vertreten. Die Beitragshöhe an den Sekretariatskosten der OSZE wird teilweise analog zur UNO und anderen internationalen Organisationen aufgrund volkswirtschaftlicher Eckwerte ermittelt, letztlich können jedoch die einzelnen Staaten die Höhe ihrer Beiträge aufgrund des Kriteriums der «politischen Natur der Organisation» individuell aushandeln. Generell zahlen die Teilnehmerstaaten östlich von Wien proportional geringere Beiträge an die Feldoperationen als die westlichen Länder.

#### Beurteilung

Die Schweiz profitiert durch ihre Mitgliedschaft direkt vom Beitrag, welcher die OSZE an die Sicherheit, Zusammenarbeit und das friedliche Zusammenleben in Europa leistet. Trotz der unklaren Rechtsnatur soll aufgrund von Aufbau und Charakter der Organisation der Beitrag der Schweiz im Voranschlag des Bundes weiterhin als Pflichtbeitrag an eine internationale Organisation behandelt werden.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Beteiligung der Schweiz an der frankophonen Zusammenarbeit

A2310.0565

Rechnung 2014: 4 937 861

#### Beschreibung

Das Ziel der internationalen Organisation der Frankophonie besteht in der Förderung und Verbreitung der Kulturen der Mitgliederstaaten und in der Intensivierung der gegenseitigen kulturellen und technischen Zusammenarbeit. Die Subvention setzt sich zusammen aus dem Mitgliederbeitrag der Schweiz sowie einem freiwilligen Beitrag, mit dem prioritäre Aktivitäten der Organisation zur Förderung von Frieden, Demokratie und Menschenrechte sowie der kulturellen und sprachlichen Diversität

finanziert werden. Die Empfänger der freiwilligen Beiträge sind private und öffentliche Institutionen in der Schweiz (NGO, Universitäten) sowie Umsetzungspartner im Ausland.

#### Beurteilung

Die Mitgliedschaft der Schweiz erlaubt es, die Präsenz der Frankophonie im In- und Ausland zu stärken. Sie bietet zudem ein nützliches Netzwerk für politische Kontakte und den multilateralen Dialog.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### UNESCO, Paris

A2310.0566

Rechnung 2014: 3 608 188

#### Beschreibung

Das Ziel der UNESCO ist es, durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt beizutragen. Die Subvention beinhaltet den durch die Mitgliedschaft der Schweiz begründeten Pflichtbeitrag an die Organisation und seit 2014 einen freiwilligen Beitrag in der Höhe von 100 000 Franken, welcher zuvor in einem separaten Voranschlagskredit für Projekte der Weltkulturgütererhaltung vorgesehen war. Mit dem freiwilligen Beitrag können besondere Anliegen der Schweiz innerhalb der UNESCO unterstützt werden.

#### Beurteilung

Zurzeit befindet sich die UNESCO in finanziellen Schwierigkeiten, da die USA und Israel seit Oktober 2011 aufgrund der Aufnahme Palästinas ihren Mitgliederbeitrag nicht bezahlt haben. Die Organisation bietet in ihren Themenbereichen dennoch einen wichtigen Raum für den politischen Dialog, setzt Normen und verfügt über operationelle Kapazitäten. Mit diesen Eigenschaften bleibt sie für die Schweiz eine wichtige Plattform.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Abrüstungsmassnahmen der Vereinten Nationen

A2310.0567

Rechnung 2014: 2 471 916

#### Beschreibung

Diese Finanzhilfe beinhaltet zum einen die Pflichtbeiträge an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) sowie an die Vorbereitungskommission der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO). Die OPCW ist für den Vollzug des Chemiewaffenübereinkommens verantwortlich, die Vorbereitungskommission ist bis zum Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot

von Nuklearversuchen (CTBT) mit dem Aufbau eines weltweiten Überwachungsnetzes beauftragt. Diese Beiträge werden nach dem Verteilschlüssel der UNO bemessen. Zum andern wird ein Beitrag in Form einer Jahrespauschale an den Schweizer Erdbebendienst der ETH Zürich für den Betrieb der seismischen Messstation in Davos geleistet, welche Teil des genannten weltweiten Überwachungsnetzes des CTBT ist. Von dieser Messstation aus werden bei Bedarf Daten zu Erderschütterungen an das internationale Zentrum in Wien gemeldet.

#### Beurteilung

Für die Schweiz, die selber keine Massenvernichtungswaffen besitzt, gehören das Chemiewaffenübereinkommen und der noch nicht in Kraft getretene Kernwaffenteststopp-Vertrag zu den sicherheitspolitisch bedeutsamsten multilateralen Abrüstungsabkommen. Die Ansiedelung des Beitrags für den Erdbebendienst im EDA erscheint hinsichtlich der Effizienz der Subventionsvergabe nicht optimal, da die Beiträge an den ETH-Bereich durch das WBF ausgerichtet und über die BFI-Botschaft gesteuert werden.

#### Handlungsbedarf

Die verwaltungsinterne Zuständigkeit für den Beitrag an den Erdbebendienst der ETH Zürich wird im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen vom EDA an das WBF übergehen. Dadurch wird dem Grundsatz gemäss Art. 57 Abs. 4 des Finanzhaushaltgesetzes (FHG; SR 611.0) Rechnung getragen, wonach ein Vorhaben grundsätzlich nur durch eine Verwaltungseinheit finanziert wird.

### Beiträge an Institutionen des internationalen Rechts

A2310.0568

Rechnung 2014: 2 471 255

#### Beschreibung

Aus diesem Kredit werden die Pflichtbeiträge an den internationalen Strafgerichtshof, an den ständigen Schiedsgerichtshof (beide mit Sitz in Den Haag) und an die internationale humanitäre Ermittlungskommission (mit Sitz in Bern) ausgerichtet. Der Internationale Strafgerichtshof verfolgt Individuen, welche die schwersten die internationale Gemeinschaft betreffenden Verbrechen begangen haben: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Der ständige Schiedsgerichtshof ist eine internationale Organisation mit über 100 Mitgliedstaaten. Er ist jedoch kein Gericht im traditionellen Sinn, sondern ein Forum, das Dienstleistungen im Rahmen der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten übernimmt. Die Internationale humanitäre Ermittlungskommission ist ein ständiges Organ der Staatengemeinschaft, das Verletzungen des humanitären Völkerrechts untersucht. Die Kommission besteht aus fünfzehn Expertinnen und Experten. Die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen führt das Sekretariat der Kommission.

*Beurteilung*

Die Schweiz hat aufgrund ihrer humanitären Tradition, ihrer Rolle als Depositarstaat der Genfer Konventionen sowie aufgrund ihres verfassungsrechtlichen Auftrags Interesse an starken und unabhängigen internationalen Gerichtsbarkeiten. Sie hat daher die Errichtung des internationalen Gerichtshofs massgeblich unterstützt.

*Handlungsbedarf*

Kein Handlungsbedarf.

A2310.0569 Beiträge an Rhein- und Meeresorganisationen  
Rechnung 2014: 1 076 007

*Beschreibung*

Die Finanzhilfe beinhaltet die durch die Mitgliedschaft der Schweiz begründeten Pflichtbeiträge an den internationalen Seegerichtshof, die internationale Meeresbodenbehörde, die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt und die internationale Seeschifffahrtsbehörde. Diese internationalen Organisationen sind verantwortlich für die Schaffung internationaler Normen im See- und Binnenschifffahrtsrecht.

*Beurteilung*

Die Mitgliedschaft der Schweiz in diesen Organisationen erlaubt die Mitarbeit bei der Ausarbeitung der international verbindlichen Normen und das Einbringen der schweizerischen Interessen.

*Handlungsbedarf*

Kein Handlungsbedarf.

**Interessenwahrung der Schweiz in internationalen Gremien**

A2310.0570  
Rechnung 2014: 1 078 720

*Beschreibung*

Mit dieser Finanzhilfe beteiligt sich der Bund an Kosten internationaler Konferenzen oder Seminare, bezieht externes Fachwissen in multilaterale Prozesse ein (z.B. durch die Finanzierung von Expertenstellen) und finanziert sog. Junior Professional Officers bei der UNO. Er leistet damit einen Beitrag zur Förderung des internationalen Dialogs über aktuelle Themen sowie zur Platzierung von Schweizer Nachwuchskräften in ausgewählten internationalen Organisationen. Die einzelnen finanziellen Beiträge werden auf Vertragsbasis festgelegt und sind zeitlich befristet.

*Beurteilung*

Die Finanzhilfe bietet ein effizientes Instrumentarium, um die Interessen und den Einfluss der Schweiz multilateral wirksam zu wahren.

*Handlungsbedarf*

Der Bundesrat hat letztmals im Jahr 2002 über die Weiterführung und Ausgestaltung dieser Subvention entschieden. Insünftig wird er im Vierjahresrhythmus über deren Weiterführung entscheiden, damit eine regelmässige Überprüfung von Sinn und Zweck sowie der Ausgestaltung der Subvention erfolgen und ggf. auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagiert werden kann.

**IOM, Internationale Organisation für Migration**

A2310.0571  
Rechnung 2014: 482 459

*Beschreibung*

Die Schweiz ist Mitglied der internationalen Organisation für Migration (IOM), einer weltweit tätigen Hilfsorganisation im Migrationsbereich, die auf nationaler und zwischenstaatlicher Ebene Hilfsprogramme für Migrantinnen und Migranten durchführt. Die Höhe des Pflichtbeitrags der Schweiz an die Organisation wird jeweils auf Basis eines Resolutionsbeschlusses des IOM-Rates bestimmt. Der Verteilschlüssel wird ab 2013 schrittweise demjenigen der UNO angeglichen.

*Beurteilung*

Mit der Mitgliedschaft leistet die Schweiz einen Beitrag für die von einer Notsituation betroffenen Menschen. Der Beitrag wird vom Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der OECD bei der Berechnung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz vollumfänglich berücksichtigt.

*Handlungsbedarf*

Kein Handlungsbedarf.

**Einsätze Bundesbedienstete in internationalen Organisationen**

A2310.0572  
Rechnung 2014: 99 565

*Beschreibung*

Aus diesem Kredit werden Leistungen an Bundesangestellte während ihres Einsatzes für eine internationale Organisation finanziert, falls die Betroffenen gegenüber ihrer Stellung vor dem Einsatz eine finanzielle Einbusse erleiden. Diese Leistungen sichern zudem ab, dass die Empfänger während ihres Einsatzes im System der schweizerischen Sozialversicherungen verbleiben können.

*Beurteilung*

Mit diesen Mitteln kann die Präsenz von Schweizerinnen und Schweizern in internationalen Organisationen gefördert werden. Da es sich bei den Empfängern jedoch um Bundesangestellte handelt, welchen für die Dauer ihres Einsatzes in einer internationalen Organisation unbezahlter Urlaub gewährt wird, sind die Leistungen des Bundes nicht als Subvention, sondern als Personalaufwand zu behandeln.

#### Handlungsbedarf

Der Subventionskredit wird mit dem Voranschlag 2016 aufgehoben und die Mittel werden in der Höhe der effektiven Beanspruchung der letzten Jahre (rund 0,3 Mio.) in den Personalaufwand des EDA überführt. Da der veranschlagte Betrag jeweils etwas höher war (0,4 Mio.), resultiert aus der Verschiebung ab 2016 eine Einsparung von 0,1 Millionen.

#### Internationales Ausstellungsbüro, Paris

A2310.0573

Rechnung 2014: 21 875

#### Beschreibung

Das internationale Ausstellungsbüro regelt und überwacht die Anwendung der Übereinkunft über die internationalen Ausstellungen (SR 0.945.11). Die Organisation finanziert sich durch Beiträge der Mitgliedstaaten sowie einen prozentualen Anteil am Erlös der Ausstellungstickets. Der Pflichtbeitrag der Schweiz berechnet sich anhand des UNO-Verteilschlüssels, welcher mit einem durch die Generalversammlung des internationalen Ausstellungsbüros jährlich festgelegten Faktor multipliziert wird.

#### Beurteilung

Mit dem Beitrag sichert sich die Schweiz ihr Mitspracherecht bei Entscheiden über die Austragungsorte von Weltausstellungen. Die Führung eines eigenen Voranschlagskredits für diesen vergleichsweise kleinen Betrag (2013: 16 800 Franken) ist aus verwaltungsökonomischer Sicht nicht optimal.

#### Handlungsbedarf

Mit dem Voranschlag 2016 wird die Subvention in den Voranschlagskredit «A2310.0570 Interessenwahrung der Schweiz in internationalen Gremien» überführt, welcher thematisch einen ähnlichen Bereich abdeckt. Damit wird der administrative Aufwand für die Kreditführung und die Berichterstattung verringert. Der Beitrag an das internationale Ausstellungsbüro wird innerhalb des neuen Kredits weiterhin transparent ausgewiesen.

#### Betreuung der Auslandschweizer

A2310.0578

Rechnung 2014: 3 263 513

#### Beschreibung

Mit dieser Finanzhilfe werden rund ein Drittel des Budgets der Auslandschweizer-Organisation (ASO) sowie die Kosten für Herausgabe, Produktion und Vertrieb der «Schweizer Revue» (Zeitschrift für die Auslandschweizer) und teilweise für die «Gazzetta Svizzera» in Italien gedeckt. Zudem erhalten der Jugenddienst der ASO und die der ASO nahestehenden Organisationen educationsuisse, Stiftung für junge Auslandschweizer SJAS und Stiftung Auslandschweizerplatz sowie der Schweizer Verein im Fürstentum Liechtenstein (Erbringung quasi-konsularischer Dienstleistungen) eine finanzielle Abgeltung. Die Leistungen, welche diese Organisationen für die Auslandschweizerinnen und

-schweizer erbringen, sind vertraglich bzw. in Leistungsvereinbarungen mit dem EDA geregelt. Der Beitrag an die ASO und Unterorganisationen erfolgt pauschal, derjenige für die Schweizer Revue mittels einer quartalsweisen Rückvergütung der effektiven Kosten.

#### Beurteilung

Diese Subventionen und die Finanzierung der Schweizer Revue dienen dazu, die Information der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sicherzustellen und ihre Beziehung untereinander und zur Schweiz zu fördern.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Stiftung Jean Monnet

A2310.0580

Rechnung 2014: 200 000

#### Beschreibung

Diese Finanzhilfe geht als Betriebsbeitrag an die Stiftung Jean Monnet für Europa, welche auf dem Universitätscampus von Lausanne situiert ist. Die Stiftung verwaltet das gesamte Archiv Jean Monnets, der als einer der Väter der Europäischen Union gilt, und erschliesst weitere private Archivbestände für die Wissenschaft. Eine reichhaltige schriftliche und audiovisuelle Dokumentation über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa ist ebenfalls Teil ihres Bestands. Daneben bietet sie ein Ort für Debatten und Begegnungen, indem sie Veranstaltungen organisiert, an denen die grossen Herausforderungen der Gegenwart durch hochrangige Vertreter aus Wissenschaft und Politik diskutiert werden. Die laufenden Kosten der Stiftung in der Höhe von knapp 1,3 Millionen Franken (Stand 2013) werden zu über 90 Prozent von der öffentlichen Hand finanziert, wovon der Kanton Waadt den grössten Teil (0,7 Mio.) trägt. Der Beitrag des EDA (0,2 Mio.) ist auf maximal 25 Prozent der Gesamtausgaben der Stiftung beschränkt. Das EDA nimmt mit einem Vertreter Einsitz im Stiftungsrat. Nebst dem EDA leistet seitens des Bundes auch das SBFI einen Beitrag an die Stiftung (0,14 Mio.).

#### Beurteilung

Die Stiftung Jean Monnet ist eine Institution von europäischer und internationaler Ausstrahlung. Sie bietet der Schweiz eine wertvolle Plattform für Austausch und Begegnung im Bereich der Europapolitik in einem positiven Kontext.

#### Handlungsbedarf

Damit eine regelmässige Überprüfung von Sinn und Zweck sowie der Ausgestaltung der Subvention erfolgen und gegebenenfalls auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagiert werden kann, wird der Bundesrat inskünftig alle vier Jahre über die Weiterführung entscheiden. Da die Strategieperiode der Stiftung bis 2016 dauert, erfolgt ein solcher Beschluss für den Zeitraum 2017–2020.

### Ausbildung von Seeleuten

A2310.0581

Rechnung 2014: 18 500

#### Beschreibung

Mit dieser Subvention wird ein Beitrag an die Ausbildungskosten angehender schweizerischer Kapitäne und Seeleute geleistet, welche eine Nautikschule besuchen. Das übergeordnete Ziel ist es, mit der Schaffung einer Flotte unter Schweizer Flagge die Versorgung der Schweiz mit lebensnotwendigen Gütern in Notzeiten aufrecht zu erhalten. Mit jährlich veranschlagten Mitteln von 20 000 Franken gehört die Finanzhilfe zu den kleinsten Subventionen, welche der Bund gewährt.

#### Beurteilung

Bereits im Subventionsbericht von 2008 hat der Bundesrat festgehalten, dass die Bedeutung der Subvention im Wesentlichen symbolischer Art sei und sie keine Erhöhung des Anteils Schweizer Seeleute am gesamten Schifffahrtspersonal bewirke. Da damals nicht ausgeschlossen werden konnte, dass der Beruf wieder an Attraktivität gewinnt, beschloss er die vorläufige Aufrechterhaltung der Subvention. Gleichzeitig hielt er fest, dass zu einem späteren Zeitpunkt auf der Grundlage der Entwicklungen gegebenenfalls eine Aufhebung zu erwägen sei. In den Jahren 2009–2013 wurden pro Jahr Beiträge in der Höhe von durchschnittlich 12 500 Franken gewährt. Die Bedeutung der Subvention blieb minim und die Verwaltungskosten (Beurteilung der Gesuche, Kontrolle der Abrechnungen, Auszahlung der Beiträge, Nachkontrollen und ggf. Rückforderungen, Berichterstattung etc.) dürfte in manchen Jahren den Betrag der Subvention übersteigen haben. Die Effizienz und Wirksamkeit dieser Subvention ist damit nicht mehr gegeben.

#### Handlungsbedarf

Die Subvention wird aufgehoben, wobei bereits bestehende Subventionsverhältnisse bis zum Abschluss der Ausbildung der entsprechenden Personen weitergeführt werden. Nach Abschluss der letzten Ausbildung wird die Verordnung über die Förderung der beruflichen Ausbildung schweizerischer Kapitäne und Seeleute (SR 747.341.2) ebenfalls aufgehoben.

### Darlehen für Ausrüstung

A4200.0124

Rechnung 2014: 774 875

#### Beschreibung

Mit dieser Finanzhilfe in Form von rückzahlbaren Darlehen wird im Ausland eingesetztes Bundespersonal bei der Anschaffung von unentbehrlicher Einrichtungs- und Ausrüstungsmöblierung sowie beim Kauf eines Personenwagens unterstützt. Bei den Darlehen für Einrichtung und Ausrüstung (z.B. Kochherd, Boiler, Kühlschrank, Waschmaschine etc.) betragen die Darlehen höchstens  $\frac{3}{4}$  des Anschaffungspreises bzw. maximal 10 000 Franken (resp. Fr. 22 000 für Personal mit Interessenwahrungsverpflichtung), wobei die Darlehen zinslos sind. Für den Kauf eines Personenwagens betragen die Darlehen je nach Personalkategorie maximal 20 000 bis 40 000 Franken und dürfen

in keinem Fall den Anschaffungswert übersteigen. Da die Anschaffung eines Autos im Gegensatz zur Wohnungseinrichtung nicht als zwingend notwendig beurteilt wird, sind auf diese Darlehen Zinsen zu entrichten.

#### Beurteilung

Die Mitarbeitenden sehen sich bei jeder Versetzung mit Investitionen konfrontiert, die ihre finanziellen Verhältnisse übersteigen können. Die Darlehen sind ein geeignetes Instrument, um entsprechende Situationen zu überbrücken. Da die monatlichen Rückzahlungen direkt vom Lohn abgezogen werden, kam es in der Vergangenheit zu keinen Zahlungsausfällen.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Darlehen Immobilienstiftung FIPOI

A4200.0125

Rechnung 2014: 3 118 567

#### Beschreibung

Diese Finanzhilfe beinhaltet einerseits zinslose Darlehen für den Bau neuer Gebäude von internationalen Organisationen, welche innert 50 Jahren rückzahlbar sind, und andererseits Darlehen zu einem Vorzugszins für die Renovation bestehender Gebäude, welche innert 30 Jahren rückzahlbar sind. Der Bund gewährt die Darlehen der Immobilienstiftung FIPOI (Fondation des Immeubles pour les Organisations Internationales), welche diese an die Organisationen weitergibt und Letztere beim jeweiligen Bauvorhaben begleitet und unterstützt. Stadt und Kanton Genf beteiligen sich an den einzelnen Vorhaben, indem sie das Bauland zur Verfügung stellen (Neubauten) oder sich an den Darlehen beteiligen (Renovationen).

#### Beurteilung

Die Bau- und Renovationsdarlehen sind ein geeignetes Instrument für die Förderung und Unterstützung des internationalen Genf, da für die internationalen Organisationen ein moderner und effizienter Immobilienpark entscheidend ist.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Nicht überprüfte Subventionen des EDA

#### Beitrag an die Erweiterung der EU

A2310.0555

Rechnung 2014: 119 869 460

Die Schweiz hat sich ab 2007 staatsvertraglich dazu verpflichtet, den neuen Mitgliedsländern der EU Beiträge zur Verminderung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu leisten. Die Programme sind zeitlich befristet und es bestehen weder bei der Höhe noch beim Verfahren der Auszahlungen Spielräume. Sollte sich der Bund an einem Folgeprogramm beteiligen wollen, so wird die Subvention im Rahmen der entsprechenden Botschaft an das Parlament überprüft.

### Swiss Taiwan Trading Group

A2310.0579

Rechnung 2014: 615 472  
Mit der Neuorganisation des Trade Office of Swiss Industries (TOSI) in Taiwan wurde diese Subvention mit dem Voranschlag 2015 aufgehoben.

### Beteiligung an der Weltbank

A4200.0126

Rechnung 2014: 12 241 214  
Die Schweiz hat sich staatsvertraglich zur Teilnahme an der Kapitalerhöhung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung verpflichtet. Die entsprechenden Auszahlungen sind zeitlich bis 2015 befristet und es bestehen weder bei der Höhe noch beim Verfahren der Auszahlungen Spielräume. Sollte sich der Bund an einer weiteren Kapitalerhöhung beteiligen wollen, so wird die Subvention im Rahmen der entsprechenden Botschaft an das Parlament überprüft.

### Beteiligungen, Regionale Entwicklungsbanken

A4200.0127

Rechnung 2014: 8 600 257  
Die Schweiz hat sich staatsvertraglich zur Teilnahme an der Kapitalerhöhung der afrikanischen, der asiatischen und der interamerikanischen Entwicklungsbank verpflichtet. Die entsprechenden Auszahlungen sind zeitlich bis 2020 befristet und es bestehen weder bei der Höhe noch beim Verfahren der Auszahlungen Spielräume. Sollte sich der Bund an weiteren Kapitalerhöhungen beteiligen wollen, so wird die Subvention im Rahmen der entsprechenden Botschaft an das Parlament überprüft.

### In anderen Botschaften überprüfte Subventionen des EDA

Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 (BBl 2012 2699):

- A2310.0547 Bestimmte Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit
- A2310.0548 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- A2310.0549 Wiederauffüllung IDA
- A2310.0550 Finanzielle Unterstützung humanitärer Aktionen
- A2310.0551 Internationales Komitee vom Roten Kreuz, Genf
- A2310.0552 Nahrungsmittelhilfe mit Milchprodukten
- A2310.0553 Nahrungsmittelhilfe mit Getreide
- A2310.0554 Osthilfe

Botschaft über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren 2016–2019 (BBl 2014 9071):

- A2310.0557 Genfer Sicherheitspolitische Zentren: GCSP/GICHHD
- A2310.0558 Genfer Sicherheitspolitische Zentren: DCAF

Botschaft zur Verlängerung und Aufstockung des Rahmenkredits zur Weiterführung von Massnahmen zur Förderung des Friedens und der menschlichen Sicherheit 2012–2016 (BBl 2015 1453):

- A2310.0556 Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte

Botschaft über die Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat 2016–2019 (BBl 2014 9270):

- A2310.0574 Infrastrukturleistungen und bauliche Sicherheitsmassnahmen
- A2310.0575 Aufgaben der Schweiz als Gastland internationaler Organisationen
- A2310.0576 Internationales Rotkreuz- und Rothalbmond-Museum, Genf
- A2310.0577 Sicherheitsdispositiv internationales Genf: diplomatische Gruppe

Diese Subventionen beliefen sich in der Rechnung 2014 auf insgesamt auf knapp 2,2 Milliarden.







## A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Brutto- schulden
2014	-124	63 876	64 000	997	64 877	63 880	-22 790	108 797
2013	1 332	65 032	63 700	27	65 136	65 109	-24 008	111 638
2012	1 262	62 997	61 736	1 705	64 041	62 336	-24 999	112 406
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 812
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 110
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 520
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 297
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

## A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

### Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>22 200</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>21 724</b>
2014	Gewinneinziehung FINMA	68	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	145		
2013	Gewinneinziehung FINMA	59	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	1 247		
2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	738	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

### Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse (zu statistischen Zwecken)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>		<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	62 833	64 535	63 735	66 338	66 245	64 089	-2 249	-3,4
2 Ausserordentliche Einnahmen	–	290	738	1 306	–	213		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	62 833	64 245	62 997	65 032	66 245	63 876	-1 156	-1,8
4 Konjunkturfaktor	1,013	1,007	1,012	1,008	1,005	1,006	-0,002	
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>63 650</b>	<b>64 695</b>	<b>63 753</b>	<b>65 552</b>	<b>66 576</b>	<b>64 259</b>	<b>-1 293</b>	<b>-2,0</b>
6 Konjunktuell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-817	-450	-756	-520	-331	-383		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	427	1 998	–	–	–	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	66	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	416	166	435	–	–	–		
<b>11 Höchstzulässige Ausgaben</b> [11=5+7-8-9-10]	<b>63 662</b>	<b>66 527</b>	<b>63 319</b>	<b>65 486</b>	<b>66 576</b>	<b>64 259</b>	<b>-1 227</b>	<b>-1,9</b>
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	59 693	64 331	61 736	63 700	66 124	64 000	300	0,5
<b>13 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [13=11-12]	<b>3 969</b>	<b>2 197</b>	<b>1 583</b>	<b>1 786</b>	<b>452</b>	<b>259</b>		

### A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
14 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	12 645	15 614	17 811	19 394	21 180		
15 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto) [=8]	–	–	–	–	–		
16 Differenz (Art. 16 FHG) [=13]	3 969	2 197	1 583	1 786	259		
<b>17 Zwischentotal</b> [17=14+15+16]	<b>16 614</b>	<b>17 811</b>	<b>19 394</b>	<b>21 180</b>	<b>21 439</b>	<b>259</b>	<b>1,2</b>
18 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
19 Inkraftsetzung Ergänzungsregel (Art. 66 FHG)	-1 000	–	–	–	–		
<b>20 Stand Ausgleichskonto per 31.12.</b> [20=17+18+19]	<b>15 614</b>	<b>17 811</b>	<b>19 394</b>	<b>21 180</b>	<b>21 439</b>	<b>259</b>	<b>1,2</b>

### A03 Stand Amortisationskonto

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
21 Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	–	416	-1 127	46	1 418		
22 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 17a FHG)	–	1 998	–	–	–		
23 Ausserordentliche Einnahmen (Art. 17a FHG)	–	-290	738	1 306	213		
24 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto) [=9]	–	–	–	66	–		
25 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen) [=10]	416	166	435	–	–		
<b>26 Stand Amortisationskonto per 31.12.</b> [26=21-22+23+24+25]	<b>416</b>	<b>-1 127</b>	<b>46</b>	<b>1 418</b>	<b>1 631</b>	<b>213</b>	<b>15,0</b>

## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
							absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>62 833</b>	<b>64 245</b>	<b>62 997</b>	<b>65 032</b>	<b>66 245</b>	<b>63 876</b>	<b>-1 156</b>	<b>-1,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 157</b>	<b>58 996</b>	<b>58 788</b>	<b>60 838</b>	<b>62 270</b>	<b>60 197</b>	<b>-641</b>	<b>-1,1</b>
Direkte Bundessteuer	17 886	17 891	18 342	18 353	20 113	17 975	-378	-2,1
Verrechnungssteuer	4 723	4 861	4 335	5 942	4 837	5 631	-311	-5,2
Stempelabgaben	2 855	2 857	2 136	2 143	2 300	2 148	5	0,2
Mehrwertsteuer	20 672	21 642	22 050	22 561	22 960	22 614	53	0,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	7 341	7 543	7 414	7 480	7 342	-72	-1,0
Mineralölsteuern	5 134	5 020	5 033	5 005	4 980	4 972	-34	-0,7
Tabaksteuer	2 356	2 208	2 397	2 295	2 387	2 257	-38	-1,7
Biersteuer	112	113	113	113	113	113	0	-0,2
Verkehrsabgaben	2 210	2 323	2 293	2 242	2 273	2 212	-30	-1,3
Automobilsteuer	373	408	412	369	410	354	-15	-4,0
Nationalstrassenabgabe	347	360	352	356	363	364	8	2,4
Schwerverkehrsabgabe	1 490	1 555	1 529	1 517	1 500	1 493	-24	-1,6
Zölle	1 079	1 046	1 044	1 059	990	1 068	9	0,9
Spielbankenabgabe	381	376	329	308	350	285	-22	-7,3
Lenkungsabgaben	748	660	716	816	964	919	103	12,6
Lenkungsabgabe VOC	123	127	125	129	125	118	-11	-8,8
Altlastenabgabe	36	35	35	38	36	42	4	10,1
Lenkungsabgabe CO2	589	498	556	649	803	760	110	17,0
Übrige Fiskaleinnahmen	0	-	-	-	3	3	3	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 391</b>	<b>1 410</b>	<b>938</b>	<b>922</b>	<b>899</b>	<b>591</b>	<b>-331</b>	<b>-35,9</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	243	269	267	242	244	236	-5	-2,2
Gewinnausschüttung SNB	833	833	333	333	333	-	-333	-100,0
Zunahme des Münzumlafs	74	54	87	93	92	89	-4	-4,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	209	221	218	220	209	239	19	8,8
Übrige Regalien und Konzessionen	32	33	33	34	21	26	-8	-24,4
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 233</b>	<b>1 601</b>	<b>1 328</b>	<b>1 179</b>	<b>1 115</b>	<b>1 068</b>	<b>-110</b>	<b>-9,4</b>
Zinseinnahmen	360	369	353	237	251	230	-8	-3,2
Finanzanlagen	11	24	40	16	18	12	-4	-22,6
Darlehen	67	64	58	52	77	55	4	7,0
Bevorschussung an FinöV-Fonds	204	193	176	165	151	158	-8	-4,8
Übrige Zinseinnahmen	77	88	79	4	5	5	0	7,6
Kursgewinne	82	169	107	85	-	57	-28	-33,3
Beteiligungseinnahmen	790	838	867	853	864	781	-72	-8,5
Übrige Finanzeinnahmen	1	226	1	3	1	1	-3	-80,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 720</b>	<b>1 645</b>	<b>1 721</b>	<b>1 806</b>	<b>1 772</b>	<b>1 747</b>	<b>-59</b>	<b>-3,3</b>
Entgelte	1 272	1 200	1 251	1 331	1 326	1 290	-41	-3,1
Wehrpflichtersatzabgabe	155	157	160	163	165	174	11	6,5
Gebühren	217	225	241	252	248	247	-5	-2,0
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	78	76	78	73	67	76	3	4,0
Verkäufe	128	101	91	95	120	111	15	16,1
Rückerstattungen	108	132	130	134	124	113	-21	-15,3
EU Zinsbesteuerung	120	97	114	139	141	115	-24	-17,0
Übrige Entgelte	466	411	436	475	462	454	-20	-4,3
Verschiedene Einnahmen	447	445	469	475	446	457	-19	-3,9
Einnahmen aus Liegenschaften	376	361	386	398	369	369	-29	-7,3
Übrige verschiedene Einnahmen	71	84	83	77	77	88	10	13,5
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>333</b>	<b>593</b>	<b>222</b>	<b>286</b>	<b>189</b>	<b>272</b>	<b>-14</b>	<b>-4,9</b>
Veräusserung von Sachanlagen	78	45	50	131	52	71	-60	-46,0
Rückzahlung von Darlehen	237	186	172	155	137	199	44	28,7
Übrige Investitionseinnahmen	18	362	1	1	-	3	2	301,5

## B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>2,4</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>0,7</b>
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8	0,2
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5	5,0
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-9,1
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4	1,5
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1	0,0
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3	-0,3
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3	0,7
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3	0,1
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6	-1,6
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3	-4,7
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8	0,4
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9	-1,3
Kombinierter Verkehr	-	-	-	-100,0	-	-
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1	0,7
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3	-8,8
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5	11,7
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0	-2,4
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5	5,7
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	-	15,1
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>-0,6</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>1,2</b>	<b>-25,2</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9	-4,3
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-	-100,0
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	4,4	18,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3	2,8
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1	-7,5
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>23,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>5,8</b>	<b>-12,6</b>
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	-14,6
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	-20,0
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	-5,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	1,6	-6,5
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-62,1
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4	-30,5
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3	-2,3
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8	-85,9
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>-5,5</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>-1,8</b>	<b>2,0</b>
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	2,5
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4	3,3
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4	3,2
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1	0,0
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8	3,1
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	-5,0
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3	5,7
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3	3,4
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3	0,9
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1	0,7
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7	1,5
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>61,1</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>12,9</b>	<b>-22,9</b>
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7	16,1
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	2,2
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4	-80,9



### B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>86,8</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>92,0</b>	<b>93,7</b>
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2	28,5
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1	8,3
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,3
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8	35,0
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8	11,6
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2	7,8
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,6
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5	3,5
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4	2,4
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,7
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6	0,5
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,3
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	–	0,4	1,0
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>1,3</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,3
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,4
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8	0,4
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1	0,0
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2	0,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>7,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	2,0
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,1
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>0,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,4</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0

**B21 Ausgaben nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>59 266</b>	<b>62 333</b>	<b>61 736</b>	<b>63 700</b>	<b>66 124</b>	<b>64 000</b>	<b>300</b>	<b>0,5</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 487</b>	<b>9 789</b>	<b>9 940</b>	<b>10 456</b>	<b>10 790</b>	<b>10 051</b>	<b>-405</b>	<b>-3,9</b>
Personalausgaben	4 894	4 945	5 070	5 459	5 482	5 371	-88	-1,6
Personalbezüge	3 998	4 024	4 111	4 213	4 386	4 334	121	2,9
Arbeitgeberbeiträge	781	804	842	1 127	958	918	-208	-18,5
Arbeitgeberleistungen	53	47	39	34	47	35	2	4,8
Übrige Personalausgaben	62	70	79	85	92	83	-3	-3,0
Sach- und Betriebsausgaben	3 592	3 682	3 873	4 030	4 082	3 880	-150	-3,7
Material- und Warenausgaben	46	39	39	40	53	50	10	26,0
Betriebsausgaben	3 126	3 233	3 371	3 516	3 554	3 376	-140	-4,0
Liegenschaften	287	282	292	311	314	323	13	4,1
Mieten und Pachten	149	176	170	172	195	181	9	5,4
Informatik	470	496	471	477	570	491	14	2,9
Beratung und Auftragsforschung	239	222	232	234	282	241	7	2,9
Betriebsausgaben der Armee	863	928	967	933	889	888	-45	-4,8
Verluste auf Forderungen	189	217	287	381	167	197	-184	-48,2
Übrige Betriebsausgaben	929	913	951	1 008	1 136	1 054	46	4,6
Betrieblicher Unterhalt	420	409	464	475	475	454	-21	-4,4
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 001	1 163	997	968	1 226	801	-167	-17,2
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	111	95	86	95	90	103	8	8,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	316	307	317	344	330	309	-35	-10,1
Rüstungsmaterial	575	761	594	529	806	389	-140	-26,4
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>39 536</b>	<b>42 494</b>	<b>42 882</b>	<b>43 720</b>	<b>45 299</b>	<b>44 352</b>	<b>632</b>	<b>1,4</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 705	8 549	8 687	8 741	9 263	8 903	162	1,9
Kantonsanteile	4 436	4 466	4 477	4 579	4 816	4 520	-60	-1,3
Anteile der Sozialversicherungen	2 694	3 519	3 734	3 811	3 834	3 772	-39	-1,0
Rückverteilung	576	564	477	351	613	611	260	74,3
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	801	856	1 036	1 003	1 106	1 040	37	3,7
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	2 971	3 093	2 950	3 005	3 024	74	2,5
Beiträge an Dritte	13 616	14 316	14 594	15 237	15 680	15 288	52	0,3
Finanzausgleich	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	3 185	8	0,2
Internationale Organisationen	1 602	1 760	1 824	2 021	1 982	1 760	-260	-12,9
Übrige Beiträge an Dritte	9 114	9 507	9 668	10 039	10 513	10 343	305	3,0
Beiträge an Sozialversicherungen	14 564	15 802	15 472	15 789	16 245	16 097	308	2,0
AHV / IV / ALV	11 055	12 124	11 711	11 981	12 312	12 195	214	1,8
Übrige Sozialversicherungen	3 508	3 677	3 761	3 808	3 933	3 902	94	2,5
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 972</b>	<b>2 605</b>	<b>1 906</b>	<b>2 167</b>	<b>2 174</b>	<b>1 951</b>	<b>-215</b>	<b>-9,9</b>
Zinsausgaben	2 834	2 380	1 736	2 125	2 149	1 887	-239	-11,2
Anleihen	2 595	2 178	1 610	2 024	2 022	1 806	-218	-10,8
Geldmarktbuchforderungen	3	5	-	-	21	-	-	-
Übrige Zinsausgaben	236	196	126	101	106	81	-20	-19,9
Kursverluste	54	88	44	30	-	49	18	60,4
Kapitalbeschaffungsausgaben	83	137	53	10	15	6	-4	-40,3
Übrige Finanzausgaben	2	0	73	1	10	10	9	667,5

**B21 Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
							absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 270</b>	<b>7 444</b>	<b>7 007</b>	<b>7 357</b>	<b>7 860</b>	<b>7 645</b>	<b>288</b>	<b>3,9</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 585	2 270	2 359	2 693	2 704	2 838	145	5,4
Liegenschaften	596	637	659	765	741	732	-33	-4,3
Mobilien und Vorräte	283	230	239	284	276	214	-70	-24,8
Nationalstrassen	1 706	1 403	1 461	1 644	1 687	1 892	248	15,1
Immaterielle Anlagen	46	50	47	39	52	44	5	12,4
Darlehen	307	854	480	423	457	438	15	3,6
Beteiligungen	30	110	20	23	21	21	-2	-8,1
Eigene Investitionsbeiträge	4 302	4 160	4 101	4 179	4 625	4 304	125	3,0
Fonds für	1 604	1 401	1 282	1 487	1 456	1 410	-77	-5,2
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 699	2 759	2 819	2 692	3 169	2 894	202	7,5

**B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen**

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>0,9</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>0,8</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>3,7</b>	<b>0,9</b>
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,6	2,8
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,5
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1	4,5
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	-9,2
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9	5,8
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	6,7	1,8
Material- und Warenausgaben	-	-	78,3	38,5	-3,7	8,1
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7	1,5
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	4,7
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2	1,1
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9	-0,3
Beratung und Auftragsforschung	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0	2,8
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0	-1,5
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	-0,8	-3,2
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	4,9
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	-	3,5
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	-11,7
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	2,6
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5	0,3
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	-20,0
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>4,8</b>	<b>1,4</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,2	1,4
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1	0,4
Anteile der Sozialversicherungen	-	-	10,5	7,4	9,2	2,3
Rückverteilung Lenkungsabgaben	-	-	-	50,7	40,0	2,7
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-3,0	6,7
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1	0,6
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	2,2
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,5
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9	0,0
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1	2,9
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2	0,6
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5	0,2
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3	2,0
<b>Finanzausgaben</b>	<b>11,1</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-10,2</b>	<b>-9,2</b>
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-11,3	-7,4
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9	-6,1
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	-100,0
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	-25,5
Kursverluste	-	-	-	-	12,8	-17,9
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	11,4	-65,2
Übrige Finanzausgaben	-	-	-	-	-75,1	542,4
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>-1,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,4</b>	<b>0,9</b>
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	26,9	7,7
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4	4,7
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	-2,4
Nationalstrassen	-	-	-	-	-	10,5
Immaterielle Anlagen	-	-	-	3,0	40,6	-4,1
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	22,8	-19,9
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	33,3	-42,5
Eigene Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,3	1,1
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	-	0,2
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7	1,6
Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-	-	-	-	-

**B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen**

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>25,4</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,0</b>	<b>16,1</b>
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,1	8,4
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2	1,5
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0	6,2
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3	5,4
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,8
Beratung und Auftragsforschung	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,5
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,7
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9	1,5
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	0,8
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>54,6</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>66,6</b>	<b>69,1</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	13,0	13,9
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6	7,2
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	6,0
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,8
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,6
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	4,8
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,8	23,8
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	5,0
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7	3,0
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3	15,9
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,7	25,0
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9	18,9
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,1
<b>Finanzausgaben</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>5,3</b>	<b>3,2</b>
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,1	3,0
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6	2,9
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	–
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,2
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,0
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,0
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>12,8</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>12,1</b>	<b>11,6</b>
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	4,2
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0	1,1
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,6
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,9	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0
Eigene Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,6
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,2
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3	4,4

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>59 266</b>	<b>62 333</b>	<b>61 736</b>	<b>63 700</b>	<b>66 124</b>	<b>64 000</b>	<b>300</b>	<b>0,5</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 460</b>	<b>2 490</b>	<b>2 501</b>	<b>2 489</b>	<b>2 682</b>	<b>2 605</b>	<b>116</b>	<b>4,7</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 460	2 490	2 501	2 489	2 682	2 605	116	4,7
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>910</b>	<b>950</b>	<b>961</b>	<b>1 053</b>	<b>1 109</b>	<b>1 023</b>	<b>-30</b>	<b>-2,8</b>
Allgemeines Rechtswesen	76	77	82	83	86	82	-1	-1,7
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	354	397	390	427	484	443	16	3,8
Grenzkontrollen	314	314	327	378	354	331	-47	-12,5
Gerichte	166	161	163	165	185	167	3	1,7
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 607</b>	<b>3 214</b>	<b>2 979</b>	<b>3 292</b>	<b>3 569</b>	<b>3 508</b>	<b>216</b>	<b>6,6</b>
Politische Beziehungen	726	720	713	789	757	766	-23	-2,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 761	2 358	2 106	2 290	2 483	2 491	200	8,8
Wirtschaftliche Beziehungen	75	81	78	212	329	251	38	17,9
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	44	55	82	-	-	-	-	-
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 395</b>	<b>4 533</b>	<b>4 428</b>	<b>4 789</b>	<b>4 856</b>	<b>4 348</b>	<b>-441</b>	<b>-9,2</b>
Militärische Landesverteidigung	4 292	4 417	4 306	4 665	4 733	4 226	-439	-9,4
Nationale Sicherheitskooperation	103	116	122	124	123	122	-2	-1,6
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>6 067</b>	<b>6 509</b>	<b>6 664</b>	<b>6 894</b>	<b>7 201</b>	<b>6 952</b>	<b>58</b>	<b>0,8</b>
Berufsbildung	691	751	844	845	891	857	12	1,4
Hochschulen	1 833	1 891	1 923	2 001	2 082	2 121	120	6,0
Grundlagenforschung	2 350	2 506	2 536	2 608	2 698	2 749	141	5,4
Angewandte Forschung	1 164	1 331	1 334	1 408	1 498	1 193	-215	-15,3
Übriges Bildungswesen	28	29	28	31	32	31	0	0,8
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>413</b>	<b>429</b>	<b>450</b>	<b>502</b>	<b>500</b>	<b>490</b>	<b>-12</b>	<b>-2,4</b>
Kulturerhaltung	106	104	116	122	123	126	3	2,7
Kulturförderung	126	128	125	125	131	122	-3	-2,2
Sport	138	153	143	190	179	177	-13	-6,7
Medienpolitik	44	44	65	65	67	65	0	-0,2
<b>Gesundheit</b>	<b>228</b>	<b>210</b>	<b>212</b>	<b>219</b>	<b>229</b>	<b>226</b>	<b>7</b>	<b>3,4</b>
Gesundheit	228	210	212	219	229	226	7	3,4
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>18 454</b>	<b>20 557</b>	<b>20 668</b>	<b>21 106</b>	<b>21 763</b>	<b>21 414</b>	<b>309</b>	<b>1,5</b>
Altersversicherung	9 935	10 184	10 339	10 621	10 856	10 748	127	1,2
Invalidenversicherung	3 523	4 671	4 821	4 873	5 015	4 920	47	1,0
Krankenversicherung	2 008	2 150	2 186	2 215	2 286	2 273	58	2,6
Ergänzungsleistungen	1 271	1 305	1 366	1 389	1 446	1 435	46	3,3
Militärversicherung	216	221	213	217	216	210	-7	-3,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	439	941	456	476	499	499	23	4,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	126	84	80	95	105	96	1	1,0
Migration	885	937	1 145	1 159	1 276	1 174	16	1,3
Soziale Hilfe und Fürsorge	51	64	61	59	64	58	-1	-2,4
<b>Verkehr</b>	<b>8 225</b>	<b>8 062</b>	<b>8 130</b>	<b>8 224</b>	<b>8 549</b>	<b>8 429</b>	<b>206</b>	<b>2,5</b>
Strassenverkehr	2 914	2 589	2 841	2 806	3 063	3 117	311	11,1
Öffentlicher Verkehr	5 215	5 341	5 129	5 262	5 299	5 158	-104	-2,0
Luftfahrt	96	132	160	156	188	155	-1	-0,6

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
							absolut	%
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>1 164</b>	<b>1 151</b>	<b>1 132</b>	<b>1 007</b>	<b>1 329</b>	<b>1 210</b>	<b>203</b>	<b>20,2</b>
Umwelt	792	762	696	605	860	835	230	38,0
Schutz vor Naturgefahren	262	271	290	265	312	237	-28	-10,6
Naturschutz	96	103	131	122	143	123	1	0,9
Raumordnung	14	14	16	15	15	15	0	-1,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 666</b>	<b>3 663</b>	<b>3 711</b>	<b>3 706</b>	<b>3 719</b>	<b>3 693</b>	<b>-13</b>	<b>-0,4</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 666	3 663	3 711	3 706	3 719	3 693	-13	-0,4
<b>Wirtschaft</b>	<b>568</b>	<b>608</b>	<b>519</b>	<b>505</b>	<b>655</b>	<b>634</b>	<b>128</b>	<b>25,4</b>
Wirtschaftsordnung	119	120	137	126	140	127	1	1,1
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	168	234	138	133	139	132	-1	-0,8
Energie	280	254	244	246	376	374	128	51,9
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>10 111</b>	<b>9 954</b>	<b>9 380</b>	<b>9 916</b>	<b>9 963</b>	<b>9 469</b>	<b>-446</b>	<b>-4,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	4 238	4 300	4 375	4 574	4 606	4 335	-238	-5,2
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 972	2 605	1 904	2 164	2 172	1 949	-216	-10,0
Finanzausgleich	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	3 185	8	0,2

### B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>0,9</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,1</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>3,6</b>	<b>1,5</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	1,5
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>4,7</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>4,0</b>	<b>2,5</b>
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	1,8
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3	3,7
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8	1,7
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3	1,4
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>9,0</b>	<b>3,0</b>
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1	2,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9	1,8
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3	45,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1	-100,0
<b>Landesverteidigung</b>	<b>-1,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>1,2</b>	<b>-1,4</b>
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	-1,5
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0	1,8
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>6,9</b>	<b>2,2</b>
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7	4,5
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9	3,9
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1	3,1
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4	-3,6
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	2,6
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,5</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-1,7</b>	<b>4,5</b>
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5	6,5
Kulturförderung	-6,5	18,6	1,6	-9,5	0,9	-1,6
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3	5,0
Medienpolitik	-	87,5	1,8	-5,2	-18,9	13,7
<b>Gesundheit</b>	<b>7,0</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>-5,5</b>	<b>2,4</b>
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	2,4
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>5,0</b>	<b>1,4</b>
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	1,8
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0	1,8
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3	1,9
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4	3,2
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	-1,7
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8	-19,0
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	4,5
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3	7,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3	-3,3
<b>Verkehr</b>	<b>3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,3</b>	<b>1,5</b>
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	6,4
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3	-1,2
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0	5,5
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>-4,1</b>	<b>0,0</b>	<b>5,2</b>	<b>-2,1</b>	<b>13,4</b>	<b>1,7</b>
Umwelt	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2	3,1
Schutz vor Naturgefahren	-4,8	-3,3	8,2	-7,9	1,5	-4,4
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9	6,0
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7	1,8
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3,7</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,3
<b>Wirtschaft</b>	<b>-10,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>4,6</b>	<b>-6,1</b>	<b>14,2</b>	<b>1,4</b>
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0	1,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-17,4
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1	13,8
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>0,5</b>	<b>-1,7</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0	0,3
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-9,2
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,5



### B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>	<b>4,0</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,6</b>	<b>5,2</b>
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,6
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,0
<b>Landesverteidigung</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>7,6</b>	<b>7,2</b>
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4	7,0
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>10,0</b>	<b>10,8</b>
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,2
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,2
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0	2,1
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung	0,2	0,3	0,6	0,2	0,2	0,2
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3
Medienpolitik	0,0	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>25,5</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>31,5</b>	<b>33,4</b>
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,7
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5	7,7
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,5
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9	0,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,1
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,8</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,5</b>	<b>13,1</b>
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,6
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8	8,2
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>
Umwelt	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9	1,1
Schutz vor Naturgefahren	0,8	0,6	0,8	0,5	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,0</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,2</b>	<b>5,9</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,9
<b>Wirtschaft</b>	<b>1,2</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>14,3</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>17,5</b>	<b>15,2</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3	7,0
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,2
Finanzausgleich	-	-	-	-	4,9	5,0

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2014**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2014	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>64 000</b>	<b>2 605</b>	<b>1 023</b>	<b>3 508</b>	<b>4 348</b>	<b>6 952</b>	<b>490</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 051</b>	<b>2 206</b>	<b>807</b>	<b>790</b>	<b>3 835</b>	<b>246</b>	<b>129</b>
Personalausgaben	5 371	1 391	702	611	1 498	149	95
Sach- und Betriebsausgaben	3 880	817	105	180	1 534	97	34
Rüstungsausgaben	801	–	–	–	801	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	-2	–	–	2	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>44 352</b>	<b>30</b>	<b>152</b>	<b>2 692</b>	<b>132</b>	<b>6 330</b>	<b>320</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 903	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 040	–	62	–	17	–	5
Beiträge an eigene Institutionen	3 024	–	4	0	–	2 513	128
Beiträge an Dritte	15 288	30	85	2 691	115	3 817	187
Beiträge an Sozialversicherungen	16 097	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 951</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 645</b>	<b>366</b>	<b>64</b>	<b>26</b>	<b>381</b>	<b>376</b>	<b>41</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 838	350	14	–	381	192	1
Immaterielle Anlagen	44	16	6	1	–	–	1
Darlehen	438	–	–	4	–	–	–
Beteiligungen	21	–	–	21	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 304	–	45	–	–	183	39

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>226</b>	<b>21 414</b>	<b>8 429</b>	<b>1 210</b>	<b>3 693</b>	<b>634</b>	<b>9 469</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>140</b>	<b>529</b>	<b>698</b>	<b>171</b>	<b>121</b>	<b>191</b>	<b>189</b>
Personalausgaben	70	335	193	111	91	124	–
Sach- und Betriebsausgaben	70	193	504	60	31	67	189
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>84</b>	<b>20 854</b>	<b>2 045</b>	<b>783</b>	<b>3 433</b>	<b>166</b>	<b>7 332</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 772	373	611	–	–	4 147
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	921	26	–	2	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	346	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	67	136	1 300	171	3 360	145	3 185
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 026	–	–	72	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>1 949</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>3</b>	<b>32</b>	<b>5 687</b>	<b>255</b>	<b>138</b>	<b>276</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 894	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	0	2	17	0	1	0	–
Darlehen	–	30	356	3	46	–	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	1	–	3 421	250	89	276	–

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2013**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2013	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>63 700</b>	<b>2 489</b>	<b>1 053</b>	<b>3 292</b>	<b>4 789</b>	<b>6 894</b>	<b>502</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 456</b>	<b>2 120</b>	<b>859</b>	<b>789</b>	<b>4 145</b>	<b>247</b>	<b>124</b>
Personalausgaben	5 459	1 350	734	631	1 624	147	91
Sach- und Betriebsausgaben	4 030	790	105	158	1 554	100	33
Rüstungsausgaben	968	–	–	–	968	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	-21	21	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>43 720</b>	<b>16</b>	<b>149</b>	<b>2 478</b>	<b>154</b>	<b>6 351</b>	<b>339</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 741	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 003	–	61	–	16	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 950	–	4	–	–	2 421	128
Beiträge an Dritte	15 237	16	84	2 478	137	3 930	207
Beiträge an Sozialversicherungen	15 789	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 167</b>	<b>2</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 357</b>	<b>350</b>	<b>44</b>	<b>25</b>	<b>490</b>	<b>296</b>	<b>39</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 693	343	17	0	490	190	3
Immaterielle Anlagen	39	7	2	1	0	0	0
Darlehen	423	–	–	1	–	–	–
Beteiligungen	23	–	–	23	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 179	–	25	–	–	107	36

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>219</b>	<b>21 106</b>	<b>8 224</b>	<b>1 007</b>	<b>3 706</b>	<b>505</b>	<b>9 916</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>133</b>	<b>495</b>	<b>714</b>	<b>164</b>	<b>121</b>	<b>176</b>	<b>369</b>
Personalausgaben	64	317	187	106	89	119	–
Sach- und Betriebsausgaben	69	178	528	58	32	56	369
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>81</b>	<b>20 578</b>	<b>2 041</b>	<b>544</b>	<b>3 442</b>	<b>165</b>	<b>7 383</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 811	374	351	–	–	4 205
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	891	25	–	2	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	364	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	66	164	1 278	192	3 363	143	3 178
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 712	–	–	77	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>2 164</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>4</b>	<b>32</b>	<b>5 469</b>	<b>299</b>	<b>143</b>	<b>165</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 645	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	1	3	23	1	1	–	–
Darlehen	–	29	341	1	52	–	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	3	0	3 461	295	88	164	–

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand</b>		<b>1 234</b>	<b>1 285</b>	<b>1 179</b>	<b>-55</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>		<b>265</b>	<b>260</b>	<b>253</b>	<b>-12</b>
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	129	125	118	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	1	1	1	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	-124	-130	-130	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds</b>		<b>56</b>	<b>84</b>	<b>58</b>	<b>2</b>
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	428	533	505	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	1	0	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	-1	0	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-227	-480	-478	
810	A4300.0150 Einlage Technologiefonds	-25	-25	-25	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm</b>		<b>25</b>	<b>41</b>	<b>27</b>	<b>2</b>
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	214	267	253	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	0	0	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	0	0	
810	A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-93	-196	-211	
805	A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-46	-55	-39	
<b>Sanktion CO<sub>2</sub>-Verminderung PW, Rückverteilung</b>		<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-3</b>
805	E1100.0124 (Teil) Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	0	-	0	
805	E1400.0116 (Teil) Zinsen auf Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	0	-	-	
805	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	0	-	-	
810	A2300.0114 Rückverteilung Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung PW an Bevölkerung	-	-3	-3	
<b>Sanktion CO<sub>2</sub>-Verminderung PW, Infrastrukturfonds</b>		<b>7</b>	<b>9</b>	<b>7</b>	<b>0</b>
805	E1100.0124 (Teil) Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	5	2	0	
805	E1400.0116 (Teil) Zinsen auf Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	0	0	0	
806	E5300.0113 (Teil) Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	2	1	1	
805	A2400.0106 Zinsen Rückerstattung auf Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung PW	-	0	0	
805	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	0	0	-1	
805	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	0	
806	A6100.0001 (Teil) Funktionsaufwand (Globalbudget)	-1	-1	-1	
<b>Spielbankenabgabe</b>		<b>637</b>	<b>658</b>	<b>593</b>	<b>-44</b>
417	E1100.0122 Spielbankenabgabe	308	350	285	
417	A2300.0113 Spielbankenabgabe für die AHV	-376	-329	-329	
<b>Altlastenfonds</b>		<b>144</b>	<b>137</b>	<b>144</b>	<b>0</b>
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	38	36	42	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-62	-42	-41	
810	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-1	-1	-1	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>		<b>55</b>	<b>55</b>	<b>55</b>	<b>0</b>
724	E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	-	0	
724	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-	0	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>		<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0</b>
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)</b>		<b>9</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>1</b>
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	3	2	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-2	-2	-1	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	0	0	0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-1	-1	-1	

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Filmförderung</b>					
306	E1300.0146	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	–	0	0
306	A2310.0454	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	0	-1	-1
<b>Krankenversicherung</b>					
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	908	924	910
606	E1100.0109 (Teil)	Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	90	140	140
316	A2310.0110 (Teil)	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-998	-1 064	-1 050
<b>Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung</b>					
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 318	2 363	2 323
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	1 117	1 142	1 119
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	475	487	476
606	E1100.0102	Tabaksteuer	2 295	2 387	2 257
601	E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	242	244	236
318	A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	} -3 012	-3 118	-2 969
318	A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV			
318	A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV			
318	A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV			
318	A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen			
605	A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 318	-2 363	-2 323
605	A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-1 117	-1 142	-1 119

Hinweise:

– Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

– Die Bundeskriegstransportversicherung in der Höhe von 54,6 Millionen wurde im Rechnungsjahr 2013 vom Eigenkapital ins Fremdkapital transferiert.

**B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>4 891</b>	<b>5 098</b>	<b>5 279</b>	<b>388</b>
<b>Spezialfinanzierung Strassenverkehr</b>	<b>2 036</b>	<b>1 718</b>	<b>1 809</b>	<b>-227</b>
Einnahmen	3 786	3 769	3 769	
Ausgaben	-3 828	-4 087	-3 996	
<b>Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO</b>	<b>2 805</b>	<b>3 331</b>	<b>3 398</b>	<b>594</b>
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	549	526	594	
<b>Spezialfinanzierung Luftverkehr</b>	<b>51</b>	<b>50</b>	<b>72</b>	<b>21</b>
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	20	21	21	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	27	29	28	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-21	-28	-25	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-6	-14	-1	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	0	-8	-1	
<b>Überwachung Tierseuchen</b>	<b>-</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
708 E1100.0123 Schlachtabgabe	-	3	3	
341 A2310.0500 Überwachung Tierseuchen	-	-3	-3	

Hinweis:

- Die Bundeskriegstransportversicherung in der Höhe von 54,6 Millionen wurde im Rechnungsjahr 2013 vom Eigenkapital ins Fremdkapital transferiert.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
				absolut	%
<b>Einnahmen</b>	<b>3 786</b>	<b>3 769</b>	<b>3 769</b>	<b>-17</b>	<b>-0,4</b>
606 A2111.0141 Aufwandsentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-32	-33	-33	-1	3,3
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-2	-5	-2	0	-2,8
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 474	1 467	1 465	-9	-0,6
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 967	1 957	1 955	-12	-0,6
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	356	363	364	8	2,4
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	7	6	8	2	23,5
806 E5100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	9	10	10	1	6,8
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	7	5	1	-5	-80,5
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	0	0,0
<b>Ausgaben</b>	<b>3 821</b>	<b>4 087</b>	<b>3 996</b>	<b>175</b>	<b>4,6</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 461</b>	<b>1 623</b>	<b>1 650</b>	<b>189</b>	<b>12,9</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	353	353	346	-6	-1,8
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 108	1 270	1 304	196	17,6
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>1 026</b>	<b>1 029</b>	<b>1 029</b>	<b>3</b>	<b>0,3</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	1 026	1 029	1 029	3	0,3
<b>Hauptstrassen</b>	<b>172</b>	<b>174</b>	<b>174</b>	<b>2</b>	<b>1,0</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	172	174	174	2	1,0
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>477</b>	<b>535</b>	<b>471</b>	<b>-6</b>	<b>-1,2</b>
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	166	165	163	-3	-1,6
802 A2310.0215 Autoverlad	3	2	2	0	-7,7
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	15	14	14	-1	-6,2
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	2	2	2	-1	-25,0
802 A4300.0121 Anschlussgleise	12	18	18	5	43,1
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	277	309	266	-11	-3,9
802 A4300.0141 Terminalanlagen	1	25	6	4	272,9
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>374</b>	<b>373</b>	<b>373</b>	<b>-1</b>	<b>-0,4</b>
806 A6200.0152 Allgemeine Strassenbeiträge	367	366	365	-1	-0,4
806 A6200.0153 Kantone ohne Nationalstrassen	7	7	7	0	-0,4
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>148</b>	<b>174</b>	<b>154</b>	<b>7</b>	<b>4,5</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	147	169	153	6	4,0
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1	5	2	1	76,3
<b>Umweltschutz</b>	<b>108</b>	<b>110</b>	<b>98</b>	<b>-10</b>	<b>-9,3</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	-5,6
810 A2310.0134 Wald	50	48	50	0	-0,3
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	20	24	20	0	-2,2
810 A4300.0139 Lärmschutz	37	38	28	-9	-25,4

**B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2012	
				absolut	%
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>0,4</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	0,0
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	2,8
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>41</b>	<b>53</b>	<b>32</b>	<b>-9</b>	<b>-21,3</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	41	53	32	-9	-21,3
<b>Saldo</b>	<b>-35</b>	<b>-318</b>	<b>-227</b>	<b>-192</b>	
<b>Neubeurteilung Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr 2012</b>	<b>6</b>				
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>2 036</b>	<b>1 718</b>	<b>1 809</b>	<b>-227</b>	<b>-11,2</b>

Hinweis:

– Die Abgeltung an den nicht-alpenquerenden Schienengüterverkehr wird der Spezialfinanzierung Strassenverkehr nur zu jenem Teil belastet, der in die Förderung des Kombinierten Verkehrs fliesst. Der Beitrag an den Einzelwagenladungsverkehr von SBB Cargo geht hingegen nicht zu Lasten der SFSV. Im Rechnungsjahr 2012 wurde der SFSV fälschlicherweise der gesamte Beitrag an SBB Cargo (also auch jener für deren KV-Angebote) nicht belastet, weshalb im Jahr 2013 eine einmalige Nachbelastung von 6,5 Millionen erfolgt.



## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut %	
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>63 523</b>	<b>65 693</b>	<b>64 041</b>	<b>65 136</b>	<b>66 137</b>	<b>64 877</b>	<b>-259</b>	<b>-0,4</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>57 757</b>	<b>60 096</b>	<b>58 288</b>	<b>60 338</b>	<b>62 270</b>	<b>60 188</b>	<b>-149</b>	<b>-0,2</b>
Direkte Bundessteuer	17 886	17 891	18 342	18 353	20 113	17 975	-378	-2,1
Verrechnungssteuer	4 323	5 961	3 835	5 442	4 837	5 631	189	3,5
Stempelabgaben	2 855	2 857	2 136	2 143	2 300	2 148	5	0,2
Mehrwertsteuer	20 672	21 642	22 050	22 561	22 960	22 608	47	0,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	7 341	7 543	7 414	7 480	7 342	-72	-1,0
Mineralölsteuer	5 134	5 020	5 033	5 005	4 980	4 972	-34	-0,7
Tabaksteuer	2 356	2 208	2 397	2 295	2 387	2 257	-38	-1,7
Biersteuer	112	113	113	113	113	113	0	-0,2
Verkehrsabgaben	2 210	2 323	2 293	2 242	2 273	2 212	-30	-1,3
Automobilsteuer	373	408	412	369	410	354	-15	-4,0
Nationalstrassenabgabe	347	360	352	356	363	364	8	2,4
Schwerverkehrsabgabe	1 490	1 555	1 529	1 517	1 500	1 493	-24	-1,6
Zölle	1 079	1 046	1 044	1 059	990	1 068	9	0,9
Spielbankenabgabe	381	376	329	308	350	285	-22	-7,3
Lenkungsabgaben	748	660	716	816	964	916	100	12,2
Lenkungsabgabe VOC	123	127	125	129	125	118	-11	-8,8
Altlastenabgabe	36	35	35	38	36	42	4	10,1
Lenkungsabgabe CO2	589	498	556	649	803	757	107	16,5
Übriger Fiskalertrag	0	-	-	-	3	3	3	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 383</b>	<b>1 403</b>	<b>995</b>	<b>845</b>	<b>840</b>	<b>525</b>	<b>-320</b>	<b>-37,9</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	243	269	267	242	244	236	-5	-2,2
Gewinnausschüttung SNB	833	833	333	333	333	-	-333	-100,0
Zunahme des Münzumschlags	74	54	144	19	32	22	4	20,5
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	199	213	217	216	209	239	23	10,8
Übrige Regalien und Konzessionen	33	34	34	35	23	27	-8	-23,6
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 446</b>	<b>2 136</b>	<b>2 842</b>	<b>1 892</b>	<b>1 149</b>	<b>2 040</b>	<b>148</b>	<b>7,8</b>
Zinsertrag	375	376	359	246	284	246	0	0,0
Finanzanlagen	11	18	40	19	18	12	-7	-36,4
Darlehen	83	78	64	57	110	72	15	25,4
Bevorschussung an FinöV-Fonds	204	193	176	165	151	158	-8	-4,8
Übriger Zinsertrag	77	88	79	4	5	5	0	7,5
Kursgewinne	82	169	107	85	-	57	-28	-33,3
Beteiligungsertrag	0	1	0	0	0	0	0	0,6
Zunahme von Equitywerten	1 840	1 256	2 285	1 457	864	1 701	245	16,8
Übriger Finanzertrag	149	334	92	104	1	35	-69	-66,0
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 803</b>	<b>1 880</b>	<b>1 852</b>	<b>1 967</b>	<b>1 863</b>	<b>2 065</b>	<b>98</b>	<b>5,0</b>
Entgelte	1 259	1 192	1 255	1 325	1 326	1 293	-31	-2,4
Wehrpflichtersatzabgabe	155	157	160	163	165	174	11	6,5
Gebühren	217	225	243	253	248	246	-6	-2,5
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	79	76	78	73	67	76	3	4,0
Verkäufe	129	102	92	96	120	111	15	15,6
Rückerstattungen	104	118	131	133	124	113	-19	-14,6
EU Zinsbesteuerung	120	97	114	139	141	115	-24	-17,0
Übrige Entgelte	455	415	436	469	462	458	-11	-2,3
Verschiedener Ertrag	544	689	598	642	537	771	129	20,1
Liegenschaftenertrag	371	365	386	398	369	369	-30	-7,4
Übriger verschiedener Ertrag	173	323	211	244	168	403	159	65,0
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>135</b>	<b>178</b>	<b>64</b>	<b>94</b>	<b>15</b>	<b>59</b>	<b>-35</b>	<b>-37,2</b>

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>59 385</b>	<b>62 680</b>	<b>62 336</b>	<b>65 109</b>	<b>65 641</b>	<b>63 880</b>	<b>-1 229</b>	<b>-1,9</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 039</b>	<b>12 230</b>	<b>12 304</b>	<b>13 429</b>	<b>13 202</b>	<b>12 674</b>	<b>-755</b>	<b>-5,6</b>
Personalaufwand	4 824	4 923	5 060	5 476	5 482	5 409	-67	-1,2
Personalbezüge	3 998	4 023	4 111	4 213	4 386	4 337	124	2,9
Arbeitgeberbeiträge	781	804	843	1 126	958	922	-204	-18,1
Arbeitgeberleistungen	78	47	38	59	47	74	16	27,3
Übriger Personalaufwand	-34	49	68	79	92	76	-3	-4,2
Sach- und Betriebsaufwand	4 071	3 983	4 029	4 830	4 268	4 237	-594	-12,3
Material- und Warenaufwand	259	192	138	150	182	202	52	35,0
Betriebsaufwand	3 399	3 386	3 424	4 201	3 611	3 587	-613	-14,6
Liegenschaften	531	465	414	512	352	533	20	4,0
Mieten und Pachten	149	160	164	169	195	181	12	7,0
Informatik	471	496	472	479	570	490	12	2,5
Beratung und Auftragsforschung	238	225	230	235	282	240	5	2,0
Betriebsaufwand der Armee	861	929	968	932	889	887	-45	-4,9
Abschreibungen auf Forderungen	200	190	221	409	167	161	-248	-60,7
Übriger Betriebsaufwand	948	921	955	1 465	1 155	1 097	-368	-25,1
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	413	404	467	480	475	447	-33	-6,9
Rüstungsaufwand	1 001	1 163	997	970	1 226	799	-170	-17,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	111	95	86	95	90	103	8	8,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	316	307	317	345	330	308	-36	-10,6
Rüstungsmaterial	575	761	594	530	806	388	-142	-26,7
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 143	2 162	2 218	2 153	2 225	2 229	76	3,5
Gebäude	487	528	555	509	534	573	64	12,5
Nationalstrassen	1 424	1 416	1 425	1 441	1 483	1 468	28	1,9
Übrige Abschreibungen	232	218	238	203	208	188	-15	-7,6
<b>Transferaufwand</b>	<b>44 024</b>	<b>46 994</b>	<b>47 332</b>	<b>48 838</b>	<b>50 274</b>	<b>49 028</b>	<b>190</b>	<b>0,4</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 705	8 549	8 687	8 741	9 263	8 903	162	1,9
Kantonsanteile	4 436	4 466	4 477	4 579	4 816	4 520	-60	-1,3
Anteile der Sozialversicherungen	2 694	3 519	3 734	3 811	3 834	3 772	-39	-1,0
Rückverteilung	576	564	477	351	613	611	260	74,3
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	807	856	1 015	1 005	1 106	1 038	34	3,4
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	2 971	3 093	2 950	3 005	3 024	74	2,5
Beiträge an Dritte	13 608	14 317	14 619	15 286	15 681	15 215	-71	-0,5
Finanzausgleich	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	3 185	8	0,2
Internationale Organisationen	1 597	1 762	1 825	2 096	1 982	1 684	-413	-19,7
Übrige Beiträge an Dritte	9 110	9 506	9 692	10 012	10 513	10 346	334	3,3
Beiträge an Sozialversicherungen	14 493	15 754	15 399	16 295	16 170	16 155	-139	-0,9
AHV / IV / ALV	11 053	12 126	11 712	11 842	12 312	12 195	353	3,0
Übrige Sozialversicherungen	3 439	3 628	3 687	4 452	3 858	3 960	-492	-11,0
Wertberichtigung	4 302	4 160	4 101	4 177	4 625	4 303	126	3,0
Investitionsbeiträge								
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	259	386	417	385	424	390	5	1,3

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013	
							absolut	%
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 299</b>	<b>3 428</b>	<b>2 664</b>	<b>2 578</b>	<b>2 099</b>	<b>2 174</b>	<b>-405</b>	<b>-15,7</b>
Zinsaufwand	2 902	2 669	2 406	2 128	1 984	1 978	-149	-7,0
Anleihen	2 679	2 481	2 297	2 039	1 861	1 905	-133	-6,5
Geldmarktbuchforderungen	2	6	0	–	22	–	–	–
Übriger Zinsaufwand	221	182	109	89	102	73	-16	-18,0
Kursverluste	54	88	44	30	–	49	18	60,4
Kapitalbeschaffungsaufwand	122	116	104	90	105	80	-10	-11,2
Abnahme von Equitywerten	95	440	–	303	–	–	-303	-100,0
Übriger Finanzaufwand	126	116	110	28	10	67	39	142,8
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>22</b>	<b>27</b>	<b>37</b>	<b>264</b>	<b>66</b>	<b>4</b>	<b>-259</b>	<b>-98,3</b>

### C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	2010-2014
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>-1,0</b>	<b>3,4</b>	<b>-2,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,5</b>	<b>-0,4</b>	<b>0,5</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>1,7</b>	<b>4,1</b>	<b>-3,0</b>	<b>3,5</b>	<b>3,2</b>	<b>-0,2</b>	<b>1,0</b>
Direkte Bundessteuer	0,0	0,0	2,5	0,1	9,6	-2,1	0,1
Verrechnungssteuer	-18,1	37,9	-35,7	41,9	-11,1	3,5	6,8
Stempelabgaben	1,8	0,1	-25,2	0,3	7,3	0,2	-6,9
Mehrwertsteuer	4,2	4,7	1,9	2,3	1,8	0,2	2,3
Übrige Verbrauchssteuern	4,4	-3,4	2,8	-1,7	0,9	-1,0	-0,9
Verkehrsabgaben	4,6	5,1	-1,3	-2,3	1,4	-1,3	0,0
Zölle	4,5	-3,1	-0,2	1,5	-6,5	0,9	-0,3
Verschiedener Fiskalertrag	97,9	-8,3	1,0	7,5	17,1	7,2	1,6
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,5</b>	<b>1,5</b>	<b>-29,1</b>	<b>-15,0</b>	<b>-0,6</b>	<b>-37,9</b>	<b>-21,5</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>-20,5</b>	<b>-12,7</b>	<b>33,1</b>	<b>-33,4</b>	<b>-39,3</b>	<b>7,8</b>	<b>-4,4</b>
Beteiligungsertrag	9,3	177,9	-70,8	-21,8	-15,1	0,6	-10,6
Zunahme von Equitywerten	-15,5	-31,8	82,0	-36,3	-40,7	16,8	-1,9
Übriger Finanzertrag	-32,4	45,2	-36,6	-21,8	-34,6	-22,3	-13,5
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>-37,7</b>	<b>4,3</b>	<b>-1,5</b>	<b>6,2</b>	<b>-5,3</b>	<b>5,0</b>	<b>3,4</b>
Entgelte	-7,0	-5,3	5,3	5,6	0,1	-2,4	0,7
Verschiedener Ertrag	-64,6	26,6	-13,2	7,5	-16,4	20,1	9,1
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>262,0</b>	<b>31,7</b>	<b>-63,8</b>	<b>46,3</b>	<b>-83,7</b>	<b>-37,2</b>	<b>-18,6</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>2,9</b>	<b>5,5</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,4</b>	<b>0,8</b>	<b>-1,9</b>	<b>1,8</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>0,9</b>	<b>1,6</b>	<b>0,6</b>	<b>9,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-5,6</b>	<b>1,3</b>
Personalaufwand	0,2	2,1	2,8	8,2	0,1	-1,2	2,9
Sach- und Betriebsaufwand	-1,2	-2,2	1,2	19,9	-11,6	-12,3	1,0
Rüstungsaufwand	-8,6	16,2	-14,3	-2,7	26,4	-17,6	-5,5
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	12,7	0,9	2,6	-2,9	3,4	3,5	1,0
<b>Transferaufwand</b>	<b>3,7</b>	<b>6,7</b>	<b>0,7</b>	<b>3,2</b>	<b>2,9</b>	<b>0,4</b>	<b>2,7</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8,3	11,0	1,6	0,6	6,0	1,9	3,7
Entschädigungen an Gemeinwesen	3,7	6,1	18,6	-1,0	10,1	3,4	6,5
Beiträge an eigene Institutionen	4,7	4,2	4,1	-4,6	1,9	2,5	1,5
Beiträge an Dritte	2,5	5,2	2,1	4,6	2,6	-0,5	2,8
Beiträge an Sozialversicherungen	1,5	8,7	-2,3	5,8	-0,8	-0,9	2,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	5,8	-3,3	-1,4	1,9	10,7	3,0	0,0
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	27,5	49,0	8,0	-7,6	9,9	1,3	10,8
<b>Finanzaufwand</b>	<b>-1,2</b>	<b>3,9</b>	<b>-22,3</b>	<b>-3,2</b>	<b>-18,6</b>	<b>-15,7</b>	<b>-9,9</b>
Zinsaufwand	-4,6	-8,1	-9,9	-11,6	-6,7	-7,0	-9,1
Abnahme von Equitywerten	1 632,4	363,9	-100,0	-	-100,0	-100,0	-100,0
Übriger Finanzaufwand	2,9	5,9	-19,3	-42,9	-22,1	32,3	-10,3
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>97,3</b>	<b>22,1</b>	<b>35,2</b>	<b>622,6</b>	<b>-74,8</b>	<b>-98,3</b>	<b>-32,9</b>

**C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen**

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>90,9</b>	<b>91,5</b>	<b>91,0</b>	<b>92,6</b>	<b>94,2</b>	<b>92,8</b>
Direkte Bundessteuer	28,2	27,2	28,6	28,2	30,4	27,7
Verrechnungssteuer	6,8	9,1	6,0	8,4	7,3	8,7
Stempelabgaben	4,5	4,3	3,3	3,3	3,5	3,3
Mehrwertsteuer	32,5	32,9	34,4	34,6	34,7	34,8
Übrige Verbrauchssteuern	12,0	11,2	11,8	11,4	11,3	11,3
Verkehrsabgaben	3,5	3,5	3,6	3,4	3,4	3,4
Zölle	1,7	1,6	1,6	1,6	1,5	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	1,8	1,6	1,6	1,7	2,0	1,9
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,2</b>	<b>2,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>0,8</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>3,9</b>	<b>3,3</b>	<b>4,4</b>	<b>2,9</b>	<b>1,7</b>	<b>3,1</b>
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	2,9	1,9	3,6	2,2	1,3	2,6
Übriger Finanzertrag	1,0	1,3	0,9	0,7	0,4	0,5
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>	<b>2,8</b>	<b>3,2</b>
Entgelte	2,0	1,8	2,0	2,0	2,0	2,0
Verschiedener Ertrag	0,9	1,0	0,9	1,0	0,8	1,2
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>20,3</b>	<b>19,5</b>	<b>19,7</b>	<b>20,6</b>	<b>20,1</b>	<b>19,8</b>
Personalaufwand	8,1	7,9	8,1	8,4	8,4	8,5
Sach- und Betriebsaufwand	6,9	6,4	6,5	7,4	6,5	6,6
Rüstungsaufwand	1,7	1,9	1,6	1,5	1,9	1,3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,6	3,4	3,6	3,3	3,4	3,5
<b>Transferaufwand</b>	<b>74,1</b>	<b>75,0</b>	<b>75,9</b>	<b>75,0</b>	<b>76,6</b>	<b>76,8</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	13,0	13,6	13,9	13,4	14,1	13,9
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,4	1,4	1,6	1,5	1,7	1,6
Beiträge an eigene Institutionen	4,8	4,7	5,0	4,5	4,6	4,7
Beiträge an Dritte	22,9	22,8	23,5	23,5	23,9	23,8
Beiträge an Sozialversicherungen	24,4	25,1	24,7	25,0	24,6	25,3
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	7,2	6,6	6,6	6,4	7,0	6,7
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,4	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6
<b>Finanzaufwand</b>	<b>5,6</b>	<b>5,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4,0</b>	<b>3,2</b>	<b>3,4</b>
Zinsaufwand	4,9	4,3	3,9	3,3	3,0	3,1
Abnahme von Equitywerten	0,2	0,7	–	0,5	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,5	0,4	0,2	0,2	0,3
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2014**

Mio. CHF	Total Rechnung 2014	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 877</b>	<b>23</b>	<b>44</b>	<b>112</b>	<b>399</b>	<b>149</b>	<b>63 529</b>	<b>392</b>	<b>228</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>60 188</b>	–	–	–	<b>285</b>	–	<b>59 859</b>	<b>3</b>	<b>41</b>
Direkte Bundessteuer	17 975	–	–	–	–	–	17 975	–	–
Verrechnungssteuer	5 631	–	–	–	–	–	5 631	–	–
Stempelabgaben	2 148	–	–	–	–	–	2 148	–	–
Mehrwertsteuer	22 608	–	–	–	–	–	22 608	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 342	–	–	–	–	–	7 342	–	–
Verkehrsabgaben	2 212	–	–	–	–	–	2 212	–	–
Zölle	1 068	–	–	–	–	–	1 068	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 204	–	–	–	285	–	875	3	41
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>525</b>	–	–	–	–	–	<b>259</b>	<b>239</b>	<b>27</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 040</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 016</b>	<b>19</b>	<b>3</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 701	–	–	–	–	–	1 701	–	–
Übriger Finanzertrag	338	–	0	1	0	0	315	19	3
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2 065</b>	<b>23</b>	<b>44</b>	<b>111</b>	<b>114</b>	<b>149</b>	<b>1 336</b>	<b>131</b>	<b>158</b>
Entgelte	1 293	21	43	106	103	86	765	79	90
Verschiedener Ertrag	771	2	1	4	11	63	570	52	67
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>59</b>	–	–	–	–	–	<b>59</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>63 880</b>	<b>370</b>	<b>3 016</b>	<b>16 626</b>	<b>2 030</b>	<b>4 782</b>	<b>15 779</b>	<b>11 377</b>	<b>9 900</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 674</b>	<b>370</b>	<b>764</b>	<b>574</b>	<b>611</b>	<b>4 560</b>	<b>2 738</b>	<b>522</b>	<b>2 534</b>
Personalaufwand	5 409	312	560	372	385	1 703	1 329	360	389
Sach- und Betriebsaufwand	4 237	58	202	197	184	1 814	981	151	650
Rüstungsaufwand	799	–	–	–	–	799	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 229	1	2	5	42	243	429	11	1 495
<b>Transferaufwand</b>	<b>49 028</b>	–	<b>2 251</b>	<b>16 052</b>	<b>1 419</b>	<b>222</b>	<b>10 863</b>	<b>10 856</b>	<b>7 366</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 903	–	–	–	329	–	7 590	–	984
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 038	–	–	38	899	70	–	2	28
Beiträge an eigene Institutionen	3 024	–	0	92	26	–	–	2 509	396
Beiträge an Dritte	15 215	–	2 255	195	119	142	3 273	7 574	1 656
Beiträge an Sozialversicherungen	16 155	–	–	15 696	–	–	–	459	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 303	–	–	31	45	9	–	258	3 960
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	390	–	-4	–	–	–	–	53	341
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 174</b>	–	<b>0</b>	–	–	<b>0</b>	<b>2 173</b>	–	<b>0</b>
Zinsaufwand	1 978	–	0	–	–	0	1 978	–	0
Übriger Finanzaufwand	195	–	–	–	–	0	195	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>4</b>	–	–	–	–	–	<b>4</b>	–	–

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2013**

Mio. CHF	Total Rechnung 2013	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>65 136</b>	<b>34</b>	<b>47</b>	<b>102</b>	<b>440</b>	<b>135</b>	<b>63 803</b>	<b>346</b>	<b>229</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>60 338</b>	–	–	–	<b>308</b>	–	<b>59 985</b>	–	<b>45</b>
Direkte Bundessteuer	18 353	–	–	–	–	–	18 353	–	–
Verrechnungssteuer	5 442	–	–	–	–	–	5 442	–	–
Stempelabgaben	2 143	–	–	–	–	–	2 143	–	–
Mehrwertsteuer	22 561	–	–	–	–	–	22 561	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 414	–	–	–	–	–	7 414	–	–
Verkehrsabgaben	2 242	–	–	–	–	–	2 242	–	–
Zölle	1 059	–	–	–	–	–	1 059	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 124	–	–	–	308	–	771	–	45
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>845</b>	–	–	–	–	–	<b>594</b>	<b>216</b>	<b>35</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 892</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 869</b>	<b>20</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 457	–	–	–	–	–	1 457	–	–
Übriger Finanzertrag	435	–	0	1	0	0	413	20	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 967</b>	<b>34</b>	<b>47</b>	<b>101</b>	<b>132</b>	<b>135</b>	<b>1 261</b>	<b>110</b>	<b>148</b>
Entgelte	1 325	32	46	99	114	76	783	81	94
Verschiedener Ertrag	642	2	0	2	18	59	478	28	54
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>94</b>	–	–	–	–	–	<b>94</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>65 109</b>	<b>363</b>	<b>2 859</b>	<b>16 708</b>	<b>2 053</b>	<b>4 858</b>	<b>16 965</b>	<b>11 724</b>	<b>9 579</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>13 429</b>	<b>363</b>	<b>709</b>	<b>524</b>	<b>612</b>	<b>4 643</b>	<b>3 227</b>	<b>834</b>	<b>2 517</b>
Personalaufwand	5 476	305	538	360	367	1 658	1 523	351	373
Sach- und Betriebsaufwand	4 830	58	168	159	193	1 789	1 313	472	678
Rüstungsaufwand	970	–	–	–	–	970	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 153	1	3	5	52	225	391	11	1 466
<b>Transferaufwand</b>	<b>48 838</b>	–	<b>2 150</b>	<b>16 183</b>	<b>1 441</b>	<b>216</b>	<b>10 896</b>	<b>10 890</b>	<b>7 061</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 741	–	–	–	376	–	7 640	–	725
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 005	–	–	35	870	68	–	2	30
Beiträge an eigene Institutionen	2 950	–	–	92	27	–	–	2 417	414
Beiträge an Dritte	15 286	–	2 135	186	144	140	3 256	7 782	1 643
Beiträge an Sozialversicherungen	16 295	–	–	15 838	–	–	–	456	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 177	–	–	32	25	7	–	185	3 929
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	385	–	15	–	–	–	–	49	321
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 578</b>	–	<b>0</b>	–	–	<b>0</b>	<b>2 578</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Zinsaufwand	2 128	–	0	–	–	0	2 127	–	0
Abnahme von Equitywerten	303	–	–	–	–	–	303	–	–
Übriger Finanzaufwand	147	–	–	–	–	0	147	0	0
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>264</b>	–	–	–	–	–	<b>264</b>	–	–





## D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014	Differenz zu 2013	
						absolut	%
<b>Aktiven</b>	<b>104 222</b>	<b>104 526</b>	<b>108 968</b>	<b>111 183</b>	<b>110 924</b>	<b>-258</b>	<b>-0,2</b>
<b>Finanzvermögen</b>	<b>30 193</b>	<b>29 526</b>	<b>32 543</b>	<b>34 459</b>	<b>32 904</b>	<b>-1 555</b>	<b>-4,5</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>14 584</b>	<b>14 674</b>	<b>18 132</b>	<b>20 213</b>	<b>18 852</b>	<b>-1 361</b>	<b>-6,7</b>
<b>Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen</b>	<b>6 015</b>	<b>5 544</b>	<b>9 311</b>	<b>11 221</b>	<b>9 030</b>	<b>-2 192</b>	<b>-19,5</b>
Kasse	5	5	5	5	5	0	2,2
Post	135	136	161	176	106	-70	-39,9
Bank	995	4 873	8 396	10 096	8 459	-1 636	-16,2
Kurzfristige Geldanlagen	4 880	530	750	945	460	-485	-51,3
<b>Forderungen</b>	<b>6 459</b>	<b>5 862</b>	<b>6 163</b>	<b>6 460</b>	<b>6 572</b>	<b>112</b>	<b>1,7</b>
Steuer- und Zollforderungen	4 966	4 611	5 073	5 427	5 179	-248	-4,6
Kontokorrente	1 289	1 027	863	841	939	97	11,6
Andere Forderungen	156	192	197	164	422	258	157,4
Übrige Forderungen	48	32	29	28	33	4	15,8
<b>Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>414</b>	<b>1 959</b>	<b>1 504</b>	<b>1 551</b>	<b>2 551</b>	<b>1 000</b>	<b>64,4</b>
Festgelder	400	1 800	1 400	1 475	1 840	365	24,7
Darlehen	–	–	–	–	500	500	–
Positive Wiederbeschaffungswerte	8	153	102	76	211	135	177,0
Übrige Anlagen	6	6	2	0	0	0	0,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1 696</b>	<b>1 308</b>	<b>1 153</b>	<b>981</b>	<b>700</b>	<b>-281</b>	<b>-28,6</b>
Zinsen	30	29	23	20	29	9	46,1
Disagio	359	294	238	208	196	-11	-5,5
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	1 307	986	892	754	475	-278	-37,0
<b>Anlagevermögen</b>	<b>15 609</b>	<b>14 852</b>	<b>14 411</b>	<b>14 245</b>	<b>14 051</b>	<b>-194</b>	<b>-1,4</b>
<b>Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>15 576</b>	<b>14 683</b>	<b>14 241</b>	<b>14 245</b>	<b>14 051</b>	<b>-194</b>	<b>-1,4</b>
Darlehen an Arbeitslosenversicherung	7 400	6 000	5 000	4 200	2 800	-1 400	-33,3
Übrige Darlehen	570	920	1 220	1 870	2 890	1 020	54,5
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	7 606	7 763	8 021	8 175	8 361	186	2,3
<b>Forderungen ggü. zweckgeb. Fonds im Fremdkapital</b>	<b>32</b>	<b>170</b>	<b>170</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Lenkungsabgaben	32	170	170	–	–	–	–
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>74 029</b>	<b>75 000</b>	<b>76 426</b>	<b>76 724</b>	<b>78 021</b>	<b>1 296</b>	<b>1,7</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>285</b>	<b>284</b>	<b>277</b>	<b>305</b>	<b>260</b>	<b>-44</b>	<b>-14,6</b>
<b>Vorräte</b>	<b>285</b>	<b>284</b>	<b>277</b>	<b>305</b>	<b>260</b>	<b>-44</b>	<b>-14,6</b>
Vorräte aus Kauf	270	266	259	293	247	-46	-15,7
Vorräte aus Eigenfertigung	15	18	18	12	13	1	12,5
<b>Anlagevermögen</b>	<b>73 745</b>	<b>74 716</b>	<b>76 149</b>	<b>76 419</b>	<b>77 760</b>	<b>1 341</b>	<b>1,8</b>
<b>Sachanlagen</b>	<b>51 194</b>	<b>52 176</b>	<b>52 325</b>	<b>52 642</b>	<b>53 172</b>	<b>530</b>	<b>1,0</b>
Mobilien	321	321	314	332	312	-20	-6,0
Anlagen im Bau	9 401	10 096	11 616	11 439	11 927	488	4,3
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	1 263	1 709	1 362	1 321	1 419	99	7,5
Liegenschaften	13 024	12 752	12 505	12 426	12 581	156	1,3
Nationalstrassen	27 178	27 294	26 515	27 122	26 929	-193	-0,7
Anzahlungen auf Sachanlagen	6	4	13	3	4	0	15,7
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>148</b>	<b>204</b>	<b>210</b>	<b>201</b>	<b>212</b>	<b>11</b>	<b>5,7</b>
Software	62	73	90	84	103	19	22,6
Anlagen im Bau	86	128	120	117	109	-8	-6,5
Übrige immaterielle Anlagen	–	3	–	–	–	–	–
<b>Darlehen</b>	<b>3 536</b>	<b>3 621</b>	<b>3 482</b>	<b>3 372</b>	<b>3 266</b>	<b>-106</b>	<b>-3,2</b>
Allgemeine Verwaltung	2	2	2	2	1	0	-17,8
Beziehungen zum Ausland	438	797	843	825	803	-23	-2,7
Soziale Wohlfahrt	1 967	1 865	1 783	1 720	1 625	-95	-5,5
Verkehr	7 665	7 934	8 282	8 714	9 208	494	5,7
Landwirtschaft	2 507	2 521	2 576	2 628	2 673	46	1,7
Übrige Volkswirtschaft	1 223	1 263	1 161	1 157	1 119	-39	-3,3
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-10 265	-10 761	-11 164	-11 674	-12 164	-490	-4,2

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014	Differenz zu 2013	
						absolut	%
<b>Beteiligungen</b>	<b>18 866</b>	<b>18 714</b>	<b>20 132</b>	<b>20 204</b>	<b>21 111</b>	<b>906</b>	<b>4,5</b>
Namhafte Beteiligungen	18 845	18 692	20 110	20 182	21 088	906	4,5
Übrige Beteiligungen	1 230	890	942	952	971	19	2,0
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 209	-867	-920	-929	-948	-19	-2,0

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014	Differenz zu 2013	
						absolut	%
<b>Passiven</b>	<b>104 222</b>	<b>104 526</b>	<b>108 968</b>	<b>111 183</b>	<b>110 924</b>	<b>-258</b>	<b>-0,2</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>33 787</b>	<b>33 988</b>	<b>37 205</b>	<b>37 533</b>	<b>37 475</b>	<b>-59</b>	<b>-0,2</b>
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>14 024</b>	<b>14 151</b>	<b>15 096</b>	<b>15 980</b>	<b>16 225</b>	<b>245</b>	<b>1,5</b>
Kontokorrente	10 361	10 102	10 208	4 116	4 115	-1	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 420	1 467	1 580	1 350	1 385	35	2,6
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	–	–	6 369	5 684	-685	-10,7
Verwaltete Stiftungen	80	73	75	62	68	6	10,0
Übrige laufende Verbindlichkeiten	2 164	2 509	3 234	4 084	4 973	890	21,8
<b>Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>13 064</b>	<b>14 333</b>	<b>16 435</b>	<b>15 556</b>	<b>13 565</b>	<b>-1 991</b>	<b>-12,8</b>
Geldmarkt	9 181	10 610	13 006	12 377	10 399	-1 977	-16,0
Sparkasse Bundespersonal	3 106	3 155	3 030	2 955	2 988	33	1,1
Negative Wiederbeschaffungswerte	777	568	399	225	166	-59	-26,1
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	–	–	–	–	12	12	–
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>6 377</b>	<b>5 203</b>	<b>5 377</b>	<b>5 696</b>	<b>6 903</b>	<b>1 208</b>	<b>21,2</b>
Zinsen	1 954	1 885	1 841	1 659	1 511	-148	-8,9
Agio	1 624	1 932	2 603	2 763	2 995	233	8,4
Abgrenzung Subventionen	265	267	271	105	108	3	2,4
Abgrenzung Verrechnungssteuer	2 397	863	424	783	1 929	1 147	146,5
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	137	256	239	386	360	-26	-6,8
<b>Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>321</b>	<b>301</b>	<b>297</b>	<b>301</b>	<b>781</b>	<b>480</b>	<b>159,3</b>
Rückstellungen Restrukturierungen	26	20	20	24	26	2	9,1
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	277	263	252	245	239	-6	-2,6
Übrige kurzfristige Rückstellungen	18	18	25	32	516	484	1 496,6
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>99 938</b>	<b>97 939</b>	<b>96 763</b>	<b>97 658</b>	<b>96 239</b>	<b>-1 418</b>	<b>-1,5</b>
<b>Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>83 473</b>	<b>82 032</b>	<b>80 876</b>	<b>80 101</b>	<b>79 006</b>	<b>-1 095</b>	<b>-1,4</b>
Bundeseigene Unternehmungen	1 840	1 880	1 370	770	300	-470	-61,0
Anleihen	81 538	80 049	79 290	79 105	78 443	-662	-0,8
Eidg. Technische Hochschulen ETH	95	94	99	104	109	5	4,4
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	9	28	35	40	6	16,3
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	–	89	87	114	27	30,9
<b>Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen</b>	<b>1 599</b>	<b>2 133</b>	<b>1 754</b>	<b>1 610</b>	<b>1 691</b>	<b>81</b>	<b>5,0</b>
Infrastrukturfonds	1 599	2 133	1 754	1 610	1 691	81	5,0
<b>Langfristige Rückstellungen</b>	<b>13 572</b>	<b>12 478</b>	<b>12 862</b>	<b>14 528</b>	<b>14 210</b>	<b>-317</b>	<b>-2,2</b>
Rückstellungen Verrechnungssteuer	9 300	8 200	8 700	9 200	9 200	0	0,0
Übrige langfristige Rückstellungen	4 272	4 278	4 162	5 328	5 010	-317	-6,0
<b>Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK</b>	<b>1 294</b>	<b>1 296</b>	<b>1 272</b>	<b>1 419</b>	<b>1 332</b>	<b>-87</b>	<b>-6,1</b>
Lenkungsabgaben	256	255	262	355	345	-10	-2,9
Spezialfonds im Fremdkapital	75	90	93	185	153	-32	-17,4
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	964	952	917	878	834	-44	-5,0
<b>Eigenkapital</b>	<b>-29 502</b>	<b>-27 400</b>	<b>-24 999</b>	<b>-24 008</b>	<b>-22 790</b>	<b>1 218</b>	<b>5,1</b>
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital</b>	<b>4 048</b>	<b>3 803</b>	<b>4 418</b>	<b>4 891</b>	<b>5 279</b>	<b>388</b>	<b>7,9</b>
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 783	2 028	2 078	2 036	1 809	-227	-11,2
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FH/LWTO	1 178	1 711	2 256	2 805	3 398	594	21,2
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	87	64	85	51	72	21	41,9
<b>Spezialfonds im Eigenkapital</b>	<b>1 287</b>	<b>1 301</b>	<b>1 278</b>	<b>1 256</b>	<b>1 280</b>	<b>24</b>	<b>1,9</b>
<b>Reserven aus Globalbudget</b>	<b>114</b>	<b>176</b>	<b>225</b>	<b>221</b>	<b>187</b>	<b>-34</b>	<b>-15,3</b>
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	39	40	40	28	18	-9	-33,8
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	75	137	185	193	169	-25	-12,7
<b>Bilanzfehlbetrag</b>	<b>-34 951</b>	<b>-32 681</b>	<b>-30 920</b>	<b>-30 377</b>	<b>-29 536</b>	<b>840</b>	<b>2,8</b>
Bilanzfehlbetrag	-34 951	-32 681	-30 920	-30 377	-29 536	840	2,8

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

CHF	2013			2014		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>Darlehen</b>	<b>15 045 521 915</b>	<b>-11 673 598 672</b>	<b>3 371 923 244</b>	<b>15 429 329 610</b>	<b>-12 163 800 786</b>	<b>3 265 528 824</b>
<b>202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>399 516 595</b>	<b>-150 025 662</b>	<b>249 490 933</b>	<b>388 325 318</b>	<b>-125 518 500</b>	<b>262 806 818</b>
Darlehen an die FIPOI	395 412 113	-150 025 662	245 386 451	384 836 880	-125 518 500	259 318 380
Darlehen Weltpostverein	2 630 315	–	2 630 315	2 254 555	–	2 254 555
Darlehen für Ausrüstung	1 474 167	–	1 474 167	1 233 883	–	1 233 883
<b>420 Bundesamt für Migration</b>	<b>24 898 300</b>	<b>–</b>	<b>24 898 300</b>	<b>22 823 300</b>	<b>–</b>	<b>22 823 300</b>
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	24 898 300	–	24 898 300	22 823 300	–	22 823 300
<b>606 Eidgenössische Zollverwaltung</b>	<b>26 000</b>	<b>-10 400</b>	<b>15 600</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
Indoor-Schiessanlage Schüpfen AG	26 000	-10 400	15 600	–	–	–
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>1 514 217 219</b>	<b>-525 861 195</b>	<b>988 356 024</b>	<b>1 463 290 004</b>	<b>-478 232 000</b>	<b>985 058 004</b>
Regionalentwicklung	839 296 351	-157 137 160	682 159 191	800 217 829	-133 239 805	666 978 024
SGH Darlehen für Hotelerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	–	87 071 082	-87 071 082	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	148 625 000	-148 625 000	–	148 625 000	-148 625 000	–
Indonesien, Mischkredit	22 383 334	-8 953 334	13 430 000	18 983 334	-7 593 334	11 390 000
SOFI Studienfinanzierungsfonds	18 200 555	-18 200 555	–	18 200 555	-18 200 555	–
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	–	8 000 000	8 000 000	–	8 000 000
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	3 940 000	–	3 940 000	3 815 000	–	3 815 000
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 435 854	2 153 781	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3 323 100	-3 323 100	–	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Togo	3 269 625	-3 269 625	–	–	–	–
Kolumbien, Mischkredit	–	–	–	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	851 220	-851 220	–	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	841 577	-841 577	–	–	–	–
China, Mischkredit	–	–	–	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	381 723	-152 689	229 034	343 551	-137 420	206 131
Darlehen SIFEM	374 444 018	-96 000 000	278 444 018	374 444 018	-81 928 950	292 515 068
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>2 627 538 571</b>	<b>-2 627 538 571</b>	<b>–</b>	<b>2 673 476 789</b>	<b>-2 673 476 789</b>	<b>–</b>
Kanton Bern	427 839 169	-427 839 169	–	431 339 378	-431 339 378	–
Kanton Luzern	279 124 073	-279 124 073	–	281 362 847	-281 362 847	–
Kanton St. Gallen	218 468 833	-218 468 833	–	221 072 405	-221 072 405	–
Kanton Freiburg	209 221 784	-209 221 784	–	209 235 611	-209 235 611	–
Kanton Waadt	209 787 532	-209 787 532	–	219 787 532	-219 787 532	–
Kanton Zürich	178 620 330	-178 620 330	–	183 420 330	-183 420 330	–
Kanton Graubünden	170 619 812	-170 619 812	–	171 058 100	-171 058 100	–
Kanton Thurgau	126 366 041	-126 366 041	–	134 167 598	-134 167 598	–
Kanton Aargau	123 035 775	-123 035 775	–	127 351 914	-127 351 914	–
Kanton Wallis	77 618 954	-77 618 954	–	77 626 706	-77 626 706	–
Kanton Jura	71 539 087	-71 539 087	–	73 042 485	-73 042 485	–
Kanton Schwyz	71 320 873	-71 320 873	–	71 723 798	-71 723 798	–
Kanton Solothurn	81 721 590	-81 721 590	–	85 372 832	-85 372 832	–
Kanton Neuenburg	65 635 773	-65 635 773	–	69 641 402	-69 641 402	–
Kanton Basel-Land	49 165 159	-49 165 159	–	49 168 544	-49 168 544	–
Kanton Tessin	37 706 164	-37 706 164	–	37 713 534	-37 713 534	–
Kanton Schaffhausen	40 583 953	-40 583 953	–	40 585 680	-40 585 680	–
Kanton Appenzell A.Rh.	36 523 822	-36 523 822	–	37 130 045	-37 130 045	–
Kanton Obwalden	30 025 751	-30 025 751	–	30 028 485	-30 028 485	–
Kanton Appenzell I.Rh.	27 746 194	-27 746 194	–	27 747 252	-27 747 252	–
Kanton Uri	19 838 640	-19 838 640	–	19 842 318	-19 842 318	–
Kanton Zug	21 464 359	-21 464 359	–	21 483 457	-21 483 457	–
Kanton Nidwalden	21 193 535	-21 193 535	–	21 197 513	-21 197 513	–
Kanton Glarus	19 498 567	-19 498 567	–	19 503 519	-19 503 519	–
Kanton Genf	12 872 800	-12 872 800	–	12 873 507	-12 873 507	–

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2013			2014		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>1 695 092 881</b>	<b>-206 669 613</b>	<b>1 488 423 268</b>	<b>1 602 302 165</b>	<b>-183 795 485</b>	<b>1 418 506 680</b>
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	593 267 226	-9 846 122	583 421 104	532 350 700	-9 170 497	523 180 203
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	495 296 561	-9 913 712	485 382 849	522 419 380	-8 839 358	513 580 022
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	332 175 584	-127 253 212	204 922 372	269 428 298	-98 223 203	171 205 095
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	174 182 514	–	174 182 514	154 421 033	–	154 421 033
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WEG BBVM	92 879 982	-59 656 567	33 223 415	85 270 184	-53 336 408	31 933 776
Zedierte Forderungen EGW	–	–	–	17 782 524	-14 226 019	3 556 505
Reserven Dachorganisationen	–	–	–	13 905 910	–	13 905 910
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	7 291 014	–	7 291 014	6 724 136	–	6 724 136
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>7 534 498 657</b>	<b>-6 994 683 231</b>	<b>539 815 426</b>	<b>8 030 257 937</b>	<b>-7 533 968 012</b>	<b>496 289 925</b>
SBB AG	3 462 627 444	-3 461 669 804	957 640	3 606 050 571	-3 604 669 804	1 380 767
Rhätische Bahn RhB	1 192 275 646	-1 045 808 656	146 466 990	1 277 195 162	-1 132 266 644	144 928 518
BLS Netz AG	427 199 535	-427 199 535	–	458 599 535	-458 599 535	–
BLS AG	268 133 869	-213 489 830	54 644 039	252 050 779	-213 489 830	38 560 949
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	267 997 899	-247 609 420	20 388 479	294 082 673	-275 534 466	18 548 207
Zentralbahn zb	232 792 514	-230 917 372	1 875 142	233 832 856	-232 251 542	1 581 314
Schweizerische Südostbahn SOB	194 850 574	-179 465 354	15 385 220	200 318 941	-187 008 062	13 310 879
Transports Publics Fribourgeois TPF	150 398 871	-139 099 715	11 299 156	160 379 793	-150 074 015	10 305 778
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	124 417 245	-99 601 711	24 815 534	128 541 060	-105 878 247	22 662 813
Appenzeller Bahnen AB	99 246 614	-72 732 373	26 514 241	102 295 714	-77 999 484	24 296 230
Métro Lausanne-Ouchy SA	70 000 000	-70 000 000	–	193 373 089	-193 373 089	–
Transports Publics du Chablais SA, TPC	69 377 770	-54 543 096	14 834 674	72 114 534	-58 280 355	13 834 179
Montreux-Oberland-Bahn MOB	84 915 214	-74 894 571	10 020 643	95 223 712	-86 124 100	9 099 612
Baselland Transport AG	62 615 034	-51 638 336	10 976 698	65 292 887	-55 357 898	9 934 989
Aare Seeland Mobil AG	75 255 732	-67 646 101	7 609 631	74 595 904	-67 646 101	6 949 803
Berner Oberland-Bahnen BOB	41 146 451	-38 168 548	2 977 903	48 225 722	-45 600 778	2 624 944
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	59 933 085	-53 187 196	6 745 889	70 488 467	-64 117 576	6 370 891
Chemin de fer du Jura CJ	39 272 223	-30 479 742	8 792 481	46 451 019	-38 413 273	8 037 746
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	48 764 788	-46 187 725	2 577 063	48 429 467	-46 187 725	2 241 742
Wynental- und Suhrentalbahnhof WSB	26 461 781	-20 942 106	5 519 675	25 713 632	-20 942 106	4 771 526
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	20 587 176	-10 034 798	10 552 378	19 869 826	-10 034 798	9 835 028
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	22 339 385	-17 904 537	4 434 848	21 983 423	-17 904 537	4 078 886
Transports Montreux-Vevey-Riviera MVR	26 545 581	-22 472 709	4 072 872	29 137 815	-25 313 282	3 824 533
Travys SA	23 495 080	-20 008 479	3 486 601	27 988 728	-24 850 414	3 138 314
Transports Régionaux Neuchâtelois TRN SA	17 861 997	-11 872 764	5 989 233	17 302 501	-11 872 764	5 429 737
BDWM Transport AG	16 121 782	-16 121 782	–	17 718 080	-17 718 080	–
Ferrovie Luganesi SA	15 097 373	-14 120 361	977 012	14 995 469	-14 120 361	875 108
ÖBB	23 724 200	-23 724 200	–	23 724 200	-23 724 200	–
Société des transports de la région Bières-Apples-Morges	21 916 762	-19 380 816	2 535 946	24 526 237	-22 399 547	2 126 690
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	16 479 155	-14 279 425	2 199 730	20 418 678	-18 524 121	1 894 557
Thurbo AG	28 601 261	-28 389 414	211 847	28 583 412	-28 389 414	193 998
Städtische Verkehrsbetriebe Bern	–	–	–	29 959 435	-29 959 435	–
Diverse KTU	158 962 101	-122 040 814	36 921 287	168 631 609	-131 804 001	36 827 608
Termi SA	104 005 670	-37 356 000	66 649 670	100 001 700	-37 356 000	62 645 700
Übriger öffentlicher Verkehr	41 078 845	-11 695 941	29 382 904	32 161 307	-6 182 428	25 978 879
<b>803 Bundesamt für Zivilluftfahrt</b>	<b>1 178 950 729</b>	<b>-1 168 810 000</b>	<b>10 140 729</b>	<b>1 177 718 418</b>	<b>-1 168 810 000</b>	<b>8 908 418</b>
Darlehen Swissair	1 168 810 000	-1 168 810 000	–	1 168 810 000	-1 168 810 000	–
Basel: Objekt 2+4	944 568	–	944 568	635 926	–	635 926
Basel: Objekt 21	1 625 021	–	1 625 021	1 503 860	–	1 503 860
Basel: Objekt 10	1 355 919	–	1 355 919	1 249 671	–	1 249 671
Basel: Objekt 1	994 504	–	994 504	903 680	–	903 680
Basel: Objekt 8	1 014 211	–	1 014 211	943 743	–	943 743
Basel: Objekt 3	933 168	–	933 168	863 248	–	863 248
Basel: Objekt 22	714 797	–	714 797	649 517	–	649 517
Basel: Objekt 7	596 099	–	596 099	547 113	–	547 113

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2013			2014		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Birrfeld	245 407	–	245 407	185 865	–	185 865
Basel: Objekt 23	315 920	–	315 920	287 068	–	287 068
Bern: Objekt 2	222 989	–	222 989	202 625	–	202 625
Basel: Objekt 11	181 957	–	181 957	166 735	–	166 735
Sion	114 268	–	114 268	86 544	–	86 544
Montricher I	152 000	–	152 000	137 500	–	137 500
Amlikon	42 154	–	42 154	–	–	–
Schänis I	179 974	–	179 974	176 974	–	176 974
Courtelary	82 241	–	82 241	62 619	–	62 619
Schänis II	126 000	–	126 000	124 000	–	124 000
Basel: Objekt 9	88 565	–	88 565	81 961	–	81 961
Ecuwillens I	25 235	–	25 235	0	–	0
Bern: Objekt 1	59 349	–	59 349	49 941	–	49 941
Ecuwillens II	27 209	–	27 209	–	–	–
Ecuwillens III	45 176	–	45 176	–	–	–
Basel: Objekt 17	46 342	–	46 342	42 802	–	42 802
Basel: Objekt 18	7 657	–	7 657	7 027	–	7 027
<b>806 Bundesamt für Strassen</b>	<b>560 000</b>	–	<b>560 000</b>	<b>360 000</b>	–	<b>360 000</b>
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	560 000	–	560 000	360 000	–	360 000
<b>810 Bundesamt für Umwelt</b>	<b>70 222 964</b>	–	<b>70 222 964</b>	<b>70 775 679</b>	–	<b>70 775 679</b>
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	70 222 964	–	70 222 964	70 775 679	–	70 775 679

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

	31.12.2013		31.12.2014			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	Bilanzwert	
<b>Beteiligungen</b>	<b>20 204 398 498</b>	<b>12 212 755 580</b>	<b>-948 016 000</b>	<b>9 845 929 024</b>	<b>21 110 668 605</b>	
<b>Namhafte Beteiligungen</b>	<b>20 181 892 498</b>	<b>11 242 233 580</b>		<b>9 845 929 024</b>	<b>21 088 162 605</b>	
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>20 181 892 498</b>	<b>11 242 233 580</b>		<b>9 845 929 024</b>	<b>21 088 162 605</b>	
SBB	10 920 100 000	9 000 000 000		2 151 300 000	11 151 300 000	100,0
Die Schweizerische Post	4 966 000 000	1 300 000 000		4 130 000 000	5 430 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	822 400 000	340 000 000		635 500 000	975 500 000	100,0
BLS Netz AG	339 400 000	335 172 078		6 927 922	342 100 000	50,1
Skyguide	339 600 000	139 913 750		209 586 250	349 500 000	100,0
Swisscom	2 655 780 245	26 535 500		2 673 814 852	2 700 350 352	51,0
SIFEM AG	138 612 253	100 612 253		38 800 000	139 412 253	100,0
<b>Übrige Beteiligungen</b>	<b>22 506 000</b>	<b>970 522 000</b>	<b>-948 016 000</b>		<b>22 506 000</b>	
<b>202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>–</b>	<b>553 126 615</b>	<b>-553 126 615</b>		<b>–</b>	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	16 422 250	-16 422 250		–	1,6
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	293 116 867	-293 116 867		–	1,6
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	36 169 954	-36 169 954		–	0,8
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	56 139 572	-56 139 572		–	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	88 046 664	-88 046 664		–	1,5
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	32 388 072	-32 388 072		–	0,5
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	12 393 653	-12 393 653		–	3,9
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	12 104 058	-12 104 058		–	1,5
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	6 345 525	-6 345 525		–	1,3
<b>301 Generalsekretariat EDI</b>	<b>9 600 000</b>	<b>9 600 000</b>	<b>–</b>		<b>9 600 000</b>	
Swissmedic	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
Pro Helvetia	100 000	100 000	–		100 000	100,0
<b>316 Bundesamt für Gesundheit</b>	<b>–</b>	<b>21 000</b>	<b>-21 000</b>		<b>–</b>	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	
NAGRA	–	20 000	-20 000		–	2,9
<b>525 Verteidigung</b>	<b>51 000</b>	<b>51 000</b>	<b>–</b>		<b>51 000</b>	
Tätsch	51 000	51 000	–		51 000	
<b>543 armasuisse Immobilien</b>	<b>10 000</b>	<b>49 000</b>	<b>-39 000</b>		<b>10 000</b>	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermobois SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>1 061 000</b>	<b>8 058 900</b>	<b>-6 997 900</b>		<b>1 061 000</b>	
Hotel Bellevue-Palace Immobilien AG	–	6 397 900	-6 397 900		–	1,0
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	0,1
Überbauungsgenossenschaft Murifeld-Wittigkofen	–	–	–		–	n.a.
SAPOMP Wohnbau AG	1 061 000	1 061 000	–		1 061 000	1,0
<b>606 Eidgenössische Zollverwaltung</b>	<b>36 000</b>	<b>36 000</b>	<b>–</b>		<b>36 000</b>	
Wohnbaugenossenschaft a l'En, Samedan	36 000	36 000	–		36 000	20,4
<b>620 Bundesamt für Bauten und Logistik</b>	<b>–</b>	<b>1 778 917</b>	<b>-1 778 917</b>		<b>–</b>	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	
Kiinteistö Oy, Helsingin	–	330 000	-330 000		–	
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	182 750	-182 750		–	
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	
WBG Neuhaus	–	3 600	-3 600		–	
Murifeld	–	1 000	-1 000		–	

### D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

	31.12.2013	31.12.2014			Kapitalanteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaffungswert/ Nominalkapital	Wertberichtigung	Veränderung Equitywert	
CHF					
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	–	<b>233 399 505</b>	<b>-233 399 505</b>		–
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	227 399 505	-227 399 505		2,8
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		50,0
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>160 000</b>	<b>7 097 800</b>	<b>-6 937 800</b>		<b>160 000</b>
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800		100,0
Identitas AG	160 000	160 000	–		51,0
<b>710 Agroscope</b>	–	<b>1 700</b>	<b>-1 700</b>		–
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungsge- nossenschaft Sensebezirk	–	1 000	-1 000		–
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft Koll.	–	600	-600		–
Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld	–				–
ART Tänikon /Anteilschein Wohnbauge- nossenschaft Lilienthal Guntershausen	–	100	-100		–
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>11 588 000</b>	<b>11 713 000</b>	<b>-125 000</b>		<b>11 588 000</b>
Logis Suisse Holding	3 544 000	3 544 000	–		9,7
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–		35,5
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	500 000	500 000	–		16,4
Wohnstadt AG (WFG)	1 000 000	1 000 000	–		16,4
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	600 000	600 000	–		76,4
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	100 000	100 000	–		48,3
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG (WFG)	180 000	180 000	–		48,3
GEWO ZH Ost	125 000	250 000	-125 000		3,1
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	140 000	–		70,0
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	–	<b>145 588 563</b>	<b>-145 588 563</b>		–
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000		43,1
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000		16,1
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608		21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 050 000	-11 050 000		76,7
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000		43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000		26,4
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400		39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000		35,7
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000		32,8
Aare Seeland Mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000		36,2
Transports Publics Fribourgeois TPF	–	3 700 000	-3 700 000		22,2
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000		33,4
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	–	3 500 000	-3 500 000		34,4
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400		35,8
BDWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000		30,3
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040		43,2
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000		34,1
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300		27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675		16,6
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000		5,6
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300		37,4
Transports Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560		18,1
Travys SA	–	1 131 580	-1 131 580		17,2
Transports Montreux-Vevey-Riviera MVR	–	985 000	-985 000		17,1
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000		42,9
Transports Régionaux Neuchâtelois TRN SA	–	–	–		–
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500		28,4
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	–	–	–		–
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	–	–	–		–



**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

	31.12.2013	31.12.2014			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
Waldenburgerbahn WB	–	600 000	-600 000		–	24,4
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000		–	34,4
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000		–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200		–	38,9
Brienzer Rothorn Bahn	–	–	–		–	

n.a.: nicht ausgewiesen

#### D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014	Differenz zu 2013	
						absolut	%
<b>Bruttoschulden</b>	<b>110 561</b>	<b>110 516</b>	<b>112 406</b>	<b>111 638</b>	<b>108 797</b>	<b>-2 841</b>	<b>-2,5</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>	<b>27 088</b>	<b>28 484</b>	<b>31 530</b>	<b>31 537</b>	<b>29 791</b>	<b>-1 746</b>	<b>-5,5</b>
Laufende Verbindlichkeiten	14 024	14 151	15 096	15 980	16 225	245	1,5
Kontokorrente	10 361	10 102	10 208	4 116	4 115	-1	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 420	1 467	1 580	1 350	1 385	35	2,6
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	–	–	6 369	5 684	-685	-10,7
Verwaltete Stiftungen	80	73	75	62	68	6	10,0
Übrige laufende Verbindlichkeiten	2 164	2 509	3 234	4 084	4 973	890	21,8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	13 064	14 333	16 435	15 556	13 565	-1 991	-12,8
Geldmarkt	9 181	10 610	13 006	12 377	10 399	-1 977	-16,0
Sparkasse Bundespersonal	3 106	3 155	3 030	2 955	2 988	33	1,1
Negative Wiederbeschaffungswerte	777	568	399	225	166	-59	-26,1
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	–	–	–	–	12	12	–
<b>Langfristige Schulden</b>	<b>83 473</b>	<b>82 032</b>	<b>80 876</b>	<b>80 101</b>	<b>79 006</b>	<b>-1 095</b>	<b>-1,4</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	83 473	82 032	80 876	80 101	79 006	-1 095	-1,4
Bundeseigene Unternehmungen	1 840	1 880	1 370	770	300	-470	-61,0
Anleihen	81 538	80 049	79 290	79 105	78 443	-662	-0,8
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	95	94	99	104	109	5	4,4
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	9	28	35	40	6	16,3
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	–	89	87	114	27	30,9

**E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze**

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2014	89 142	2,2	10 399	-0,1	78 743	2,5
2013	92 252	2,3	12 377	-0,1	79 875	2,7
2012	93 666	2,5	13 006	-0,2	80 660	2,9
2011	92 539	2,7	10 610	-0,3	81 929	3,2
2010	92 559	2,9	9 181	0,1	83 378	3,2
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

## E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 2014	Marktwert 2014
<b>Total</b>				<b>10 699,1</b>	<b>10 704,4</b>
<b>Geldmarktbuchforderungen</b>				<b>10 399,1</b>	<b>10 399,4</b>
05.01.2015	3618090	02.10.2014	100,026	629,1	629,0
08.01.2015	3618052	09.01.2014	100,055	899,3	899,3
15.01.2015	3618092	16.10.2014	100,025	808,3	808,2
22.01.2015	3618093	23.10.2014	100,025	764,5	764,4
29.01.2015	3618094	30.10.2014	100,027	855,2	855,2
05.02.2015	3618095	06.11.2014	100,028	663,6	663,5
12.02.2015	3618096	13.11.2014	100,036	607,0	607,0
19.02.2015	3618084	21.08.2014	100,026	714,0	714,0
26.02.2015	3618098	27.11.2014	100,040	423,4	423,4
05.03.2015	3618099	04.12.2014	100,040	484,2	484,2
12.03.2015	3618100	11.12.2014	100,043	667,1	667,1
19.03.2015	3618101	18.12.2014	100,042	488,0	488,0
26.03.2015	3618102	29.12.2014	100,101	452,9	452,9
09.04.2015	3618091	09.10.2014	100,029	662,5	662,6
21.05.2015	3618097	20.11.2014	100,086	627,5	627,5
09.07.2015	3618078	10.07.2014	100,070	652,9	652,9
<b>Festgelder</b>				<b>300,0</b>	<b>305,0</b>
SERV					
15.01.2015		13.01.2010	1,00%	50,0	50,5
14.04.2015		14.04.2010	1,20%	100,0	101,2
13.07.2016		13.07.2011	0,84%	100,0	101,9
Skycare					
19.12.2015		19.12.2003	2,75%	50,0	51,4

### E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 2014	Marktwert 2014
<b>Eidgenössische CHF Anleihen</b>					<b>4 697</b>	<b>78 442,9</b>	<b>95 115,2</b>
10.06.2015	1238558	3,75%	2001–2015	–	70	4 469,3	4 639,7
12.03.2016	1563345	2,50%	2003–2016	–	190	6 713,8	7 072,4
12.10.2016	2285961	2,00%	2005–2016	–	300	2 666,8	2 789,0
05.06.2017	644842	4,25%	1997–2017	–	160	5 600,1	6 363,9
08.01.2018	1522166	3,00%	2003–2018	–	200	6 836,0	7 658,5
12.05.2019	1845425	3,00%	2004–2019	–	155	5 844,1	6 752,3
06.07.2020	2190890	2,25%	2005–2020	–	105	4 595,9	5 217,8
28.04.2021	11199981	2,00%	2010–2021	–	170	4 088,5	4 643,0
25.05.2022	12718101	2,00%	2011–2022	–	360	3 143,3	3 616,3
11.02.2023	843556	4,00%	1998–2023	–	–	4 557,7	6 110,0
11.06.2024	12718117	1,25%	2012–2024	–	300	3 043,4	3 329,5
24.07.2025	18424999	1,50%	2013–2025	–	300	1 561,5	1 756,2
28.05.2026	22439698	1,25%	2014–2026	–	300	752,5	830,2
27.06.2027	3183556	3,25%	2007–2027	–	365	1 663,9	2 256,9
08.04.2028	868037	4,00%	1998–2028	–	–	5 612,5	8 312,1
22.06.2031	12718102	2,25%	2011–2031	–	182	1 659,2	2 109,3
08.04.2033	1580323	3,50%	2003–2033	–	40	3 592,7	5 476,0
08.03.2036	2452496	2,50%	2006–2036	–	300	3 203,0	4 422,0
27.06.2037	12718119	1,25%	2012–2037	–	300	2 993,7	3 359,7
30.04.2042	12718116	1,50%	2012–2042	–	250	3 271,8	3 936,0
06.01.2049	975519	4,00%	1999–2049	–	300	1 203,8	2 401,6
25.06.2064	22439700	2,00%	2014–2064	–	350	1 369,7	2 062,8

#### E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2014	2,6	1 657	1 887	230
2013	2,9	1 888	2 125	237
2012	2,2	1 382	1 736	353
2011	3,1	2 011	2 380	369
2010	3,9	2 474	2 834	360
2009	4,3	2 600	3 135	535
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

#### E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>3 377</b>	<b>3 727</b>	<b>-149</b>	<b>44</b>	<b>76</b>	<b>211</b>	<b>-225</b>	<b>-166</b>
<b>Zinsinstrumente</b>	<b>1 050</b>	<b>900</b>	<b>-125</b>	<b>-152</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>-128</b>	<b>-152</b>
Zinsswaps	1 050	900	-125	-152	2	-	-128	-152
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Devisen</b>	<b>2 327</b>	<b>2 827</b>	<b>-24</b>	<b>196</b>	<b>74</b>	<b>211</b>	<b>-97</b>	<b>-15</b>
Terminkontrakte	2 327	2 827	-24	196	74	211	-97	-15
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-

**F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand**

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG- Verwaltungseinheiten		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2014	5 178	34 772	4 033	28 137	142	761	923	5 792	79	82
2013	5 033	33 892	3 934	27 528	131	672	890	5 611	78	81
2012	4 898	33 309	3 819	26 873	120	690	883	5 666	76	81
2011	4 779	33 054	3 729	26 774	119	669	857	5 531	74	80
2010	4 740	33 312	3 703	26 945	126	626	835	5 661	78	80
2009	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008	4 361	32 398	3 453	26 412	105	590	734	5 320	69	76
2007	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006	4 110	32 163	3 571	28 533	121	753	352	2 815	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

Hinweis:

- Die Spalte «Aufwand» beinhaltet jeweils die Personalbezüge und die allgemeinen Arbeitgeberbeiträge (ohne zentrale Arbeitgeberbeiträge, Arbeitgeberleistungen und übriger Personalaufwand).

## F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Rechnung 2014	Differenz zu R 2013 absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 923</b>	<b>5 060</b>	<b>5 476</b>	<b>5 482</b>	<b>5 409</b>	<b>-67</b>	<b>-1,2</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 804</b>	<b>4 940</b>	<b>5 345</b>	<b>5 330</b>	<b>5 267</b>	<b>-78</b>	<b>-1,5</b>
<b>Legislative</b>	<b>71</b>	<b>72</b>	<b>74</b>	<b>77</b>	<b>75</b>	<b>1</b>	<b>1,9</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	36	36	37	40	38	1	1,3
Personalaufwand	35	35	36	37	37	1	2,2
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>135</b>	<b>138</b>	<b>140</b>	<b>152</b>	<b>143</b>	<b>3</b>	<b>2,1</b>
Bezüge Bundesrichter	38	39	40	41	41	1	2,0
Personalaufwand	96	98	99	109	101	2	1,9
Übriger Personalaufwand	1	1	1	2	2	0	16,4
<b>Exekutive</b>	<b>4 498</b>	<b>4 621</b>	<b>4 752</b>	<b>4 879</b>	<b>4 896</b>	<b>144</b>	<b>3,0</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 383	4 494	4 616	4 723	4 758	143	3,1
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	54	60	64	74	65	1	1,6
Übriger Personalaufwand	56	61	67	78	67	0	0,5
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>51</b>	<b>57</b>	<b>322</b>	<b>152</b>	<b>97</b>	<b>-225</b>	<b>-70,0</b>
Globalkredite	–	–	–	38	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global	–	–	250	39	–	250	100
Arbeitgeberleistungen	51	57	72	76	97	25	34,1
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>48</b>	<b>53</b>	<b>58</b>	<b>70</b>	<b>56</b>	<b>-2</b>	<b>-3,6</b>
Sozialplan	7	4	3	7	0	-3	-89,3
Vorruhestandsurlaub	42	49	55	63	55	0	0,7
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>119</b>	<b>120</b>	<b>131</b>	<b>152</b>	<b>142</b>	<b>11</b>	<b>8,3</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	119	120	131	152	142	11	8,3
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 945</b>	<b>5 070</b>	<b>5 459</b>	<b>5 482</b>	<b>5 371</b>	<b>-88</b>	<b>-1,6</b>

### Hinweise:

- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2014 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: Arbeitgeberzusatzleistungen gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderem Dienstverhältnis (SR 510.24); Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach BPV Art. 88f, BPV Art. 116c sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene, inkl. Lohnfortzahlungen Arbeitgeberbeiträge



**F03 Höchstbezüge 2014 nach Lohnklassen**

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2014 in Fr.
1	2	3	4
1	61 495	4 730	Lohnentwicklung nach Art. 39 BPV:
2	62 493	4 807	
3	63 502	4 885	Beurteilungsstufen
4	64 511	4 962	
5	66 381	5 106	4 = 4,0 % - 5,0 %
6	69 469	5 344	3 = 2,5 % - 3,5 %
7	72 547	5 581	2 = 1,0 % - 2,0 %
8	75 594	5 815	1 = -2,0 % - 0,0 %
9	78 716	6 055	
10	81 825	6 294	
11	84 898	6 531	
12	88 048	6 773	
13	91 250	7 019	
14	94 544	7 273	
15	98 465	7 574	
16	102 444	7 880	
17	106 711	8 209	
18	111 793	8 599	
19	116 848	8 988	
20	121 913	9 378	
21	126 973	9 767	
22	132 049	10 158	
23	138 496	10 654	
24	146 954	11 304	
25	154 643	11 896	
26	162 358	12 489	
27	170 063	13 082	
28	177 796	13 677	
29	186 635	14 357	
30	200 258	15 404	
31	209 381	16 106	
32	218 518	16 809	
33	236 870	18 221	
34	255 440	19 649	
35	274 182	21 091	
36	293 131	22 549	
37	312 265	24 020	
38	375 028	28 848	

Hinweis: Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.